

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Jahresabonnement mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Sonderdruck monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzählig. Nr. 275, unter Freizeitung nach Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5. — Ersteinsatz mit Ausgabe der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Brügelstraße 14, II. Tel. 5465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Brügelstraße 14. Tel. 1769. Schriftsetzung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertigungsgebühr die 6gepaletene Seite mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verlängerungen 20 Pf. Zeilenrate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Sonnabend den 25. Januar 1913.

24. Jahrg.

Eine in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Regierungsnote kündigt die Einbringung einer Militärvorlage für die jetzige Tagung des Reichstages an.

Orlando Programmklärung wurde in der Kammer gegen 77 Stimmen gebilligt.

Koalit. Btl. der neuen österreichischen Minister des Innern, erklärte in einer Circularnote an die Provinzbehörden, daß die Wiederaufnahme des Krieges wahrscheinlich sei.

Bei der Schießerei in der Pforte wurden mehrere Personen getötet.

Beim Einstieg eines Warenhauses in Texas wurden 55 Personen getötet. 20 Personen werden vermisst.

Die Zunge gelöst!

Militärvorlage in Sicht.

Die am Donnerstag im Reichstag eingebrachte sozialdemokratische Anfrage über die militärische Betreffend einer neuen Militärvorlage hat schnell ihre Wirkung ausgeübt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt am Freitag abend die folgende Regierungsnote:

Ein bissiges Blatt will erfahren haben, daß seit längerer Zeit zwischen den maßgebenden Stellen der Reichsregierung um eine neue Militärvorlage erbitterte Auseinandersetzungen geführt wurden. Es handelt sich hier um außerordentlich Kreisberichte, mit denen der Sachen, die in Frage steht, schlecht gebildet ist. Die maßgebenden Stellen sind längst einig darin, daß eine Reihe von Wehrbedürfnissen unseres Heeres befriedigt werden müssen. Es ist beschäftigt, dem Reichstag im Laufe dieser Tagung eine Vorlage zugehen zu lassen. Die Vorarbeiten dazu nehmen ihren regelmäßigen Fortgang. Vor ihrem Abschluß können natürlich keine Angaben über den Inhalt gemacht werden.

Seit Monaten gingen mehr denn je in der Chauvinistischen Presse und in den Bulletpins des nationalsozialistischen Wehrverbands die Kreisberichte nach neuen Heeresvermehrungen. Und seit Wochen wurden von denselben Leuten die Anklagerungen laut, daß ihren Forderungen bald durch die Regierung Erfüllung zuteil werden solle. Vor etwa 14 Tagen stimmte die Post ein Triumphgeschrei über die nahende Veröffentlichung ihrer militärischen Pläne an, und längst veröffentlichte das Scherblatt den erstaunlichen Artikel über "Die Forderungen der Armee". Tagtochtern gingen allerlei bissige Neuherrungen gegen "das schlafende Kriegsministerium" und anderweitig über Konflikte zwischen Kriegsministerium und Reichskanzlei. Andere Blätter wieder bestreiten die Richtigkeit all der Wiedergaben und wandten sich gegen die wütige chauvinistische Stimmungsschau. Aber die Regierung blieb stumm. Sie schämte sich nicht um das vielseitig gehäutete Verlangen, daß sie endlich klaren Wein einschenken sollte. Dies Rätselspiel über die Militärvorlage und die Geheimkramerei der Regierung trug dazu bei, die Beunruhigung in der Bevölkerung, die durch die frustrierten Weltverhältnisse gegeben ist, zu steigern.

Die sozialdemokratische Anfrage hat nun diesem lästigen Spiel ein schnelles Ende bereitet. Die Regierung gibt bekannt, daß eine neue Heeresvorlage vorbereitet wird und daß sie dem Reichstag noch im Laufe dieser Tagung zugetragen soll.

Die amtliche Erklärung verzweigt über jede nähtere Enthüllung über den Inhalt und Umfang der beabsichtigten Forderungen. Es klingt nur recht verheißungsvoll, wenn von einer "Reihe von Wehrbedürfnissen unseres Heeres" geredet wird. Es steht also ohne Zweifel eine neue ansehnliche militärische Beschaffung bevor. Das Programm der Wehrverbände ist lang und schwer, und es muß damit gerechnet werden, daß die Regierung "den Forderungen der Armee" in sehr weitem Umfang Gehorram zeigen wird.

Eine starke Zumutung stellt die Behauptung der Regierungsnote, daß die maßgebenden Stellen sich "längst einig" über diese Fragen seien. Wäre dies wirklich der Fall, so könnte man kaum jetzt noch in den "Vorarbeiten" finden. Vielmehr scheint diese Einigkeit erst herbeigeführt worden zu sein, seitdem der Kaiser sein Wort in dieser Sache gesprochen hat. Die Post ergibt von den Unterhaltungen, die der Kaiser mit den kommandierenden Generälen beim Neujahrsfest gehabt habe. Da hat sich die Erkenntnis von den "Wehrbedürfnissen" durchgesetzt und der Entschluß zur neuen Militärvorlage wurde gefasst. Nur mußten der "schlafende Kriegsminister" und der mit Steuerjagden belastete Wehrbedarf freigemacht werden.

Der Kriegsminister v. Geeringen hat bei der Verbreitung der Militärvorlage von 1910 sich gegen weitergehende Forderungen der nationalsozialistischen Rüstungstreiber gewendet. Er hat dann bei der Beratung der letzten großen Militärvorlage im April und Mai dafür eingestellt, daß diese Vorlage in vollem Maße genügend sei. Und der Reichsangler selbst hat am Schlus der vorherigen Reichstagstagung die beflügungsfreudigen Parteien des Reichstages, die Männer von Herdebrand bis Wiener, mit höchsten lobesprachlichen bedacht. Am 1. Oktober 1912 ist mit der Durchführung der auf 5 Jahre berechneten militärischen Neuorganisationen und Vermehrungen begonnen worden. Und jetzt — im Januar

1913 — sind sich die "maßgebenden Stellen" "längst einig", daß die Bedürfnisse des Heeres nicht befriedigt wurden, daß also eine weitere Vorlage erforderlich sei! Ein solch ungünstiges Schauspiel ist trotz allem noch niemals geboten worden. Wild und wahnhaft führt der Chauvinismus durch die Lande und heißt ungezählte, immer sich steigernde Opfer vom deutschen Volke.

Und der Reichsangler? Wie sollen diese altherrenuesten, sicherlich sehr umfangreichen Militärforderungen bezahlt werden? Eine echte Deliktwirtschaft wird von den Militärparteien verweigert, ein Glendwert nur will des Reiches Kämpfer ausfüllen, um er ist überzeugt, daß so auch die Nationalliberalen sich mit Konservativen und Centrums zusammenkämpfen lassen werden. Eine große Militärvorlage, verknüpft mit einer lächerlichen Scheinkostewirtschaft — das ist das edle Ziel der regierenden Herrschäften. Dem Centrum gibt man wohl noch ein gemildertes Jesuitengesetz als Trinkgeld obenbrennen.

Wit solcher Politik wird die herrschende Macht der Militäristen und Steuerdiensten den arbeitenden Massen von neuem in aller Brutalität den Fehdehandschuh hin. Die Arbeiterklasse wird ihn aufnehmen und diese volksfeindliche und die weltpolitischen Zustände neu bedrohende Politik aufzuschärfste bekämpfen!

Köln, 24. Januar. Wie die Köln. Volkszeitung erfährt, wird die neue Armeevorlage etwa 70 Millionen Mark jährlich für Heeresaufwände fordern. Es sei möglich, daß der jetzige Kriegsminister die Vorlage nicht mehr vertritt, sondern sein Nachfolger.

Der Konstantinopeler Umsturz.

Die neue Regierung in Konstantinopel sieht schon wieder fest im Sattel. Mahmud Schenkel hat sich das neue Ministerium zusammengestellt, ein Ministerium, dessen Mitgliederzahl ein gemäßigt-jungtürkisches Programm bedeutet. Die Militärdiktatur, die seit der Besetzung der Abdül Hamidischen Telepotenzwirtschaft vom Raden des Volkes eigentlich nie heruntergekommen ist, macht sich wieder in der Hauptstadt breit. Die Ensur wird streng gehandhabt. Mäßige werden eingelässt, Kamil Paşa nebst seinen Getreuen wurde verhaftet, Patrouillen durchziehen die Stadt und zur Vernichtung der Bevölkerung sowie der Diplomaten werden die besten Regierungsbüros verblendet. So heißt es, daß das Raden die Friedensverhandlungen nicht abbrechen werde, nur Adrianopel wolle die Türkei nicht hergeben. Da die Verbündeten aber gerade darauf bestehen, so stehen die Dinge wieder auf dem alten türkischen Friede und bei den Mächten herrscht wieder einmal Verjährung.

Es steht ein Ethik-Kremes in der Art, wie die Mächte durch die Balkanwirren aus einer Verstärkung in die andere verkehrt werden. Sie, die solange mit der Not der Balkanbölger gespielt haben, die ihre Diplomaten an den Balkanbögen eine Rütte nach der anderen vielen ließen, sie sehen sich plötzlich nationalen Kräften gegenüber, die eine Mäzenate nach dem andern zu Mafalatur machen. Der Balkan-Krieg, den das aufatmende Europa schon beendigt glaubte, kann jeden Augenblick wieder beginnen, wie sieben vor den alten Gefahren, die alien Völkern umzäumen wieder den Horizont.

Im Reichstag hat Bößermann die Anfrage an die Regierung eingebroacht, ob es wahr sei, daß zwischen England, Frankreich und Russland bestimmte Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in den armenischen, syrischen und arabischen Gebietsteilen der Türkei getroffen worden sind. Diese Anfrage kann ungedeutet werden als Einleitung einer großen nationalsozialistischen Agitation, die die Regierung zum stärksten Widerstand gegen eine Aufteilung der asiatischen Türkei oder aber zur entschiedenen Annahmenahme eines Teiles der Türkei auffordern soll. Die aldeutische Post gibt sich keine Mühe, ihre Sympathie mit den jungtürkischen Organisatoren der Militärtreiber zu verbergen, sie billigt die Ermordung des Kriegsministers Kamil Paşa mit den Worten, die Angel, die ihn traf, hätte keinen größeren Schädling der Türkei aus dem Hause räumen können. Und die Rössische Zeitung, die für die Wünsche der Wiener Kriegspartei eine seine Blätterung hat, droht mit dem österreichischen Einmarsch in Serbien und Russisch-Polen und mit der Belagerung der jugoslawischen Ostfront durch Italien!

Was wird die deutsche Regierung tun und was soll sie tun? Wäre es mit der Aufstellung der asiatischen Türkei ernst, so wäre es begreiflich, wenn die deutsche Regierung verschließen würde, sie mit diplomatischen Mitteln zu verhindern. Auf keinen Fall aber könnte aus dem Verhalten der Tripolentente, wie es die Anfrage Bößermanns als gegeben annimmt, eine Kriegspolitik der deutschen Regierung gerechtfertigt werden. Denn die Öster und Gefährten einer solchen Politik stehen in seinem Verhältnis zu dem Schaden, der aus der Völkerung der östlichen Katastrophen dem Deutschen Reich erwachsen könnte.

Die kapitalistische Wirtschaft des Reiches hat sich bisher ohne nennenswerten Kolonialbesitz gewaltig entwidelt, sie hat von den imperialistischen Erfolgen zweiter Weltkriege bisher nicht

nur keinen Schaden gehabt, sondern im Gegenteil aus ihnen Nutzen gezogen insfern, als sie sich durch ihre Ausfuhr an der Exploitation der eroberten Gebiete erfolgreich beteiligt hat. Die Beseitigung der osmanischen Türkei durch fremde Bevölkerungen könnte dem deutschen Volk wenig sympathisch sein, aber die deutschen Geschäftsmänner hätten kaum einen Grund, sich über den Klingenden Erfolg einer solchen Operation zu beklagen.

Wenn es gelingt, die Türkei trotz der jungtürkischen Revolte zum Frieden zu zwingen, den ihr der einheitliche Willen der Mächte geboten hat, und wenn es weiter zu erreichen ist, daß sich die deutsche Regierung mit den englischen und den französischen über die Erhaltung der osmanischen Türkei verständigt, so wird man das als die glücklichste aller möglichen Lösungen begrüßen dürfen. Rinnet aber das Verdunkelein seinen Lauf, so bleibt nichts anderes übrig, als Gewehr bei Fuß zu ziehen und die Dinge geschehen zu lassen. Das deutsche Volk wird gewiß keine Freude empfinden, wenn der Pariserismus seine Lügen auf die transkaukasischen Gebiete des Sultans legt, es kann sich aber auch nicht für die türkischen Schläger Armeniens begeistern. Es würdet Shrien und Arabien eine glückliche nationale Selbstverwaltung, die sie unter dem Türkengeneral freilich noch niemals besessen haben, es will sich aber auch nicht mit aller Welt schlagen um ein Stück Anatolien oder Mesopotamien. Liebt unsere Regierung eine Politik des Friedens und der Verständigung mit den Westmächten, so wird sie in ihrem Verhalten durch den Willen der Massen gedrückt sein. Läßt sie sich von den aldeutschen Heeren zu Vorheben verleiten, so wird sie die Massen des Volkes gegen sich haben.

Die neue Regierung.

Konstantinopel, 24. Januar. Gegen Mittag begaben sich die Minister in den Palast. Der frühere Minister des Außen, Natoğlu, wurde gebeten, ebenfalls zu kommen, um die Regierung über die internationale Lage zu informieren. Während des ersten Ministerrates, der heute nachmittag stattfinden wird, soll über eine geplante Antwort der Note des Großmächte beraten werden. Der heutige Samstag ist ohne Zwischenfall verlaufen. Der Kriegsminister Nazim Paşa ist heute früh unter militärischen Ehren in Begleitung von Mahmud Schenkel nach Anatolien übergesiedelt. Der frühere Kriegsminister Alim ist in seinen Räumlichkeiten zurückgekehrt.

Konstantinopel, 24. Januar. Das neue Kabinett hat umfangreiche Maßnahmen getroffen, um weitere Unruhen sofort unterdrücken zu können. Das Leben der Oberschicht war zu seiner Minutie befreit. Alle jungtürkischen Journalisten, früheren Deputierten und Beamten, die wegen Preisvergehen gesangen gesetzt worden waren, sind freigelassen worden. Das neue Kabinett legt sich ganz aus hervorragenden Mitgliedern des jungtürkischen Komites zusammen. Wenn haben die Minister den Eid geleistet. Der Ministerrat beriet darauf auf der Pforte über die Frage: Krieg oder Frieden, und über die Antwortnote an die Großmächte. Der neue Minister des Innern, Hadji Ali, hat in einem Circulartelegramm an die Provinzialbehörden unter anderem erklärt, er werde nicht persönlich dem Sultan Raum geben und fähige Beamte nicht ohne Grund erlegen. Muhammed Ali ist ernannt zum Minister des Außen, er ist ernannt zum Minister des Innern, Hadji Ali, der Director des Alman, und verhaftet worden. Andere kompromittierte Journalisten halten sich verborgen. Die fremden Militärs sind unverdutzt worden. Der Balkan-Krieg ist endgültig zum Minister des Außen ernannt worden. Hafiz Ali, der Director des Alman, und verhaftet worden. Andere kompromittierte Journalisten halten sich verborgen. Die fremden Militärs sind unverdutzt worden.

Der Palast.

Konstantinopel, 24. Januar. Der Staatsstreich war seit langem vorbereitet, man wartete nur auf einen günstigen Moment zur Ausführung. Das Kabinett hatte hier 18 exogene Eskadronen und 3 Reiterschweizkompanien. Diese wurden gestern mittag zu Übungen nach dem eine halbe Stunde entfernten Freilehrschulort fortgeschickt und das Komitee ergriffene Bataillon Uşakoz zum Dienst auf der Pforte herangezogen. Daher kam es, daß die Soldaten nicht ohne Grund erschlagen. Muhammed Ali ist endgültig zum Minister des Außen ernannt worden. Hafiz Ali, der Director des Alman, und verhaftet worden. Andere kompromittierte Journalisten halten sich verborgen. Die fremden Militärs sind unverdutzt worden.

Konstantinopel, 24. Januar. Einige bei der Blutigen Szene vor dem Ministerratssaal neue Personen getötet. Gestern vormittag wurden auf der Pforte neun Soldaten ermordet. Die Opfer sind aus dem Kriegsminister seine beiden Adjutanten Rafti und Galib, ein Diener des Justizministers, ein Diener der Post, ein Gefahr der Pforte und angeblich auch Hauptmann Sait-Uşakoz, sowie der Deputierte Reddi. Das neunte Opfer ist bisher unbekannt. Ein früherer jungtürkischer Deputierter soll den Kriegsminister erschossen haben.

Konstantinopel, 25. Januar. Wie gestern festgestellt werden konnte, wurden bei der blutigen Szene vor dem Ministerratssaal neue Personen getötet. Gestern vormittag wurden auf der Pforte neun Soldaten ermordet. Die Opfer sind aus dem Kriegsminister seine beiden Adjutanten Rafti und Galib, ein Diener des Justizministers, ein Diener der Post, ein Gefahr der Pforte und angeblich auch Hauptmann Sait-Uşakoz, sowie der Deputierte Reddi. Das neunte Opfer ist bisher unbekannt. Ein früherer jungtürkischer Deputierter soll den Kriegsminister erschossen haben.

Parteiplattformen aller Länder. Sie schließen sich international zusammen und betreiben gewissermaßen als ein internationales Konsortium jeder an seinem Teile und in seinem Lande die Arbeit, die ihnen einen möglichst großen Abzug ihrer Produkte sichert. Zugleich aber verpflichten sie sich gegenseitig keine Konkurrenz zu machen, und jeder Teilnehmer wird so in die Lage versetzt, seinem teuren Vaterlande die höchsten Preise abzunehmen.

Ein jungliberales Aktionsprogramm.

Der erste Vorsitzende des jungliberalen Reichsverbandes, Dr. Robert Kauffmann, beschreibt im Tag die Ziele und Absichten der liberalen Politik. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß keine der möglichen Parteikombinationen, weder rechts noch links, noch in der Mitte, ein ersteckbares Ziel der Liberalen sein kann. Ebenso unzufrieden wie der Bölkow-Block oder der Großblock oder ein Block mit dem Zentrum und Freikonservativen ist dem Jungliberalen führt das ewige Verhindernden zwischen den verschiedenen Möglichkeiten parlamentarischer Mehrheitsbildung. Selbst ist der Mann, denkt er und schreibt:

Der Liberalismus hat mit einer grobenteils wohlaufendem politisch armeligen Organisations- und Agitationstechnik bei den letzten Wahlen fast 3½ Millionen hinter sich gebracht, kaum weniger als Konservative und Zentrum zusammen, nur 2 Millionen weniger als die Sozialdemokratie, die aber samt und sonders mit ganz anderer Kraft und Unablässigkeit gearbeitet haben und arbeiten als wir. Drei Jahre rostloser, schamlosen Arbeit bei uns, und ich bin überzeugt, bei den nächsten Wahlen ist der vereinigte Liberalismus der Vertreter der stärksten Gruppe der Wählerschaft. Und die Aufgabe, die er dann vor sich hat, das eigentliche, das allein berechtigte Ziel aller liberalen Taktik und Strategie, das ist die Schaffung einer so starken liberalen Vertretung im Reichstag, daß sie ganz oder nahezu die Mehrheit im Reichstag hat. Nicht Großblock, nicht Bölkow-Block, 180 überale Abgeordnete, das ist's, was wir wollen, was wir brauchen und was wir können.

Die Politik, die die Liberalen zu solchen Slegen führen könnten, umschreibt Dr. Kauffmann folgendermaßen:

Unerbittlicher Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokratie, ihre alten Feinde, Kampf gegen die konserватive Partei und den Bund der Landwirte in ihr, die beide wahrschlich um das allgemeine und um uns nichts anderes verdient haben, und zum Positiven gewendet — eine entschlossene, eine imperialistische Politik nach außen und eine Politik raslosen liberalen Fortschreitens nach innen.

Wer mit solchen Zielen nicht einverstanden sei, der soll, nach Dr. Kauffmanns Rat, in aller Freundschaft und Ruhe die Türe von außen zumachen. zunächst soll die neue Aera — nicht deutsch — mit der Ausarbeitung eines neuen Programms begonnen werden:

Und darum schenkt mir die nächste, die wichtigste Tat national-liberaler Arbeit in den nächsten Jahren die zu sein, daß wir endlich, endlich statt Rücksichten und Grundlagen, die kommen, niemand weiß woher, und führen, niemand weiß wohin, uns ein Programm geben, ein Programm, das deutlich zeigt, wie wir uns zu jeder der großen Fragen der Zeit stellen. An dem Mangel eines solchen Programms leiden wir, daraus allein erklären sich alle die vermeintlichen und wirklichen Unzulänglichkeiten, die unsere Arbeit immer und überall wieder hemmen.

Der Jugend ziemt der Mut. Drum soll Herrn Kauffmann die schöne Absicht, den nationalen Chauvinismus als bestes Werk vor den liberalen Wagen zu spannen, in Liebe nachgesehen werden. Was aber das rostlose liberale Fortschreiten in der inneren Politik betrifft, so werden sich die bewährten Weiser an der Bremse seiner schon sorgfältig annehmen. In den Ozean schiff mit tausend Masten der Jungling, auf dem gereisten Boot eines Mandats wird Herr Kauffmann denklich in den Reichstag treiben.

Zusammenschluß der thüringischen Staaten.

Unsere Parteigenossen in den thüringischen Kleinstaaten kämpfen bereits seit Jahren um eine Vereinfachung der Verwaltung durch Vermehrung der gemeinsamen Einrichtungen. Diese ganzen Staaten haben nur die Größe einer preußischen Provinz. Während dort ein Präsident die ganze Verwaltung leitet, sind in Thüringen für diese Arbeit sieben Ministerien nötig mit je einem Staatsminister an der Spitze. Das macht die Verwaltung natürlich enorm kostspielig und nicht minder umständlich. Bis jetzt haben diese Staaten nur ein gemeinsames Oberlandesgericht, ein Justizhaus und eine Strafanstalt, jetzt kommt noch ein gemeinsames Überverwaltungsamt hinzu. Der Landtag der Herzogtümer Coburg und Gotha hat jetzt auch einen Vertrag zugestimmt, nach dem für diese beiden Länder, für das Großherzogtum Sachsen-Weimar, das Großherzogtum Altenburg, die beiden Fürstentümer Schwarzburg und die beiden Fürstentümer Reuß ein gemeinsamer Bundesratsbevollmächtigter eingesetzt werden soll. Eigentlich wird dadurch an dem seitherigen Zustand nicht viel geändert. Die Minister dieser Staaten sind bisher Mitglieder des Bundesrats gewesen und hatten in einem weimarschen Staatsrat einen gemeinsamen ständigen Stellvertreter. Dieser Stellvertreter, Scheiner Staatsrat Paulsen-Weimar, wird nun zum eigentlichen Bundesratsbevollmächtigten ernannt. Man darf erwarten, daß noch mehr gemeinsame Verwaltungseinrichtungen für diese Staaten geschaffen werden; die einzelnen Landesherren jedoch werden diesen Großstaaten auch fernerhin verbleiben.

Keine Verhandlungen über das Jesuitengesetz. Die Norddeutsche Presse bringt folgende Meldung:

Die in der Presse mehrfach aufgetauchten Behauptungen, der Reichskanzler führe selbst oder durch andre Verhandlungen mit dem Zentrum über eine Änderung des Jesuitengesetzes, entbehren der Begründung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der ungarische Generalstreiks-Parteitag.

Budapest, 24. Januar. Sonntag findet der außerordentliche Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie statt, der gleich nach den Verhandlungen der Wahlrechtsvorlage einsetzen sollte, um den Kampf gegen die Arbeiterschutzregierung

zu organisieren. Alle Arbeiter- und Parteigruppen haben Vertreter nach der Hauptstadt entsandt. Der für die ungarische Arbeiterschaft so wichtige Parteitag wird also unter großer Beteiligung stattfinden.

Das Regierungsorgan verabschiedet die Bestimmungen des Strafgelebuchs, die 5, 10 und 15 Jahre Zuchthaus gegen diejenigen androhen, die durch Aufreizung der Massen den Reichstag oder einen sonstigen gelegigen Haftror an der Ausübung seiner Rechte und Arbeiten hindern. Das Organ unserer ungarischen Parteileitung, die Redaktion, verabschiedet als Antwort auf diese Drohung die Namen der Parteileitungsmitglieder und erklärt, daß diese Männer die Verantwortung für alle Folgen tragen. Es wird angeführt:

Die Parteileitung übernimmt die Verantwortung für alle Männer, die sie im Interesse des Wahlrechts unterstützen. Die Parteileitung hat auch das Strafgelebuch studiert und darin keinen einzigen Paragraphen gefunden, der verbietet, eine verbotene Regierung zu fördern. Der Kampf geht nicht um die Störung der Gesetzgebung, sondern um den Sturz der Wahlrechtsränder. Die Parteileitung ist sich durch die Niede Russas klar geworden, daß das Blech gegen die Niede Russas klar geworden soll. Sie erklärt daher öffentlich der Regierung, daß bereits nach den gebrochenen Drohungen des Ministerpräsidenten einige hundert Arbeiter im Parteisekretariat erschienen und dort das Gründungsabkommen: In demselben Moment, in dem die Parteiführer verhaftet werden, wird der Kampf der Arbeiterschaft auf das persönliche Gebiet gelegt und die Mitglieder der Regierung mit den gleichen Waffen bekämpft, die man gegen die Führer der Arbeiterschaft anwendet.

Diese Darlegungen sollen keine Drohung sein. Sie sollen nur der Regierung keinen Raum einkräften über den Ernst der Situation. Wer die ungarischen Arbeiter kennt, wer ihre Wahlrechtskämpfe gesehen, weiß, daß die Arbeiter vor keinem Opfer zurücktreten und daß es ihnen bitter ernst mit dem Kampf gegen die Reaktion ist. Der ungarische Wahlrechtskampf ist von so großer Bedeutung, daß die ausländischen Arbeitsparteien alle Bemühungen haben, die bevorstehenden Ereignisse mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Frankreich.

Die Erklärung Briands.

Paris, 24. Januar. Die Erklärung Briands, die vor der Kammer abgegeben wurde, beweist sich in der angekündigten Stunde. Briand sagte, daß die französische Regierung mit allen ihren Verbündeten und Freunden sowie den andern Mächten auf gutem Fuße steht. Erfahrungswert erfordert besonders die Vorbereitung im nahen und ferneren Orient. In der auswärtigen Politik seien die schwierigen Beziehungen zu berücksichtigen. Die Regierung werde stets wie nationale Ehre hochhalten.

Am weiteren Verlauf der Sitzung tritt die Andeutung die zweibettige Art, mit der die Regierungserklärung von der Wahlrechtsreform spricht. Seine Ansicht nach werde Briand die Ideen der Anhänger des Proportionalwahlsystems mit denen der Majoritätswähler vereinigen können. Faure ist besorgt die Notwendigkeit, die Wahlrechtsreform durchzuführen. Weiter brüstet Faure die Hoffnung aus, daß die Großmächte einsatzbereit seien und das französische Volk der Willigkeit und Großmut für den Frieden sprechen werde. Briand erklärte, daß er ein konstitutionelles Kabinett aus Männern gebildet habe, die das Vertrauen des Landes verdienten. Außerdem er alldann die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform erachtet, bat er die Kammer, ihm das Vertrauen auszusprechen. Die Kammer lehnte die von der Regierung zurückgewiesene einfache Tagessordnung ab und nahm stattdessen eine Tagessordnung an, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgeschrieben wird.

Wegen ungewöhnlicher, zahlreicher Stimmenthaltungen gestattet das mit 224 gegen 77 Stimmen erzielte Vertrauensvotum seine autoritären Folgerungen, aber doch die allgemeine Auseinandersetzung, die zum Amtsantritt Poincaré die Ministrerkrise verhindern werden wird.

Paris, 24. Januar. Während der Abstimmung über die Tagessordnung erhält Ministerpräsident Briand einen Ohnmachtsanfall. Unter der Behandlung mehrerer Arzte, die sich unter den Deputierten befinden, erholt sich der Ministerpräsident schnell von seiner Ohnmacht.

England.

Das Frauenwahlrecht im Unterhaus.

London, 24. Januar. Das Unterhaus beginnt die Verhandlungen über den Abänderungsantrag des Staatssekretärs Grey zur Wahlrechtsbill. Der Abänderungsantrag wurde von den Unionisten vorgelegt, der ein Anhänger des Frauenwahlrechts ist. Grey selbst wird erst am Montag sprechen. Die Debatte bewegte sich heute in den defensiven Rahmen früherer Beratungen über das Frauenwahlrecht. In den Reden kamen keine Parteidifferenzen zum Ausdruck. Bemerkenswert war die Rede des Kolonialministers Harcourt, der die Haltung seiner Kollegen Grey und Lloyd George, die Anhänger des Frauenwahlrechts sind, lebhaft kritisierte. Er fragte Grey, weshalb es keine Frauen als Vorsitzende gäbe, und weshalb man keine weiblichen Hofschafter im Auswärtigen Amt habe. Sie hätten zur Belustigung der Nationen beitragen können. (Heiterkeit.) Dann fragte Harcourt Lloyd George, warum er zwar für das Frauenwahlrecht, aber nicht für das allgemeine Frauenwahlrecht sei, und warum er fünf Millionen Frauen der arbeitenden Klasse vom Wahlrecht ausschließen wünsche. Dies geschieht sicherlich nicht, weil es sich in der Haupttheorie um Hausfrauen handelt. Lloyd George schweigt sich nicht, von diesen Frauen die drei Pence für den Versicherungsfonds zu nehmen. Warum fürchtet er sich, ihre Weinungsaufzehrungen entgegenzunehmen? (Heiterkeit.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Beratung über den Abänderungsantrag des Staatssekretärs Grey auf Montag vertagt, an welchem Tage die Abstimmung darüber stattfinden wird. Es wird allgemein angenommen, daß, wie das Ergebnis der Abstimmung auch sein mag, die Regierung die Bill zurückziehen wird.

Parteiangelegenheiten.

Zur württembergischen Frage.

„Einen beschleunigten Vorschlag“ nennt der Vorwärts unsere Anregung, der Parteiausschuß möge versuchen, die Differenzen zu klären, ebenso wie die Parteidifferenzen in jener Weise die eingangs abgelegte Taktik mitzubestimmen derzeit sind, gerade vor die Öffentlichkeit. Wollte man derartige Streitfragen, die natürlich in sachlicher Form ausgetragen sind, einem kleinen Kreis von Personen zur Rücksicht und Schlichtung übertragen, so ließe das nicht nur auf eine Verwirrung und Anhebung der Parteidifferenzen hinaus, sondern auch auf eine Kalibrierung der großen Masse der Partei, die doch gerade zum eigenen Willen und Denken erzogen werden muß! Das der Parteiausschuß auch keineswegs als eine Intransigenz zur Erledigung aber auch mit „Dämpfung“ von Parteidiskussionen gedacht war, beweisen zur Genüge die Verhandlungen des Chemnitzer Parteitages, besonders die Ausschreitungen des Referenten des Mitgliedes des Parteivorstandes, Heinrich Müller, der ausdrücklich erklärte:

Man soll sich aber anderseits ... auch nicht der Illusion hingeben, als ob Streitfragen, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, in Zukunft ausgelöscht werden könnten durch den Parteiausschuß und damit aus der Welt geschafft werden. Das wird nicht der Fall sein. Mögl. aber kann in diesen Fällen die Vor-

beratung im Ausschluß dazu beitragen, daß solche Streitfragen in Zukunft in der Form kompromissloser ausgetragen werden, als das bisweilen früher der Fall gewesen ist. Über innere Ausschreibungen der Partei zu espiren, solche Streitfragen zu erledigen, das soll und kann gar nicht die vornehmste Aufgabe des künftigen Parteiausschusses sein. Der Parteiausschuß soll vor allen Dingen dem Kampfe gegen unsere Gegner dienen.“

In unserer Anregung war nichts davon enthalten, daß wir etwa der Presse das Recht beschreiben wollen, in sachlicher Form Differenzen über parteilich-politische Fragen auszutragen oder etwa gar eine Beförderung und Anerkennung der Parteidifferenzen und eine Aufzähllung der großen Masse der Partei herbeizuführen. Das, was der Geheime Rat über die Aufgaben des Parteiausschusses gesagt hat, schließt doch nicht aus, daß dieser versuchen kann, die Differenzen beizulegen.

Vielleicht weiß der Vorwärts etwas Besseres vorzuschlagen! Wie liegen denn die Verhältnisse? Niemand wird doch behaupten wollen, daß Differenzen in Württemberg bisher in kompromissloser Weise ausgetragen worden sind oder daß die Hoffnung besteht, daß das in Zukunft geschehen wird ohne Einwirkung von außen. Heilich könnte man auch sagen, es ist eine Sache, die die württembergischen Genossen unter sich ausmachen mögen. Das will man doch auch nicht! Wenn schon, dann wäre die Landesversammlung die erste Instanz. Wie der Entscheid in solchen Fällen ausfällt, das wissen wir aus der Erfahrung. Dann kommt der Parteitag, da sich ja die Sache der Parteidifferenzen gerade auf den Standpunkt stellt, daß die „Schriftäule der Parteidifferenzen“ der Aufzähllung der Parteidifferenzen und Landesversammlung entgegensteht. Man müßte also bis zum nächsten Parteitag die Diskussion wegen dieses Falles fortsetzen oder die Sache entschuldigungslos im Sande verlaufen lassen. Eins wie das andere wird der Vorwärts nicht wollen.

Es dürfte also immer noch unser Vorschlag der akzeptabelste sein und wir hoffen auch, daß trotz der abschlägigen Kritik des Vorwärts der Parteivorsitz ihn erwägt.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarde

für den 26. Januar.

Nordwestwinde; wolfig; etwas kälter; zeitweise Niederschlag, im Gebirge Schnee.

Wetterlage: Der Kern eines kräftigen Tieffs liegt über Dänemark. Nach allen Seiten nimmt der Druck von hier aus zu und erreicht im äußersten Norden und äußersten Süden Werte von 105 Millimeter Barometerland und mehr. Unter der Wirkung der Depression, auf deren Südseite Sachsen liegt, herrscht mildes, regnerisches Wetter. Ostlich und nördlich des Tieffs ist Schnee und Kälte zu beobachten. Die Bewegung des Tieffs nach Osten sowohl wie nach Norden wird auch bei einem Rückgang der Temperatur und damit den Eintritt von Schneefällen bedingen.

Sport- und Weiterbericht vom 25. Januar 1913.

(Mitgeteilt v. Verein zur Förderung Dresdens u. des Fremdenverkehrs.)

Ort	Stunden wär. m	Tempera- tur °C	Ganze- wär. °C	Sportverhältnisse für Nordel Sfl	Witterung
Altenberg . . .	750	0	11-20	gut	gut
Zinnberg . . .	602	+4	1-10	ungünstig	möglich
Augustenburg . .	505	+1	—	—	bedeut
Bad Elster . . .	491	+4	bis 10	—	bedeut
Wärmel . . .	700	—	—	—	—
Eibenstock . . .	650	+2	—	—	wolfiglos
Sichtelberg . . .	1214	-8	bis 100	sehr gut	gut
Geising . . .	600	+1	bis 10	—	bedeut
Wangengeholz .	900	+1	8-10	gut	gut
Ripdorf . . .	594	+2	bis 10	ungünstig	möglich
Oberwiesenthal .	918	0	8-10	gut	gut
Oybin . . .	580	+2	bis 10	gut	gut
Reichenhain . .	778	+1	11-20	gut	gut
Schönau . . .	788	+2	11-20	—	bedeut
Freiberg (Sfl)	249	—	—	—	—

Letzte Telegramme.

Die allgemeine Hoffnung.

Budapest, 25. Januar. Der Vester Lloyd bringt einen Situationsbericht aus Wien, wonin gesagt wird, allmählich werde die Hoffnung immer allgemeiner, daß die Türkei sich auch nach dem alten Handstreit der Jungtürken nicht verleiten lassen werde, sich in einen ungewissen Kampf zu stürzen. So sehr die Armeen der Verbündeten durch die Kriegsverluste auch geschwächt sein möchten, so dürfen sie doch immer noch nicht untergehn. Die Russen scheinen ein rasches Gelingen des Friedensvertrages hätten sich jedenfalls etwas verschlechtert. Mehr als je erforderte die neue Situation eine vollkommene Einigkeit unter den Mächten.

Gegen die Putschregierung.

London, 25. Januar. Die Times betonen, daß die verantwortliche Presse von London, Paris, Berlin, Rom und Wien einstimmig gegen die tatsächliche Regierung Stellung genommen habe. Diese werde gutten, die einstimmige Forderung der europäischen Hauptstädte zu berücksichtigen, da der Frieden Europas den Ambitionen des Komitees für Einheit und Frieden nicht geopfert werden dürfe. Bei anhaltender Gewalt auf Seiten der Verbündeten und bei andauernder Einigung zwischen den Mächten werde die Regierung sich entweder den bisherigen Bedingungen unterwerfen oder zurücktreten müssen.

Enver Bey und der Sultan.

IV. Kreis

Vorstädte

Trachau · Kaditz · Mickten · Übigau

Sonntags den 1. Februar in den Sälen von Watzkes Etablissement, Mickten, und Goldenes Lamm, Trachau

Faschings-Vergnügen

Anfang 7 Uhr abends.

Ende 2 Uhr nachts.

Öffentliche politische Versammlungen.

**6. Wahlkreis.
Frauen-Versammlungen.**

Hainsberg: Sonntag den 26. Januar, nachmittags 2½ Uhr, im Gathof in Hainsberg.
Niederhermsdorf: Montag den 27. Januar, abends 8½ Uhr, im Gathof in Niederhermsdorf.
Cotta: Dienstag den 28. Januar, abends 8½ Uhr, im Gathof zu den Linden, Birkhainer Straße.
Niedersedlitz: Mittwoch den 29. Januar, abends 8½ Uhr, im Gathof in Niedersedlitz.
Döhlen: Donnerstag den 30. Januar, abends 8½ Uhr, im Köhlers Gathof in Döhlen.
Coschütz: Freitag den 31. Januar, abends 8½ Uhr, in Rippenhahns Gathof in Coschütz.
Welschhuse: Sonntag den 2. Februar, nachmittags 2½ Uhr, im Gathof in Welschhuse.

Tages-Ordnung:

Die Frau und der Sozialismus.Referentin: Frau **Elisabeth Röhl**, Berlin.

Frauen und Männer! Es scheint massenhaft in diesen wichtigen Versammlungen. Die Frau muß am politischen Leben teilnehmen! Sie muß verstehen lernen die große Bedeutung des politischen Kampfes. Jeder organisierte Mann sollte auf seine Frau und seine erwachsenen Töchter einwirken, damit sie die Versammlungen besuchen.

Einberufung: Hedwig Kurt, Dresden, Kronprinzenstr. 46.

Dresden-Altstadt (5. Wahlkreis).

Sonntag den 26. Januar, vormittags 11 Uhr

Flugblatt-Verbreitung

von folgenden Lokalen aus:

- Restaurant Burgkeller, Südenhof 1
- Restaurant Starke, Zöllnerstraße 35
- Restaurant Adam, Kaulbachstraße 16
- Restaurant Braunschweiger Hof, Freiberger Platz
- Dresdner Volkshaus, Ritterbergstraße 2
- Restaurant Borrman, Schnorrstraße 62
- Restaurant Sport-Ecke, Pfotenhauerstraße 77
- Restaurant Müller, Eisenstraße 57
- Restaurant Künnel, Zwickerstraße 31.

Wir bitten alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen, sich zu beteiligen.

Der Vorstand.

4. Reichstagswahlkreis. Stadtbezirke

Dienstag den 28. Januar in den Räumen der Deutschen Reichskrone, Bischofsweg

Grosser Faschings-Abend!Motto: **Ein Gesindeball in Neustadt.**

Allerhand große Überraschungen und Belustigungen.

Anfang 8 Uhr abends.

Karte 30 Pf.

Ende 4 Uhr morgens.

Die Karten wolle man vorher bei den Bezirkssässern entnehmen.

Es wird gebeten, möglichst in bürgerlicher Kleidung zu kommen.

Kostümartikel sind am Saaleingang zu entnehmen.

Einen fröhlichen Abend versprechend, lädt alle Genossen und Genossinnen freundlich ein.

Das Vergnügungs-Komitee.

Rest. z. freundlichen Ecke

Hoherholzstr. 22, Ecke Goethestraße.

Wir bringen unser bestes, freundl.

Säle mitteilt, nebst Vereinsräumen

mit Piano in empf. Erinnerung,

Biergäste. Biers a. erst. Brauerei.

Spezialität: g. Kartoffelsalat.

Um gültigen Aufdruck bitten

Robert Horn a. Frau.

Kohl'nstob

empf. freundliche Lokalitäten

Täglich: Frei-Konzert

Radeberger Hof

Radeberger Straße 52

Richard Geissler a. Frau.

Öfflers Restaur.

Ziegelm. 60, Tel. 18219

empf. seine freundlichen

Lokalitäten. Leben Sonntag

kinden in Rotteng.

Musikalische Unterhaltung.

Schwungvoll R. Geissler a. Frau.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schuhverband und dessen Beschluss, am 15. Februar 62500 Holzarbeiter auszusperren.

Kein organisierter Holzarbeiter bleibe der Versammlung fern! Alle Gründen müssen demonstrativ vertreten sein!

Die Verwaltung.

Mitgliedsbuch gilt als Legitimation.

Diese Anzeige ist für den zentralen Zeitungsbogen Dresden. — Herausgegeben von den Universitätsbibliotheken Friedr. Schiller, Dresden-Hauptb., — Stand des Raben u. Lamp., Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Das neue Kirchen- und Schulsteuergesetz.

I.

Gleichzeitig mit dem schon eingehend behandelten Gemeindesteuergesetz ist vom letzten Landtag ein Kirchen- und Schulsteuergesetz erlassen worden. Es sind zwei fast übereinstimmende Gesetze, die sich an das Gemeindesteuergesetz anschließen, und zwar darin, daß die allgemeinen und unbedingten Vorschriften dieses Gesetzes auch für die Kirchen- und Schulsteuern, soweit nicht die besonderen Verhältnisse der Schul- und Kirchengemeinden eigene gesetzliche Bestimmungen erfordern. Doch ist auch sonst in einigen Punkten die anfangs geplante Gleichartigkeit der drei Gesetze durch die erste Kammer etwas durchdrückt worden. Doch können uns auch die besonderen Vorschriften über die Abgaben für Kirche und Schule nicht gleichgültig lassen, schon weil viele Vollstreckte zu diesen Steuern herangezogen werden und insbesondere die Kirche durch dieses Gesetz einbindende Steuerbefreiungen verloren bekommen. Das betrifft auch die Regierung, die unter diesem Gesetz auf die Steuerrechte der Kirche in der Begegnung unter anderem ausführte:

Die Kirchensteuer ist eine tief in die bürgerlichen Verhältnisse eingreifende Belastung, die bis zu den schwersten Maßnahmen staatlicher Zwangsgewalt (Gangvollstreckung, Offenbarungsbefehl, Haft) führen kann.

Wer aus der Kirche austritt, kann sich zwar zum größten Teil vom Zwange der Kirchensteuern befreien, aber nicht von einem, nämlich nicht von den kirchlichen Grundsteuern und Besitzwechselabgaben.

Wie schon angekündigt, erhält die Kirche durch das neue Gesetz weitgehende Befreiungen, doch wird ihr das Recht zur Steuererhebung auch wieder schärfer umgrenzt und eingeschränkt. Denn es steht ihr nur das Recht zu, Besitzwechselabgaben, Einkommenssteuern, Grundsteuern und Kopfsteuern zu erheben; letztere nur bis zum Jahre 1918. Doch ist unter Umständen auch eine Umlegung der Kirchensteuern nach der Anzahl der Köpfe zulässig, die einer Befreiung nach Köpfen gleichkommt. Indes darf die Kirche andere als die angeführten Steuern nicht erheben. Dasselbe gilt auch für die Schulgemeinden, deren Steuerrecht durch eine gleichlautende Vorschrift umgrenzt und die ebenfalls auf die angeführten Steuern beschränkt werden. Mit dem Antreten der neuen Steuergesetze fallen auch allenfalls die bisher noch mehrfach bestehenden veralteten Kirchen- und Schulabgaben, wie Opfer- und Häuslergeld, Orgelgeld oder Hochzeitsgeld, ohne weiteres weg.

Von den einzelnen Steuarten, zu deren Erhebung die Kirchen- und Schulgemeinden berechtigt sind, seien zuerst die Besitzwechselabgaben genannt. Im Gegenzug zu den Vorschriften des Gemeindesteuergesetzes sind diese infolge der den Ortes an der Vorlage vorgenommenen Bestimmungen nicht obligatorisch für Kirchen- und Schulgemeinden vorgeschrieben. Sie können wohl Besitzwechselabgaben erheben, müssen es aber nicht. Gleichzeitig es, so sind die Vorschriften des Gemeindesteuergesetzes dafür maßgebend; gleichzeitig sind die Kirchen- und Schulgemeinden den Bestimmungen des Gemeindesteuergesetzes entsprechend, auch berechtigt. Grundstücke in Besitz juristischer Personen, also vor allem Körperschaften, aller 80 Jahre mit Besitzwechselabgaben zu beladen. Für die Kirche ist die Besteuerung juristischer Personen widerwärtig, denn diese können doch nie auf Grund eines Bekennisses einer Kirche angehören. Aber danach scheint die Kirche mit ihrem guten Willen nicht zu fragen.

Auch kirchliche Einkommensteuern müssen juristischen Personen entrichten. Im übrigen sollen mit ihrem Einkommen zur Kirchensteuer herangezogen werden: alle dem Bekennnis der Kirche angehörenden den kirchlichen Personen, die in der Kirchengemeinde ihren Wohnsitz haben oder dort ein Grundstück besitzen oder ein Gewerbe betreiben. Es sind daher, weil nur alle dem Bekennnis der Kirche angehörenden Personen einkommensteuerpflichtig sind, Dissidenten und Andersgläubige von der kirchlichen Einkommensteuer befreit. Das steuerfreie Gehaltsfünftel für Gesetzbediente soll da, wo es besteht, auch fortan beibehalten werden dürfen, solange in den Steueroordnungen nicht etwas anderes bestimmt wird. Daraus geht hervor, daß das steuerfreie Gehaltsfünftel in Kirchen- und Schulgemeinden neu nicht eingeführt werden darf, und da, wo es besteht, beiderdeutig aufgehoben werden kann. Damit wird nur der fehlende Zustand aufrecht erhalten. Unverhältnismäßig ist es aber, daß das steuerfreie Gehaltsfünftel für Gesetzbediente nicht, wie das die Sozialdemokraten forderten, wenigstens für Kirchen- und Schulgemeinden befehligt wurde. Denn hier ist es überhaupt nur infolge einer irrtümlichen Auffassung der gesetzlichen Bestimmungen über das steuerfreie Gehaltsfünftel eingeführt worden, wie irgendwo entdeckt worden ist. Mehrere große Gemeinden haben es auch schon bestätigt, andere werden folgen. Statt der fortgesetzten Änderungen und Beurteilungen wäre es doch besser gewesen, das Uebel mit einem Schlag zu beseitigen. Dann wäre auch für alle Gesetzbedienten eine Gleichstellung erreicht worden.

Sowohl die kirchliche wie die Einkommensteuer der Schulgemeinden hat nach dem die bürgerliche Gemeinde gleich vorgeschriebenen Takt zu erfolgen. Das geht sowohl aus den §§ 20 und 21 des Kirchensteuergesetzes wie aus denselben Paraphrasen des Schulsteuergesetzes hervor. Nur in zusammengefügten Kirchen- und Schulgemeinden, wo eine einheitliche Steuerung nicht gestande kommt, ist ein anderes, weiter unten erwähntes Verfahren zulässig. Für Steuerbefreiungen und sonstige Fragen sind die Vorschriften des Gemeindesteuergesetzes maßgebend. Die die bürgerlichen Gemeinden, so dienen auch die Kirchengemeinden höchstens 85 Proz. des Gesamtbetrags durch Einkommensteuer decken. Die ungebedeckten 15 Proz. müssen durch Grundsteuer und Besitzwechselabgaben aufgebracht werden, so ist andere Steuern in den meisten Kirchengemeinden nicht erhoben werden dürfen. Anders ist es bei den Schulgemeinden, denen in diesem Punkte Beschränkungen nicht auferlegt worden sind. Sie können also ihren ganzen Bedarf durch Einkommensteuer decken.

Jugendängste und Reichscremungsgesetz.

Ein Urteil von wesentlicher Bedeutung hat die 3. Strafkammer des Landgerichts zu Chemnitz gefällt. Sie hat ein Urteil des Schöffengerichts in Burgstädt auf, nach dem zwei Fortbildungsschüler, die ohne Gewährung der Beihilfeschulbefreiung an den Übungen des Turnvereins zu Niedergarn-

dorf teilgenommen hatten, zu einer Geldstrafe von 1 M. verurteilt worden waren. In der Urteilsbegründung sagt das Landgericht, der Nachtrag zu der Vollordnung für die Schulgemeinde Röthenbach-Reichenbach sei ungünstig bestimmt worden, denn er habe vom Tage der Bekanntmachung an in dem Gemeindeamt zu Röthenbach-Reichenbach zur Einsichtnahme ausgelegen, worauf durch einen am 11. September 1910 bis zum 4. Oktober 1910 erfolgten Aushang dieser Bekanntmachung hingewiesen sei. Diese Art der Bekanntmachung ist aber nach § 6 des königl. sächsischen Gesetzes über die amtliche Verkündigung allgemeiner Anordnungen der Verwaltungsbörde vom 15. April 1884 nur für umfängliche Schriften, die geschlossen, während die Bekanntmachung so kurzer Anerkennungen, wie sie der zweite Nachtrag zur Vollordnung für Röthenbach-Reichenbach enthält, gemäß § 4 des angeogenen Gesetzes regelmäßig in den Landgemeinden mindestens zwei Wochen, während der Anschlag von der Strafe aus sichtbarer Weise an dem Amtsschrein des Gemeindevorstandes zu erfolgen hat.

Außerdem leidet dieser zweite Nachtrag an einem Mangel. Das Urteil vom 4. November 1878, das sich auch auf die Schulzucht außerhalb der Schule bezieht, schreibt in seinem leichten Absatz vor, daß sich wegen Ausführung dieser Bestimmungen der Schulvorstand mit der Obliegt zu unternehmen hat, dieser bleibe vorbehalten, wegen Zuüberhandlung polizeiliche Strafen zu verhängen und die hierüber getroffenen Bestimmungen in die Volksschulordnung aufzunehmen. Das ist hier nicht geschiehen, und in der Volksschulordnung zu Röthenbach-Reichenbach finde sich auch keine solche Strafschaltung. Es fehlt hiernoch diejenen wie den vom Gemeindevorstand gegen die beiden Angeklagten erlassenen Strafschaltungen mit den darin enthaltenen Straffestellungen jedweder Grundlage. (Vergl. § 2 des Strafgesetzbuchs.)

Sächsische Verstöße diese Straffestellungen auch gegen das Reichsdecrets Gesetz. Das ist das sächsische Bestimmungen überläuft. Der Schule bleibt es daher noch wie vor unbenommen, im Interesse der Schulzucht ihren Schülern die Teilnahme an Vereinen und Verbänden ganz zu untersagen oder von der Genehmigung der Schulbehörde abhängig zu machen, soweit es der Zweck der Schule erfordert. Ob ein solches Vergehen hier, wo es um Teilnahme von Fortbildungsschülern an den Übungen eines Turnvereins, die durchaus den Zwecken der Schule entsprechen, handelt, nach § 4 Absatz 1 der bereits angesührten Verordnung vom 4. November 1874 gerechtfertigt wäre, kann dahingestellt bleiben. Bei den Straffestellungen gegen die beiden Angeklagten im vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht um Schulstrafen, sondern um Volksschulstrafen, wobei zu bemerken sei, daß Geldstrafen, wie sie hier ausgeworfen worden sind, in der Fortbildungsschule überhaupt nicht in Betracht kommen können. Das Reichsdecrets Gesetz sollte wohl die Teilnahme von Personen unter 18 Jahren an politischen Versammlungen hindern, während ihnen die Teilnahme an nicht-politischen Vereinen, wie dem Turnverein, bedingungslos gestattet sei. Insoweit also § 4 Absatz 3 der sächsischen Ministerialverordnung vom 4. November 1878 wegen der Teilnahme von Fortbildungsschülern an nicht-politischen Vereinen ohne Genehmigung der königl. Fortbildungsschulinspektion volleidliche Strafe zuläßt. Würde er durch das Reichsdecrets Gesetz bestätigt, so hätte sich demzufolge die Verurteilung der beiden Angeklagten nicht aufrecht erhalten lassen.

Mit diesem Urteil dürfte den Kreisverfahren gegen die Turn- und sonstigen nichtpolitischen Vereine, die sich mit Jugendherziehung beschäftigen, etwas die Spitze abgebrochen sein. Freilich wäre es leicht, übertriebene Hoffnungen darauf zu legen. Man wird nun einfach behaupten, sowohl Arbeiter-Turnvereine in Betracht kommen, sie seien politisch. Nach diesem Rezept ist man ja seither schon vielfach befahren.

Irrtümliche Verwendung der Einkommenssteuerstatistik.

Unter dieser Überschrift wird durch Wolfs Sächsische Landesdienst ein offenbar vom Statistischen Landesamt verübender Artikel verbreitet, der den Zweck hat, den nach den Ergebnissen der Einkommenssteuerstatistik erzeugten Eindruck über die schlechten Existenzverhältnisse der breiten Volksmasse in Sachsen etwas schöner zu färben. Die Ausschüsse lauten:

Von Zeit zu Zeit ist leider immer wieder die Bedrohung zu machen, daß den Händeln der südlichen Einkommenssteuerstatistik eine Ausweitung gegenüber wird, die den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. So hat erst vor kurzem wieder der sozialdemokratische Abgeordnete Fleißner in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 9. Dezember 1912 auf Grund der Tatsache, daß im Jahre 1908 im Königreich Sachsen rund 85 Proz. aller einkommensfähigen Personen bis zu 1000 M. versteuert, die Gebäude aufgestellt, der weitaus größte Teil der südlichen Steuerzahler habe Einkommen, die für eine Familie nicht als hinreichend angesehen werden können. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß von den Eingeschätzten ungefähr die Hälfte Beratern sind, die überdaupt keinen eigenen Haushalt führen, die auch keine Familie zu unterhalten haben und die zum Teil auch selbst nicht auskömmlich von dem eingeschätzten Einkommen leben. Das ist aber sehr wesentlich. Denn für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage kommt es nicht darauf an, wie hoch ein Einkommen ist, sondern darauf, in welchem Verhältnis es zu den notwendigen Ausgaben steht. So dürfte sich die Mehrzahl der Unternehmer, deren Einkommen nicht mehr als 1000 M. beträgt, wohl kaum in schlechter Wirtschaftslage befinden, zumal es zum großen Teil jüngere Leute sind. Eindeutig kann man beobachten, daß die Dienstleister, die in der Haupstadt mit 400 bis 800 M. eingeschätzt sind und deren es mindestens 100000 in Sachsen gibt, weswegen wirtschaftliche Not leiden. Dasselbe gilt auch von den im Hause der Eltern lebenden jugendlichen Erwerbstätigen mit kleinen Einkommen und von den Ehefrauen mit geringem Nebenerwerb.

Noch den Veröffentlichungen des königlichen Statistischen Landesamtes befinden sich im gesetzten Königreich im Jahre 1908 unter 100 Haushaltseinheiten nicht 85, sondern nur 75, die mit nicht mehr als 1000 M. Einkommen eingeschätzt waren, in den Großstädten aber nur 81 Prozent. Seit 1908 haben sich diese Ziffern zweifellos noch verringert. Rechnet man nun den Einkommen der Haushaltseinheiten noch das ihrer Familienangehörigen hinzu, was gerechtfertigt erscheint, weil die Einkommen befindlichen Personen wohl stets, die Kinder in vielen Fällen zu den Kosten des Haushalts mit beitragen, und was unbedingt notwendig ist, wenn man die südlichen Zahlen mit denen anderer Staaten vergleichen will, in denen die Einschätzungen nach Haushalten erfolgen — so vermindert sich die Zahl noch erheblich. Für die Großstädte ergibt sich für 1908 die Ziffer von 47% Proz. als die der Haushaltseinheiten mit einem eingeschätzten Einkommen von nicht mehr als 1000 M.

Die Angaben mögen richtig sein. Sie sind aber nicht geeignet, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterfamilien in ein günstigeres Licht zu rücken. Danach hat selbst in den Großstädten, wo die Mieten hoch und die ganze Lebenshaltung sehr teuer ist, den Verdienst von Frau und Kindern eingerechnet, und die Hälfte der Haus-

bauungen weniger als 1600 M. einfommen. Allerdings wird angenommen, daß das seit 1908 etwas besser geworden sei. Beweisen ist das aber nicht. Wohl aber steht fest, daß seit jener Zeit die Mietpreise rapid gestiegen und eine noch nicht dagewesene Verkürzung der Lebensmittel, insbesondere eine Steigerung der Fleischpreise, in unerträglicher Höhe eingetreten ist. Wie unter solchen Umständen eine Familie mit weniger als 1600 M. Jahreseinkommen auskommen soll, bleibt ein Rätsel. Das ist kaum bei fortwährendem Darben möglich, das schließlich zur Unterernährung führen muß.

Wir geradezu röhrender Staatsrat behandelt der Staatsrat den Verdienst von Frau und Kindern im Arbeitshaushalt. Hat er eine Ahnung davon, was insbesondere die Fabrikarbeiterin der Frau für den Haushalt und die Kindererziehung bedeutet? Das Familienleben wird dann so gut wie vernichtet. Ordnung, Beschäftigung, alles, was dem Familienleben erst Wert gibt, kann dann nicht mehr existieren. Die drückendste Not kann es nur sein, die Arbeitserfüllten in die Fabriken oder zu anderer Arbeit treibt, um so mit dazu beizutragen, das zum Leben notwendigste zu ertragen.

Es mag schon sein, daß bei Vergleichen statistischer Angaben sie und da eine Zahl so verwendet worden ist, daß es den zum Schönfärbigen geneigten Herren im Statistischen Landesamt nicht gefallen hat; aber ihre Art, Zahlen und Familienverhältnisse in Zusammenhang zu bringen, ist so gewißlich das Bergste, was an Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse geleistet werden kann.

Sächsische Wohnungsfürsorge.

Die sächsische Regierung hat nach der königlichen Befehlung Vorarbeiten eingeleitet, um die Landeskultur-Kontenbank der Wohnungsfürsorge für Umbauarbeiten dienstbar zu machen. Sachsen ist jedoch gegen ein Reichswohnungsgesetz. Es will die Wohnungsfürsorge lediglich durch die Bundesstaaten unter Mitwirkung der Gemeinden regeln.

Bei der Heranziehung der Landeskultur-Kontenbank handelt es sich um die Verwirklichung einer Bulle, die der Minister des Innern im Landtag gegeben hat. Sie ging dahin, die Kapitalien dieser Kasse zum Teil zur Belebung von Kleinwohnungsbauten in Gestalt zweiter Hypotheken flüssig zu machen. Was dabei herauskommt, muß abgewartet werden. Daß sich die sächsische Regierung gegen ein Reichswohnungsgesetz erfüllt hat und die Wohnungsfürsorge den Bundesstaaten überlassen will, ist um so unverständlich, weil die sächsische Regierung diese ihre Bundesstaatenpflicht in seiner Weise ausreichend erfüllt hat. Daher ist die Wohnungsfürsorge kaum anderswo so schwamm wie in den Industrieorten und Großstädten Sachsen.

Leipzig. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Vorlage über den Anschluß der Stadtgemeinde Leipzig an den Kreisverband sächsischer Gemeinden abgelehnt.

Zwickau. Der Stadtrat ist der Gründung einer Schwesternschaft und Mütterei für den Ausbezirk Zwickau nähergetreten.

Cainsdorf. Bodenlehnungen machen sich auf dem Gelände bei der Königin-Wartburg in Cainsdorf bewirksam. Eine Strafe erhält eine so muldenartige Vertiefung, daß sie sie weiter aufgedehnt werden möchte. Auch an anderen Stellen des Ortes machen sich solche Senkungen infolge des Kohlenabbaus bewirksam.

Meins Nachrichten aus dem Lande. In einer Rasse in Hartau bei Chemnitz kam der Raubtierpolizist und Hausschäfer Hermann Sebel der Transfimm zu Rate, er wurde erlegt und sehr schwer verletzt. Der Hausschäfer, der auch Gemeinderatsmitglied ist, starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. — Das 1½ Jahre alte Mädchen des Marschallers Richter in Zwickau ist erschlagen oder an Raubvergiftung gestorben. Die Mutter hatte ihr Kind über ein halbe Stunde allein gelassen. Inzwischen war am Ofen zum Trocknen aufgehängte Wäsche in Brand geraten und auch die Kleider am Ofen angebrannt. Die Mutter fand bei der Räude das Kind tot vor. — In einer Waschmaschine des Leipziger Vorortes Stünz kam am Donnerstag ein 27 Jahre alter Elektromotor beim Untersuchen einer Betriebsstörung in der elektrischen Anlage einem in der Transformation befindlichen Hochspannungsdrähte zu nahe und wurde von dem durch seinen Körper gebenden hochgespannten, etwa 10000 Volt starken elektrischen Strom getötet. Alle Wiederbelebungsversuche, auch die mit dem Sauerstoffapparat, blieben erfolglos. — Bei der Gutsbesitzer Julius Petermann in Langenleuba bei Zungenroth mit dem Bogen der Alte beschäftigte, drehte ganz plötzlich eines dieser Tiere den Kopf und stach ihn mit dem Horn in unglücklich ins Auge, daß ihm die Kraft verlor, geben wird. — Ein Vater mit Spiegelkloß wurde auf den Eisenbahnschienen der Görlitzer Brücke bei Thum entdeckt und bestattigt. Zweifellos war ein Anschlag auf den Eisenbahner beabsichtigt, der noch glücklich vereilt werden konnte. — In Ausübung seines Berufes starb im Radeberg der Gehilfe des Schornsteinfegermeisters Dietrich etwa 18 bis 14 Meter mit dem Eisenkopf herab. Der Schüle fiel auf eine zufällig im Garten aufgespannte straffe Wäscheleine, so daß er ohne jeden Schaden davonkam.

Stadt-Chronik.

Die Ortskrankenfasse Dresden

hielt gestern abend eine außerordentliche Generalversammlung ab, die von 149 Arbeiterveterinarien und 20 Arbeitgebern besucht war. Die Tagessitzung war folgende: Stellungnahme zur Errichtung einer Landkrankenfasse in Dresden; die Sitzungen der künftigen „Allgemeinen Ortskrankenfasse“ in Dresden; Mitteilungen über den Neubau des Verwaltungsgebäudes. Zum ersten Punkt erklärte Herr Bureauvorstand Frenzel Verlaut. Die Landkrankenfasse ist ein neues Gebäude, aber gewissermaßen für die zu betreuende Gemeindeversicherung bestimmt, sie ist im Regelfall für den Bezirk des Versicherungsamtes zu bilden, entweder neben der Allgemeinen Ortsfasse oder auch allein. Sie soll hauptsächlich die neuen Gruppen der Versicherungsfähigen aufnehmen: Landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten, im Handgewerbe Beschäftigte, Hausgewerbetreibende und ihre hausgewerblich Beschäftigten; sie kann aber auch andere Gruppen umfassen. Sie wird nicht etwa „auf dem Lande“ errichtet, es kann in allen Städten, auch in Dresden, geschehen. Die Landesgesetzgebung kann sie ganz oder teilweise unterstützen, das ist in Sachsen nicht geschehen. Das Überversicherungsmass kann die Errichtung verzögern, wenn die beteiligten Versicherungen und Unternehmen das Bedürfnis verneinen. Weder Versicherer noch Arbeitgeber haben ein Wahlrecht, der niedrige Ortslohn ist maßgebend für die Berechnung der ohnehin geringen Leistungen, die Wohnerinnenunterstützung kann auf 4 Wochen bemessen werden, das Tierbegehr auf höchstens 30 M., das Krankengeld kann auf die Hälfte herabgesetzt werden, wenn gleichzeitig mit den Beiträgen gesteckt, der Unternehmer kann die Fürsorge über-

nehmen und dann den Arbeiter von der Kasse befreien; das Krankengeld kann auch ganz in Begfall kommen. Arbeitsunfähige sollen regelmäßig ins Krankenhaus kommen. Die Errichtung würde den Unternehmern allgemein mehr Belastung durch doppelte Arbeit bringen — vielfach für beide Kassen dieselbe. Sie wird die ungünstigeren Kreise der Arbeiter umfassen mit wenig Beitrag und häufigerer Krankheit, deswegen nicht die vielen können, was vernünftigerweise heute zu fordern ist. Kein finanziell betrachtet, könne die Ortskasse mit der Errichtung einverstanden sein, von allgemeinen sozialen Gesichtspunkten sei es aber nicht zu begründen; dem Schwächsten könnte nur durch eine große starke Kasse wirkam geholfen werden. Die Entscheidung liege nun bei der Generalversammlung. — Der Vorsitzende ergänzte noch verzweigter Richtung und weist besonders die Beschwerden der Aerzte über Einschränkung der Privatpraxis zurück, die durch Erweiterung der Versicherung auf besser gelehnte Arbeiter und Angestellte geschehen soll. Gerade diese sorgen in den Kassen dafür, daß die Aerzte zu dem Honorar kommen, das ihnen wohl leicht schwer, in manchen Fällen gar nicht erreichbar sein würde. — Zur getrennten Abstimmung beschließen Arbeiter und Unternehmer einstimmig die Ablehnung einer Landkrankenfasse.

Zu Punkt 2 führte der Kassenvorsitzende Gräsdorf aus: Die Reichsversicherungsordnung bedinge die Aufstellung neuer Säulen an Stelle des bisherigen Status. Dabei sind neben vielen anderen Bestimmungen, die Aufnahme finden müssen, jene von Bedeutung, deren Gestaltung zum Teil wenigstens vom Willen der Generalversammlung abhängt. Hierzu seien wiederum an erster Stelle die Leistungen und Gegenleistungen zu regeln. Die Leistungen der allgemeinen Ortskrankenkassen werden in Zukunft gewissermaßen vorbildlich, da Innungs- und Betriebskassen im allgemeinen gleiche Leistungen ihren Mitgliedern bieten müssen, wenn sie neben der Ortskrankenkasse bestehen wollen. Der Vorstand habe sich nun sehr eingehend mit der Frage der Beitragsteilung und der Unterstützungen beschäftigt und sei zu folgenden Schlüssen gekommen. In den letzten Generalversammlungen ist wiederholt auf die Notwendigkeit der Erhöhung hingewiesen worden, infolge des neuen Gesetzes (ab 1. Januar 1914) sei ein Ausweichen nicht mehr möglich. Fraglich könne nur das Maß der Erhöhung sein, der Vorstand empfiehlt von 3½ Prozent auf 4 Prozent zu gehen und dabei eine neue Klasseneinteilung vorzunehmen der gestalt, daß die Unterstufe mit 21 Pf. Beitrag wogt und oben für Löhne mit 5,50 bzw. 6 M. zwei neue Massen gebildet werden, da die Berechnung des Höchstlohnes mit 6 M. nunmehr zulässig sei. Die Beiträge würden sich zwischen 36 und 144 Pf. bewegen und ist die Wehrheimnahme auf 795 000 M. berechnet. Davor gehen ab 39 750 M. für die gesetzmäßige "Müllage" und der Auffall von 42 050 M. weil Eintrittsgelder nicht mehr erhoben werden dürfen, so daß zur Verfügung stehen würden rund 713 000 M. Für die Verwendung dieses Betrages soll folgende Aufstellung die Grundlage bilden: Für Erhöhung der Rathshonorare sind 84 000 M. eingesetzt, 80 000 M. für Pflegelosten in Heilstätten, 87 200 M. für Unterhaltung einer Zahnklinik mit Röntgeninstitut, Inhalatorium, dabei ist ferner gedacht an medizinische Räder und Einrichtung eines jungen Kinderinstituts für Röntgenuntersuchungen bei besonderen Krankheiten und Verletzungen. Die persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten lassen Erhöhungssätze um 84 700 bzw. 70 000 M. notwendig erscheinen. Den Mitgliedern soll folgendes gutgebracht werden: Erhöhung des Tagelohnes von 50 auf 55 Prog. des Tagelohnes, d. h. bei 5 M. statt bisher 2,50 auf 2,75 M. Gesamtbetrag 176 200 M. Erhöhung des Haushaltsgeldes (bisher Familienunterstützung) bei Unterbringung des Ernährers in der Heilstätte von 25 auf 27½ Prog. des Tagelohnes: 10 500 M. Erweiterung des Wochengeldes (Wochnerinnen-Unterstützung) von 6 auf 8 Wochen wird einen Betrag von 51 600 M. erfordern. 8 300 M. sollen zur Erhöhung des Sohnes von 60 auf 75 Pf. dienen, der als Beihilfe gezahlt wird bei Unterbringung Angehöriger in Heilstätten, 6 000 M. für Beihilfen zu größeren Heilmitteln, im Einzelfall 16 bis 30 M. nach entsprechendem Vorstandsbeschluß. Die Rentenränge (ersten drei Krankheitsstage) sollen nachgezahlt werden, wenn die Krankheit zum Tode führt: 5400 M. Für die Erhöhung der Sterbegelder vom zwanzigfachen aufs fünfundzwanzigfachen des Tagelohnes sind 23 700 M. für Erhöhung der Unterstützungsdauer von 26 auf 30 Wochen 30 000 M. ausgeworfen, während 20 300 M. vorgesehen sind für Hebammeindienste im Einzelbetrag von je 6 M. Hierzu kommen noch voraussichtliche Erfolgsleistungen mit ca. 5000 M., so daß eine freie Verfügbarmasse von 20 700 M. verbleiben würde für unvorhergesehene Zwischenfälle. Ohne Debatte beschloß die Versammlung einstimmig wieder jede Gruppe für sich) die Annahme der Vorlage.

Über den Neubau wurde berichtet, daß er stark gefordert worden sei. Von vielen Vergebungen wurde Mitteilung gemacht. Auf künstlerischen Schnauc sollte nicht ganz verzichtet werden, fürs Hauptportal sind drei Figuren gedacht. Das Haus sollte in jeder Beziehung ein Meisterbau werden, außen sowohl wie innen, zur Freude für die darin Beschäftigten als auch für die Aus- und Eingehenden. Zu einer Anfrage der Badeleiter wegen des einzuhaltenden Bades erklärte Gräsdorf, daß die aufgetauchten großen Befestigungen keineswegs Berechtigung hätten. — Bei der Schwierigkeit der Geldbeschaffung sei ein sehr vornehmer Helfer in den Großeinkaufsgesellschaft deutschen Konsumvereine in Hamburg erstanden, der zu 4½ Prog. 1,5 Millionen Mark herzuleihen sich erboten habe. Davon nimmt die Versammlung mit großer Freude die Annahme. Damit war ausgearbeitet und die Versammlung wurde um 10 Uhr geschlossen.

Kästnerkultur.

Eine drakonische Strafe wegen Insubordinationen verhängte das Kriegsgericht gegen den im zweiten Dienstjahr stehenden Mann Karl Paul Roos von der 2. Eskadron des Ulanen-Regiments Nr. 17 in Oschatz. Die Anklage lautete auf Schätzungsverletzung. Behalten im Gefechtfeld vor verfaulender Mannschaft, einsuchen und qualifizierten Angehörigen und Erkennengaben des Gefechtfelds durch Worte. Eine Anzahl Mannschaften der 2. Eskadron hatte am Nachmittag des 28. November unter dem Befehl des Unteroffiziers Gäßler, der erst kurz vorher von einem preußischen Regiment nach Oschatz versetzt worden war, Fußdienst. Die „Achslungen“ waren sehr anstrengend, denn es wurde jährlich eine halbe Stunde lang ohne zu ruhen eingesetzt. Insbesondere mukten die Soldaten Kniegelenkmuskeln und zwar einmal 7 und ein andermal 8 Minuten hintereinander. Dazu kamen Marschübungen an die Reihe. Durch das anstrengende Eingesetz war Roos müde geworden, auch hatte er Schmerzen im rechten Knie und Sehnenreihen bekommen; dadurch fielen die Marschübungen nicht mehr nach dem Wunsche des Unter-

offiziers aus, weshalb er dem Raum Aufstellungen machte. Als der Soldat erklärte, er könne nicht besser marschieren und habe Seitenstechen, sagte der Unteroffizier: „Ich lasse euch stehen, bis ihr verreist!“ Grit hinterher ließ er die Abteilung rücken. Bei dieser Gelegenheit fragte der Unteroffizier auch noch den Angeklagten, ob er denn nicht wisse, wie der Marsch gemacht wird. Durch das Vorwurfgesagte bildet Roos die Antwort schuldig. Durch das Verhalten des Unteroffiziers bei diesem Vorwurf war nicht einwandfrei, hier wieb aber — wie in der Verhandlung zur Sprache kam — Disziplinarstrafbefreiung eintreten. Auf ersterer Wiedergabe ließ der Eskadronchef den Ulan Roos zu sich in die Reitbahn kommen und rückte an ihm die Frage, wie er sich denn zu „Siegelskift und unverzüglich“ beim Fußdienst benennen könne. Als Roos sich damit entwöhnen wollte, habe nicht besser marschieren können und Schmerzen gehabt, ließ ihn der Rittmeister nicht austreden, sagte vielmehr, Roos solle sich schließlich nauscheren und in Arrest gehen. Aus Zeugen über diese Maßnahme ging Roos langsam aus der Reitbahn. Darauf erhielt er vom Mittelmeister den Befehl, im Raum zu sitzen und ihm zu tun zu können. Roos tat dem nach, aber der Laufschritt soll nicht vorbehaltlos gewesen sein. Wegen dieser „Disziplinarübrigkeit“ wurde Roos angeföhrt und ihm erzählt, daß er reit für die Arbeitsleistung sei. (1) Nachdem ihm abermals erzählt worden sei, sich auszuschaffen, sagte Roos mit einer Handbewegung: „Es ist mir egal, lieber heute zur Arbeitsleistung als morgen!“ Die Zornart soll frech und die Stellung unmissverständlich und lächerlich gewesen sein. Einige weitere Insubordinationen soll der Angeklagte einen paar Tage darauf dem diensttuenden Sergeanten gegenüber begangen haben. Er soll ungeübliche Antworten gegeben und mangelhafte Dienstreichtung in Aussicht gestellt haben. Als Roos vom Sergeanten wegen seines Benehmens zur Recke gestellt und ihm mit Wiedergabe gedroht worden war, sagte er: „Hier wird man ja bestimmt wie im Justizhaus!“ oder „Da will ich lieber ins Justizhaus!“ Roos gibt die erste Anerkennung zu. Auf eine weitere Frage des Verteidigers hat der Angeklagte nicht geantwortet, weil er verächtigt war. In der Verhandlung beklagte er sein Verhalten durchaus nicht, er sei verärgert und erregt gewesen. Den Ausgangspunkt zur Anklage bildet der Vorwurf am 28. Nov. also das Fußdienstieren. Er habe an diesem Tage den Dienst getan so gut er gefordert habe, aber die Schmerzen seien ihm hinderlich gewesen. Der plaudernd dräufige Sachverständige Oberstabsarzt Dr. Böckmann gab sein Gutachten dahin ab, daß Roos an einer ausgeprägten Plattfußkrankheit leide und es möglich sei, daß dadurch Schmerzen bei größeren Anstrengungen entstehen. Außerdem habe Roos während der Ausbildungsszeit nie über Beschwerden geklagt. Der Angeklagte gab darauf an, er habe einen soich anstrengenden Dienst noch nicht mitgemacht, wie am 28. November. Vom Mittelmeister wird Roos als ein „harter, nachlässiger und lässiger Mensch“ geschildert, der ein „Demunis der Eskadron“ sei. Beim Antritt waren 18 Wochen Gefängnis. Mit Rücksicht auf die „ungeheuerliche Disziplinlosigkeit“ ging das Gericht weit über den Antrag hinaus und erkannte auf 6 Monate Gefängnis!! Außerdem wurde R. sofort verhaftet.

Die folgen berichtigter entzündlicher Urteile sind wachsende Emotion gegen den Militarismus. Die bestehende Kasse scheint mit Blindheit geschlagen zu sein! —

Vollsiblung und Gewerbeamt.

Wie überaus nützlich das Gewerbeamt B der Stadt Dresden den Bildungsstreben der Arbeiterschaft gegenübersteht, zeigte eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den Vorsitzenden der Vereinigung für Volksbildung und Kunstspleiße, Genossen Seebald, und den Bildingenieur Karl August Kade. Beide erhielten je eine Strafverfügung über 50 M. wegen angeblicher Hebertretung. Sie sollen am letzten Totensonntag eine „Schausstellung“ veranstalten. Im Wissenshülle handelt es sich um einen kinematographischen Vortrag des Bildingenieurs Kade über Technologie, Mikroskop-Kinematographie, Geographie, Naturgeschichte, Erfindungen, Völkerkunde und Viehzucht, den die V. B. A. im Saale des Dreikaisers-Hofs veranstaltete. Der Vortrag war populär-wissenschaftlichen Charakters. Der Vortrag sprach im ersten Teil ohne Vorführungen über das Wesen der Kinematographie und des Phonographen überhaupt und ihre hervorragende Bedeutung für die wissenschaftliche Forschung und Beobachtung. Das wurde dann praktisch durch die Vorführungen aus den aufgezählten Gebieten erläutert. Auch zu den einzelnen Vorführungen gab der Vortragende Erklärungen, mit Ausnahme der Bilder über die Entstehung einer Kanone, bei der erschöpfende Erklärungen durch den Kinematographen selbst gegeben wurden. Genosse Seebald hatte sich vor der Veranstaltung — um ganz sicher zu gehen — mit dem Polizei und dem Gewerbeamt in Verbindung gesetzt. Die Polizei hatte nichts einzutragen und das Gewerbeamt hatte der Veranstaltung gleichfalls zugestimmt, wenn der Vortrag die Hauptfahrt dabei sei. Der Wohlfahrtspolizeiinspektor Reinhold wurde zur Revision geschickt. Er hielt sich nur ganz kurze Zeit auf, und zwar gerade zu der Vorführung, zu der weiter nichts vorzutragen war. Ohne weitere Erklärungen vorgezogen, erließ nun das Gewerbeamt die Strafverfügungen, gegen die S. und K. richterliche Entscheidung beantragten. Es löste sich nicht widerlegen, daß der Vortrag bei der Veranstaltung die Hauptfahrt war. S. habe zudem in durchaus legalem Weise seine Pflicht genutzt. Beide wurden daher freigesprochen.

Wünschenswert wäre es gewesen, wenn bei dieser Gelegenheit auch einmal eine andere prinzipielle Frage mit erörtert worden wäre, nämlich die, was unter dem Begriff „Schausstellung“ zusammenzufassen ist. Das Gesetz vom September 1870 gestattet für den Totensonntag Theateraufführungen, verbietet aber Schausstellungen. Der Gesetzgeber hat damals wohl lediglich Kirchvorführungen und ähnliche, die Schaukunst bestreitende Veranstaltungen im Auge gehabt. Kinematographen gab es damals noch nicht; sie konnten also auf keinen Fall damit gemeint sein. In der Praxis der Aufsichtsbehörden ist man aber längst dahin gekommen, alles Erdentliche und darunter auch kinematographische Vorführungen unter den Begriff der Schausstellungen zu bringen. Diese Begriffsverweichungen haben dazu geführt, daß am Totensonntag im Theater irgendeine Operette anstandslos aufgeführt werden kann, während ernste wissenschaftliche kinematographische Vorführungen, die lediglich Bildungs Zwecken dienen, verboten werden, wenn es den bedecklichen Organen einfällt, die hierbei vorgeführten Bilder als die Hauptfahrt zu betrachten.

Das „gute Einvernehmen“.

Aus Straßenbahnenkreisen wird uns geschrieben: „Der in Ihrer letzten Zeitung vom 20. d. M. berichtete Vorfall auf Bahnhof Rauchig, wo ein Schaffner trotz wiederholten Bitten nicht vom Dienst abgelöst wurde, als seine Frau im Stehen lag, hat unter sämtlichem Fahrpersonal die bereits bestehende Erbitterung gegen die Direktion im allgemeinen, speziell aber gegen den Bahnhofswärter, auf das äußerste gesteigert. Ein destruktiver Fall mag ja einzig dascheinen, aber ähnliche kommen oft vor, wo Bahnstettler seitens einiger Bahnhofswärter einfach die Tür gewiesen wird. Der im Bahnhof

Rauchig tut sich da ganz besonders hervor, trotzdem er selbst eine schwerkrankte Frau hat. War das Verhalten des Bahnhofswärters Gäßler etwa die Antwort an sein Fahrpersonal auf die Rebe, die von einem Schaffner, jetzt Hilfsfotoreller, auf dem letzten Vergnügen des Beamtenvereins (unter den Kollegen gelber Westen genannt), gehalten wurde, in der diejenigen das gute Einvernehmen zwischen Borgegerten und Untergebenen so rühmend herorgehoben hat. Warum gingen die Kollegen vom Bahnhof Rauchig nicht an den gelben Verein, der doch wohl in erster Linie verpflichtet wäre, hier energisch Abhilfe zu schaffen, denn sämtliche Bahnstettler vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß! — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen muß? — Man verlangt fortwährend von uns Lust und Liebe zum Dienst. Ein destruktiver Widerstand ist kein Beispiel wert. Beispiele von den Ober-Inspektoren abwärts, sind Widerstandsvölker! Wie vereinbart sich das mit dem guten Einvernehmen, wenn man bei einer für uns verbotenen Zeitung Hilfe suchen

Dürfe aber eine zeltweise Aufhebung eines bestehenden Ortsvertrages nicht erfolgen. Das Beitungswasser ist untersucht worden und wurde als ein sehr gutes Trinkwasser bezeichnet. Der von der Ammehauptmannschaft angeregten Zusammensetzung von fünf Orts- und Gemeindekrankefassen unseres Bezirks wurde zugestimmt. Einem Schreiben der Generaldirektion der Staatsbahnen, die Jüge der Strecke Weinböhla-Görlitz-Görlitz-Dresden nicht mehr wie bisher am Hauptbahnhof, sondern am Berliner Bahnhof enden zu lassen, wurde nicht zugestimmt, vielmehr einstimmig beschlossen, den Vorhaben zu beantragen, gegen die geplante Verkehrssicherung im Namen des Gemeinderats Einspruch zu erheben. Der beim Schlesengau gewonnene Preis soll, soweit er von anderen Personen als den Unternehmern abgezogen wird, mit 1 M. pro Kubikmeter berechnet werden. Im übrigen wurde eine bessere Bezahlung der Arbeiter gewünscht. Der Vorschlag sicher seine Verwendung in dieser Sache zu.

Potschappel. Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, treffen sich alle Genossen und Genossinnen, die mit der Kirche gedachten haben, im Restaurant zum Hirsch. Die bürgerliche Mehrheit unseres Gemeinderats hat in der Mittwochssitzung beschlossen, daß sie nicht gesessen ist, die Schikanen beim Begegnung eines Sozialdemokraten zu verhindern. Wie bisher, wird also ein Schuzmann ausgerichtet mit einer vorstrafenfreien Verordnung, die Befestigung vor Anzugschleifen fordert, und verhindert, daß ein anderer als der bezahlte Vertreter der christlichen Kirche am Grabe unserer Genossen spricht. Die Arbeiterbewegung ist über gräßiger als die Herren Leibnitz und Genossen hinweggeschritten. Der Besluß des Gemeinderats, der getragen ist von ehemaliger Räuchsteine und Duldamkeit, wird seine Wirkung nicht verschleiern. Die Bezirksverwaltung erwartet das Erscheinen der Geistlichen und Genossen.

Reid-Prohlis. Die Genossen werden ersucht, sich Sonntag um 10 Uhr vormittags zur Flugblattverbreitung einzufinden, nicht um 7 Uhr, wie der Kreisvorstand bekanntgegeben.

Schmiedeberg. In der ersten diesjährigen Gemeindesitzung wurden zunächst die neu- und wiedergetroffenen Vertreter eingeführt. Der Haushaltshaushalt 1913 stellt einen Haushaltbedarf von 54.935 M. fest; da 8750 M. Deckungsmittel vorhanden sind, so ist der Betrag von 45.615 M. durch Steuern zu decken. Der Bedarf der Armenklasse stellt sich auf 2465 M.; bei 1147 M. Deckungsmittel ergibt sich ein Zehnbetrag von 1318 M. Die Wasserwertklasse weist einen Bedarf von 7355 M. auf; da 8800 M. Deckungsmittel vorhanden sind, ergibt sich ein Überschuss von 665 M., der zu Rücklagen verwandt wird. Die Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen ergaben: die Wahl der Herren Schäfer und Radner in den Verfassungsausschuss, Fräulein und Genosse Hempel in den Rednungsausschuss, Fräulein und Genosse Hempel in den Feuerlöschausschuss, Altmann, Lieber und Genosse Schärer in den Armenausschuss, Fräulein in den Schulvorstand. Ferner wurden Vorschriften über das Aufstellen von Salz, Bier und Senf in Gast-, Schenkwirtschaften und offenen Verkaufsstellen beschlossen, die am 1. Juli in Kraft treten sollen. Bier wird. Weißold wurde eine Pachtzinsermäßigung gewährt, die von ihr geforderte teilweise Einräumung des Gemeindegrundstückes dagegen abgelehnt. Abgelehnt wurde die Entschädigungsforderung Fraulob's - Dönschen für Wasserherbeiholen. Der Seefischverkauf hat der Gemeinde nennenswerte Kosten nicht verursacht und eine Herabsetzung des Verkaufspreises der hiesigen Händler bewirkt. Dagegen hat der Verkauf ausländischen Fleisches der Gemeinde einen Verlust von 171 M. gebracht. Es hat sich als unzweckmäßig erwiesen, die hiesigen Fleischermeister mit dem Verkaufe des ausländischen Fleisches zu betrauen, da sie den Leuten den Kauf des ausländischen Fleisches möglichst anzubieten suchten. Ein großer Teil der Einwohnerchaft hat die Bemühungen der Gemeinde, preiswertes Fleisch zu beschaffen, nicht genügend gewürdig und dadurch zu dem Rückschlag beigetragen.

Altenberg. In der Stadtverordnetensitzung vom 17. Januar, von der wir schon berichtet haben, soll es in der nächstfolgenden Sitzung noch recht böse hergegangen und zu einem persönlichen Streit gekommen sein, was dann zur Folge hatte, daß Stadtverordneter Höhne sein Mandat niedergelegt und erregte die Sitzung verließ. An seiner Stelle wird nun der Erbauerin Herr Destillateur Köllner fungieren. Im letzten Stadtverordnetenwohltatsumpf schied ein beliebter Stadtverordneter im Alter von 65 Jahren: Von den Sozialdemokraten sei, wenn solche in das Stadtparlament einziehen sollten, rein gar nichts zu erwarten, als daß in den Sitzungen durch unerschöpfbare Forderungen und politische Anträge aller Art viel Zeit unzit verbraucht würde. — Die Sozialdemokraten hätten Forderungen gestellt, die dem Gemeinwohl des Ortes dienen, auch hätten sie die minderbemittelte Einwohnerschaft Altenbergs in weitesten Sinne vertreten. Keinesfalls hätten aber die Sozialdemokraten selbstsüchtige Politik getrieben und die Zeit durch persönliche Streitkämpfe verbraucht.

Altenberg. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen wurde hier ein Bürger, der von seinem Wahlrecht Gebrauch machen wollte, zutraden mit dem Bemerk, er sei Steuerfikt und dürfe nicht wählen. Der Mann hat bis Ende 1911 seine Steuern beglichen und kommen nur die städtischen Steuern für das Jahr 1912 in Frage. Diesem Manne war aber ca. 8 Tage vor der Stadtverordnetenwahl erst das Bürgerrecht verliehen worden, wofür er 3 M. Bürgerrechtsgebühr bezahlt musste. Auf Anregung hatte es der Betreffende nun gar gewagt, sich beim hiesigen zweiten Bürgerverein anzumelden. Dort kam er aber schön an. Der Herr Bürgermeister erklärte, daß Steuerfikt nicht aufgenommen werden könnten, und obwohl ca. 40 Bürger anwesend waren, ging die Versammlung gleich, ohne eine Abstimmung vorzunehmen, über die Anmeldung hinweg, trotzdem es wohl sämtlichen Anwesenden bekannt war, daß dieser Mann schon 30 Jahre aktiv der freiwilligen Feuerwehr dient. Wir wollen nun nicht wissen, ob und wieviel Mitglieder des zweiten Bürgervereins noch Steuerfikt auf das Jahr 1912 zu bezahlen haben, aber tonisch willt, daß der Mann in einem bürgerlichen Verein, wie es der zweite Bürgerverein ist, seine Aufnahme findet. Dieser Fall zeigt wieder deutlich, wie die minderbemittelte Einwohnerschaft von der bürgerlichen Gesellschaft behandelt wird. Wenn aber werden die minderbemittelten einschätzen lernen, daß für sie sein Platz in den bürgerlichen Vereinen ist! Heraus aus den bürgerlichen Vereinen und hinein in die moderne Arbeiterbewegung, hinein in die politische und gewerkschaftliche Organisation!

Gerichtszeitung.

Geschworenengericht.

Abschreibung.

Der Naturheilkundige und Badearztliche Christian Hermann Weinholtz in Königstein muhte sich wegen Abreibung und fahrlässiger Tötung verantworten. Als Geschädigte kommt die Kellnerin Maria Fischer in Sebnitz in Betracht, die an den vom Angeklagten mit ihr vorgenommenen Manipulationen verstoßen ist. Sofort nach Feststellung der Personalien als wurde die öffentliche Aufschlüsselung des Angeklagten. Es waren neue Zeugen und als Sachverständige Medizinalrat Dr. Pegold-Perna, Gerichtsarzt Dr. Graß-Sebnitz und Sanitätsrat Dr. Hoff-Königstein geladen. Das Urteil lautete auf 3 Jahre 6 Monate Justizhaus, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Entziehung sämtlicher benutzten Instrumente und Utensilien. Als Strafmilderung wurde in der Urteilsbegründung angeführt die bisherige Unbedenklichkeit des Angeklagten, sein offenes Gesündnis und der Umstand, daß ihn die R. zur Tat gedrängt habe; straffährend jedoch die große Gefahr für Gesundheit und Leben der Patienten bei solchen Vorhaben, die Gewissenlosigkeit, als Vorleistungsmöglichkeiten anderer nach dem Entgelte. R. hat die R. gebüßt, indem er sie vorgezeigt, er müsse sich das dann verdiente Instrument erst für 50 M. in Dresden leihen, während er es selbst besaß. — Der Verurteilte unterwarf sich sofort der Strafe.

Geldgericht.

Als Fahrraddieb.

Der Zimmermann August Walter Krause bei der Polizei längst bekannt, da er deshalb schon dreimal vorbestraft wurde. Am September saß er mit einem hiesigen Wiederläufer E. in einem Restaurant auf der Hofgartenstraße. Als sich letzter einmal aus der Gaststätte entfernte, verhandelte R. mit dessen neuen Mama, daß ihm schon längst gefallen hätte. Der Verletzten meldete dem Diensthof auf der Kriminalpolizei, wo man ihm das Album des Fahrraddiebes vorlegte. E. hatte sofort seinen Mann gefunden, und die Polizei brachte R. auf die Suche. Es dauerte nicht lange, hatte man R. und auch das Rad, das sich in seiner Wohnung befand. Das Gericht sah von milderen Umständen ab und verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahre Justizhaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Eine schlechte Ausrede.

Der Schuhmachergehilfe Franz Hittel erhielt am 23. November 1912 nach einer längeren Gefängniszeit das Recht der Freiheit wieder und erhielt auch sofort Arbeit bei einem Meister auf der Neue Welt. Der Angeklagte wurde am 29. November vom Meister entlassen. Am nächsten Tage, während der Meister in seine Wohnung gegangen war, stahl R. einen im Geschäft liegenden kleinen Handtasche, in dem er acht Paar Herren und zwei Paar Damenstrümpfe aus dem Laden des Meisters packte und damit verschwand. Die Viehhändlerin repräsentierte einen Wert von 65 M. R. verkaufte alles für 13 M. 50 Pf. an einen Altwarenhändler in der Bergstraße. In der Verhandlung bestellte der Angeklagte, die Gegenstände selbst gestohlen zu haben. Nach seiner Darstellung hätte ihn die Berechtigung des Meisters am Tage vorher so geübt, daß er einen Landmann Radoch, den er am Abend getroffen, bestimmt habe, nächsten Mittag, während der Meister zu Tisch war, die Sachen zu stehlen. Der Meister sei auch gekommen, habe das Jung geholt und er sei mitgegangen und habe es verloren. Viel Glauben schenkt das Gericht dieser Darstellung nicht zuvertrauen. R. ist auch bisher noch nicht aufgefunden worden. Hittel wurde wegen Raubfalldiebstahl zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Ein gefährlicher "Scherg".

Zum Werksoal 1. und 2. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofs sah am 10. Dezember abends eine Dame. Sie ließ sich Abendrot kommen. Da entdeckte sich in ihrer Nähe ein Herr und strebte dem Ausgänge zu. Die Dame warf zur gleichen Zeit einen Blick nach ihm an der Wand hängenden Jackett, in dem sie das Portemonnaie mit ihrer Taschenuhr und der bereits gelösten Schlüsselkette sah. Daraufhin batte die Dame ihn festgehalten. Nachdem sie den Vorfall berichtet hatte, wurde der Herr verfolgt und verhaftet. Es war ein Fleischer namens Heuerwald, der sich jetzt wegen Diebstahl verantworten mußte. Er genießt einen guten Beurkund und ist bisher noch unbestraft. Eine Diebstahlabsicht bestreitet er entschieden, er habe das Portemonnaie aus Schers genommen. Er habe sich damit auch nicht nach dem Ausgang gegeben, sondern sei in der Kuppelhalle vor dem Werksoal auf- und abgegangen, um die Dame zu erwarten. Die Dame selbst ist nicht ansichtig zu machen. Sie hat noch eine Stunde nach dem Vorfall im Werksoal gesessen und mit dem Kellner den Fall besprochen und ist dann wahrscheinlich fortgefahren. Da der Angeklagte die Ausweispapiere gezeigt, wird ihm vorgeworfen, daß er am folgenden Morgen auf der Polizei schriftlich ein Geständnis niedergelegt und dies mit seiner Unterschrift versehen hat. Die Verhandlung sollte aber recht interessante Aussichtsweise darüber geben, wie die Polizei zu diesem "Geständnis" gekommen war. Man legte nämlich den Angeklagten den auf Pappe aufgesogenen Vorfall dieses Geständnisses vor mit der Aufforderung, dies abzuschreiben und mit seiner Unterschrift zu versehen. Der Angeklagte, der die Bekämpfung des Portemonnaies zwar zugab, die Auseinandersetzung jedoch bestreit, weigerte sich, ein solches Geständnis seiner Schulde nachzufertigen. Da sagte man ihm aber, die Niederdrift habe mit der Dame gar nichts zu tun, er könne das ruhig abschreiben, man wolle nur eine Schriftprobe von ihm haben. Durch diese Erfahrung beruhigt, schrieb der Angeklagte die verlangte Niederdrift an. Das Gericht erkannte an, daß dies ein Verfahren der Polizeidienst ein recht bedenkliches sei. Das Geständnis sei unter diesen Umständen verfasst. Gleichwohl gelangte es aus dem sonstigen Verhalten des Angeklagten zu der Überzeugung, daß er den Diebstahl des Portemonnaies beobachtigt hat. Es erkannte auf 2 Wochen Gefängnis.

Mädchenhändler.

Wegen Kurvei muhten sich unter Auslöschung des Leistungsfests der Malergruppe Walter Knorr und der Schneidergruppe Adolf Sturm verantworten. Die Angeklagten brachten aus Böhmen zwei etwa 17jährige Mädchen nach Dresden, um sie hier in einem öffentlichen Hause zu verkuppeln. Das eine Mädchen war die Geliebte des Angeklagten, das andere deren Freundin. Hier angekommen machten die Mädchen die Bekanntheit eines Vorber. L. dem sie förmlich eins der Mädchen — das er sich herauszusuchen kümme — zum geschlechtlichen Gebrauch in seiner Wohnung gegen Entgelte entlocken. Der Vorber nahm die 17jährige Anna R. mit in die Wohnung. Hier erzählte sie ihm aber, daß die Männer sie und ihre Freundin überredet hatten, mit nach Dresden zu kommen, wo sie in einem Hause unterbringen wollten, in dem sie den ganzen Tag in Saal und Größe gingen, Automobil fuhren, gutes Essen und Trinken hätten, nicht arbeiten brauchen und dabei noch viel Geld verdienen. Als dies der Mann hörte, war er über so viel Gemeinnütz empört und stellte das Mädchen zu gebrauchen, wollte er den häuslichen Plan der Burschen vereiteln. Nach einiger Zeit kamen die Mädchenhändler wieder, um ihr Opfer abzuholen. Sie waren enttäuscht, als er ihnen sagte, daß er das Mädchen nicht gebraucht und ihm kein Geld gegeben habe. Er folgte ihnen und überließ sie der Polizei. Die beiden Mädchen wurden wieder in ihre

Heimat befördert. Das Gericht verurteilte Knorr zu 2 Jahren, seinen Komplizen zu 8 Monaten Gefängnis; gegen beide wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufführung erlaubt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Wirtschaftsfriedliche Techniker.

Wir haben gelegentlich schon auf die von Hannover ausgehenden Bestrebungen hingewiesen, eine gelbe Technikerorganisation zu schaffen. Es hat sich irgendwie herausgestellt, daß hinter diesen Vereinigungen niemand anders steht als der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, dem es nun auch gelungen ist, ein paar Jugendtechniker, die zum größten Teil in öffentlichen Diensten zusammen, zusammen zu formieren. Diese Herren wollen am 26. und 27. Januar in Hannover eine "Gesamtvereinigung deutscher nationaler Techniker" gründen, und in einem Aufruf, den sie an die Kollegen richten, stellen sie fest, was die neue Organisation sein und nicht sein soll:

"Nicht eine Vereinigung, die in Slogans die Werte verherrlicht, sondern die ihrer Mitglieder wirtschaftlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder verwendet. Nicht eine Vereinigung, die in der Betonung und Schätzung des Gegenseitigkeits zwischen Angestellten und Arbeitgebern ihr Lebenselement sucht, sondern die im friedlichen Einvernehmen mit dem Arbeitgeber zugleich die beste Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder erkennt. Nicht eine Vereinigung, die ihre Anhänger auf das Abenteuer von gewerkschaftlichen Lohnarbeiterstreiken heranzieht, sondern die das berechtigte Standesbewußtsein der technischen Angestellten innerhalb und außerhalb des Betriebes auch bewußt zum Ausdruck bringt. Nicht eine Vereinigung, die nachgewiesene radikal-politischen Ideen zugänglich wird, sondern eine Vereinigung, die ihren festen Stützen und Ankerpunkt auf nationalem Boden sucht."

Bezeichnenderweise wird es nicht sowohl auf die Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten als vielmehr auf die des Deutschen Techniker-Verbandes abgesehen. Man weiß, daß bei jenen der gewerkschaftliche Gedanke doch schon zu sehr Wurzel gefaßt hat, als daß der gelbe Verband auf starken Zug aus ihrem Reihen reagieren könnte. Bei dem Deutschen Techniker-Verband ist das etwas anders. Der hat sich auf seinem letzten Verbandsstage gewerkschaftliche Richtlinien aufgeschrieben, und es steht fest, daß viele seiner Angehörigen, besonders die im Staats- und Gemeindeamt beschäftigten, mit dieser "Nationalisierung" nicht einverstanden sind. Gegen diesen Punkt des schwächeren Widerstandes richtet der Reichsverband lässig geschickt seinen Hauptangriff, und er sucht die Verbündeten besonders auch mit dem Hinweis auf den politischen Radikalismus ihrer Führer für seine Zwecke zu gewinnen. So wird in der Presse darauf aufmerksam gemacht, daß sich der Direktor Schubert im Komitee Konfessionales beiderseitig und der Parteileitung der Demokratischen Vereinigung angehöre, und daß ein anderer Organisationsbeamter, Herr Kaufmann, sogar Sozialdemokrat sei.

So etwas willt der schwächeren Gemütern immer. Nur haben die Väter des neuen Vereins insofern etwas Pech, als der Techniker-Verband in der Lage ist, die gegen ihn gerichteten Vorwürfe einzigermaßen zu entkräften. Erstens sitzt Herr Direktor Schubert schon seit Monaten nicht mehr in der Leitung der Demokratischen Vereinigung, der er auch nicht mehr viel zu leisten hat, zweitens hat Herr Kaufmann, der sich in der Tat als Sozialdemokrat bezeichnet, als Mitglied des Hauptausschusses der den Anstelltenwahlen alle die Flugblätter unterzeichnet, in denen die Freie Vereinigung den Wählern als sozialdemokratisch benutzt wurde, und endlich hat der Techniker-Verband eben erst durch den ausdrücklichen Vergleich auf das Streitrecht der bei den Behörden auf Beibehaltungsvortrag angefeindeten Techniker dokumentiert, daß er nicht so "schlimm" ist wie es nach den gewerkschaftlichen Beschlüssen von Köln den Anschein haben konnte.

Wir werden nun abwarten müssen, ob die Reichsverhandlungen in der Tat tropfen in den Gründen des Deutschen Techniker-Verbandes einen Erfolg machen wird. Auf alle Fälle aber mag der Techniker-Verband erkennt, wie wichtig die handeln, die um sich ein paar Mitglieder zu führen, auf ein Prinzip verzichten. Es kommen dann immer andere, die in der Gesinnungslösigkeit noch konsequenter sind.

Inland.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

In der Freitagssitzung wurde über die Maßnahmen bei Tarifverhandlungen verhandelt. Hierzu fordern die Gehilfen besonders die Belebung verschiedener einzelliger Bestimmungen des bisherigen Tarifvertrags, während die Unternehmer die Erzählpflicht bei Tarifverträgen, die Unterlegung einer Geldsumme als Sicherheit für Anträge der einen oder anderen Partei bei Tarifverträgen oder Nichtbefoligung von Entscheidungen der Tarifkämter fordern. Die Gehilfen lehnen diese Anträge vor allem aus rechtlichen Gründen, weil sie in der Praxis unerfüllbar sind und zu einer Reihe weiterer Differenzen Anlaß geben würden, als unübertragbar ad. Trotz warmer Belebung durch die Unternehmer möchten auch die linparteilichen Kästen die Bedenken gegen diese bisher noch ungeklärte Frage geltend machen. Die Anträge wurden zurückgewiesen.

Zur Frage der Bekämpfung der Schuhkonkurrenz war außerst interessant, daß von den Unternehmern, die in der Presse und in Versammlungen nicht oft genug über den offenen und verdeckten Widerstand des Verbandes der Maler bei der Durchführung der jetzt geltenden Bestimmungen klagen konnten, jetzt hier galt. Beide anzutreten, erfuhr werden mußte, daß die Organisation der Gehilfen in jeder Weise ihren tariflichen Verpflichtungen nachkommen will. Sie akzeptierten auch mit unspezifischen Aenderungen die von diesen unterschreitenden Abänderungsabschläge, die in der Hauptfeste eine schärfere Präzisierung der bisherigen Bestimmungen und insbesondere die Verpflichtung für die Unternehmer enthalten, bei tariflichen Gehilfenarbeitszeit und -prozenten besonders aus § 20 der Gewerbeordnung zu halten zu tragen.

Das Hauptinteresse in der Verhandlung am Freitag nahm die Frage des partizipativen Arbeitsnachweises in Anspruch. Hier standen sich zunächst die Meinungen der Parteien diametral entgegen. Währte die Unternehmer es mit der plausiblen Bemerkung, wenn den Arbeitsnachweisen zu unterstellen, wollen die Gehilfen die bisherigen Bestimmungen, nach denen partizipativer Arbeitsnachweis verlangt wird, abändern. Die Gehilfenvertreter behielten in längeren Darlegungen die unbedingte Notwendigkeit, die Frage der Arbeitsvermittlung im Tarifvertrag, zu dessen Aufrechterhaltung und aus den verschiedenen allgemeinen sozialpolitischen Gründen bestimmt als bisher zu regeln. Sie belegten ihre Ausführungen mit verschiedensten Beispiele aus der bisherigen Praxis und wiesen den Unternehmern nach, daß sie die legale demokratische Fassung des einschlägigen Paragraphen benötigt haben, um gegen die Ausbeutung der partizipativen Arbeitsvermittlung im Sinne des Tarifvertrages offen anzukämpfen. Den Vorber gegen die Gehilfenorganisationen, sie densgleichen Nachweis zur Stärkung ihrer Organisation, konnten deren Vertreter, gefäßt auf urkundliche Beweise, dem Unternehmerverband zurückgeben. Die Unternehmer versuchten ein allen Regelungen des Tarifvertrages entgegenzuwirken, unter solchen Umständen dann für partizipativen Arbeitsnachweis einzutreten, und dachten erweitert wollen, daß solche zu errichten sind. Die Gehilfenvertreter behielten in längeren Darlegungen die unbedingte Notwendigkeit, die Frage der Arbeitsvermittlung im Tarifvertrag, zu dessen Aufrechterhaltung und aus den verschiedenen allgemeinen sozialpolitischen Gründen bestimmt als bisher zu regeln. Sie belegten ihre Ausführungen mit verschiedensten Beispiele aus der bisherigen Praxis und wiesen den Unternehmern nach, daß sie die legale demokratische Fassung des einschlägigen Paragraphen benötigt haben, um gegen die Ausbeutung der partizipativen Arbeitsvermittlung im Sinne des Tarifvertrages offen anzukämpfen. Den Vorber gegen die Gehilfenorganisationen, sie densgleichen Nachweis zur Stärkung ihrer Organisation, konnten deren Vertreter, gefäßt auf urkundliche Beweise, dem Unternehmerverband zurückgeben. Die Unternehmer versuchten ein allen Regelungen des Tarifvertrages entgegenzuwirken, unter solchen Umständen dann für partizipativen Arbeitsnachweis einzutreten, und dachten erweitert wollen, daß solche zu errichten sind. Die Unternehmer konnten diese Fassung nicht bestätigen. Auch diese Frage bleibt weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Die Tarifdauer soll in beiderseitigem Einverständnis wieder auf drei Jahre festgesetzt werden. Die zweite Lehrgang über das Tarifschema wurde einer Kommission dann je der Unternehmer und nie-

Arbeitervertretern übertragen, die am Sonnabend ihre Funktion erledigen soll.

Im Zeitalter der Humanität.

Der Wochenbladet der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung (Heft 12) beschäftigt sich in der Nummer 3 seines Organs mit der Frage der Humanität in unserm Zeitalter. U. a. meint der Herr: „Den Güte soll man den Äuferen, mit Güte und Freundschaft auch den inneren Feinden begegnen. Unsere sozialpolitischen Humanitätsapostel haben eifrig das bürgerliche Wort studiert, das Feindschaft nicht durch Feindschaft, sondern nur durch Freundschaft überwunden werden kann. Der „Hilfe“ stimmt bei gewisser Substanz eines bemerklichen Krieges nicht über die Hartherzigkeit derjenigen an, die ein gewöchentliches Kriegsrecht proklamieren wollen. Wie kann man nur einen brauen Arbeiter bestrafen wollen, der, wenn es Güte gibt, aus reuem Solidaritätsgefühl, getrieben durch den Schebegriß seiner Mutter und um der wichtigen Interessen willen, die auf dem Soile stehen“, diesen besorgten Geisen, die immer noch weiter ihr Flucht tun, den Schädel einschlägt? Die armen, bedürftigen, wehrlosen Unschuldslämmer, als die bekanntlich sämliche Streitposten angesehen sind! Wie darf man nur, jammert Herr Ludwig Herz, so inhuman sein und gegen diese schändlichen Menschenmänner mit Polizeigewalt und Strafposten vorgehen wollen? Von den amerikanischen Dynamithätern, von der Sabotage, von der Unzufriedenheit der Arbeiter, die jahraus, jahrein der sozialistischen Terrorismus einer verbliebenen Masse geistig und körperlich knebelt und mißhandelt, davon, Herr Herz, haben Sie nie einen Gewissenswürtzen gehabt? Gegen diese human zu sein, fühlen Sie keine Notwendigkeit? Wiederum die merkwürdige hoffnungslose Humanität, die einen, den schlechten, den rohen, minderwertigen Menschen in Rente rufen möchte, den anderen aber ruhig mit Füßen treten läßt. Wie leben im Zeitalter der Humanität?

Doch dem Herrn fällt die Streitposten schwer im Wagen liegen, wird ihm jeder nachfühlen, der das Verhältnis gewisser Liberalen zum Unternehmensmarkt kennt. Wer die Streitposten nicht dem Ruchtuß überantworten will, gilt dem Herrn auch nichts, bei Streitposten nur Streitbrecher statlos bleiben, die wegen einer Gebärde nur eines Wortes ihre Mitmenschen fallen Blutes niederschleudern; trastlos die Schafsmacher, die mit anderen in geheimen Abkommen die Auspeppung laufender Arbeiter beschließen helfen, die mit Betriebsverträgen, schworen Lüsten gegen Arbeiter und gegen Unternehmer vorgehen und den Teufel danach fragen, ob sie die Existenzvernichtung hunderten und tausenden Menschen auf dem Gewissen haben. Was ist ein Streitposten gegen den Schafsmacher, der seine giftigen Worte aus dem Hinterhalte schreit. Aber füllt auch von amerikanischen Dynamithätern. Das meint er ganz gemäß nicht nur die Proletarier, die sich in Amerika mit Dynamit und Bordwandschlägen beschäftigt haben, sondern auch die Unternehmer im Verein mit den Behörden. Wie die leichteren mit Nord- und Ostbahn belastet sind, wie sie als Vorbild den vergessenen Arbeitern dienen haben, ist zu bekannt, als daß wir hier die einheimisch-schlafende Menschenleben noch nicht verloren gegangen, heralich wenig. Solange wir eine Arbeiterschwäche in Deutschland feststellen und organisierte Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden, sind durch Streitende noch nicht so viel Streitbrecher und sonstiges Gefinde von organisierten Arbeitern verletzt worden, als viele an einem Tage Verlegerungen in schriftstellerischen Betrieben vorkommen. Und außerdem hat auch noch kein Arbeiterschlag und seine Organisationsleitung die Angriffe selbst auf Streitbrecher irgendwie gebilligt.

Zum bevorstehenden Kampf im Holzgewerbe.

Eine Versammlung von mehr als 4000 Vertretern des Holzgewerbeverbands in Berlin nahm in der vergangenen Nacht einstimmig eine Entschließung an, in der sie sich mit der Stellungnahme der Städtekonferenz zum Kampf im Holzgewerbe in allen Punkten einverstanden erklärte.

Neue Maßregelung im Saarrevier.

Im Saarrevier ist jetzt eine neue Maßregelung vorgenommen worden. Auf Grube Delfen ist der Knappelschafts- und Besteck-Beder-Geld durch die Bergwerksbehörde entlassen worden. Beder-Geld gehört der freien Gewerkschaft an. Die Gründe der Entlassung sind noch nicht bekannt. — Gleichzeitig wird die Gründung eines nationalen Bergarbeiterverbandes, des königlichen Bergarbeitervereins im Saarrevier, gemeldet, der sich dem Bund deutscher Bergvereine angeschlossen hat.

Soziales.

Krankenkassenverbande.

esco. Auf allen Gebieten menschlicher Betätigung tritt mehr und mehr das Bestreben her vor, zu organisieren und zu zentralisieren. Kein Wunder, wenn daß auch in dem sich rasch entwickelnden Krankenkassenwesen geschieht. Das seitliche Krankenversicherungsgesetz war der Bildung von Krankenkassenvereinigungen sehr hinderlich. Es ließ eigentlich nur zu, daß sämliche oder mehrere Gemeindekranenkassenungen unter einer Verwaltungsbehörde sich zu einem Verbande vereinigen. Diese Bestimmung genügte natürlich dem Bedürfnis noch weiterreichendem Zusammenschluß der Kassen nicht, und es bildeten sich Verbände, die weit über die gegebenen Grenzen hinausgingen. Die Behörden erklärten zwar diese Vereinigungen für unzulässig, verboten den Kassen, irgendwelche Auswendungen für sie zu machen usw. Doch drückten in letzter Zeit, der Not gehorchnend, die Behörden ein Auge zu und hatten bis und da sogar nichts dagegen, wenn auf Kassenlosen Delegationen zu den Kongressen der Verbände vorgenommen wurden. So kommt es, daß eine große Menge von Krankenkassenverbänden entstanden ist. Da ist zunächst der Hauptverband deutscher Ortskranenkassen, dessen Vorstand aus Vorständen der größeren deutschen Ortskranenkassen besteht und dessen Geschäftsführer die Ortskranenkasse Dresden besorgt (Vorstand Julius Fröhbotz-Dresden). Es umfaßt 411 Unterverbände und einzelne Ortskranenkassen mit über 5% Millionen Versicherten. Die Zahl der vorhandenen örtlichen und probinsialen Verbände von Ortskranenkassen beträgt 64. Sie sind zum weitaus größten Teil dem erwähnten Hauptverbande angegeschlossen. Die bedeutungsvollsten dieser Unterverbände sind die Kreisvereinigung sächsischer Ortskranenkassen mit 808 027 Mitgliedern, die Vereinigung von Ortskranenkassen im Bereich der Landesversicherungsanstalt Ahlenprovinz mit 79 Kassen und 407 670 Mitgliedern, der Württembergische Kranenkassenverband mit 289 Kassen und 464 161 Mitgliedern, die Kreisvereinigung der Kranenkassen im Großherzogtum Hessen mit 46 Kassen und 100 131 Mitgliedern, der Thüringer Kranenkassenverband mit 80 Kassen und 230 000 Mitgliedern usw.

Für die Betriebskranenkassen besteht auch ein Hauptverband, dem 18 Verbände mit 2778 Kassen und 2½ Millionen Versicherten angehören. Der hauptsächlichste Teil desselben ist der Verband der rheinisch-westfälischen Betriebskranenkassen, dem 812 Kassen mit etwa 830 000 Mitgliedern angehören. Die Innungs-kranenkassen gründeten vor drei Jahren einen Verband; doch hat man von seiner Entwicklung nie etwas erfahren. Die freien Hiltz-Kassen bestehen auch einen Zentralverband mit dem Sitz

in Hamburg. Außerdem besteht die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen mit dem Sitz in Berlin, der Kranenkassen aller Art angehören können.

Die neue Reichsversicherungskonvention hat die Güte aller dieser Kassenverbände begünstigt. Bekleidet selbster nur ein einziger Paragraph im Kranenkassenversicherungsgesetz mit den Kassenverbänden, so ist ihnen jetzt ein ganzer Abschnitt gewidmet. Mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes können jetzt auch rechtsfähige Verbände über den Bezug eines Versicherungssatzes hinaus gebildet werden. Ihre Aufgaben sind ausgeschaltet worden. Alle Kassenvereinigungen anderer Art wie die oben aufgeführten Verbände dürfen nunmehr Auswendungen nur gemacht werden, wenn beide Gruppen (Arbeitgeber und Arbeiter) im Kassenverbande dem zustimmen.

Kommunale Arbeitslosenunterstützung in Mannheim.

Der Stadtatlas der Stadt Mannheim beschloß eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, welche hinsichtlich der Behandlung der in Gewerkschaften gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter nach dem Muster des General Systems in Wiesbaden treten wird. Männliche Arbeitslose erhalten einen städtischen Zuschuß von 70 Pf. pro Tag, weibliche Arbeitslose einen solchen von 50 Pf. Für bis zu drei Kindern werden je 10 Pf. Zuschuß gewährt. Im Höchstfall also gibt es einen Zuschuß von 1 M. pro Tag, und zwar auf die Dauer von 60 Tagen. Voraussetzung zum Bezug des Zuschusses ist einjährige Schaffhaftigkeit. Über die Bezugsberechtigung werden die Erhebungen von den Gewerkschaften gemacht, welche auch die städtischen Zuschüsse zu verteilen haben. Die Kontrolle der Arbeitslosen erfolgt auf dem städtischen Arbeitsamt.

Gleich hohe Unterstützung wird auch an nicht organisierte Arbeiter und an solche Arbeiter ausbezahlt, die zwar gewerkschaftlich organisiert, nicht aber gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit verschont sind. Die Entscheidung über die Bezugsberechtigung und die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt in diesen Fällen durch das Arbeitsamt. Die Vertreter der Industriellen stimmen unter der Voraussetzung für die Gewährung der Zuschüsse an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wenn die Vertreter der letzteren für die Unterstützung der Nichtorganisierten eintreten. Es sollte damit die Wahrung volliger Parität seitens der Stadt gegenüber der Arbeiterchaft zum Ausdruck gebracht werden. Die Vertreter der Arbeiter gingen darauf ein, um die Einrichtung einer städtischen Unterstützung zu retten. Der Stadtatlas glaubt, mit 40 000 bis 50 000 M. im Jahre auszukommen.

Die im Jahre 1911 gegründete Arbeitslosen-Sparversicherung wird wieder bestätigt, da die Arbeiterchaft für dieselbe kein Interesse befand hat.

Verfassungen.

5. Bezirk, Gruppe Ralz-Deubitz. In der Mitgliederversammlung am 18. Januar sprach Genosse Eusebius in vorzüglicher Weise über: Der zweite Teil des Reichshandelsberichts und erwies vielen Beifall. Der Vorstand berichtete genossen Walther. Der Inhalt dieses Berichts wurde mit weniger Begeisterung aufgenommen, und besonders mit der Festlegung der Gehälter durch die Zentrale war man nicht ganz einverstanden. Es wurde eine Resolution angenommen, die dagegen protestiert. Neuer wurde bekannt, daß auch in diesem Jahre der Geschäftsbericht in 5000 Exemplaren vollständig gedruckt sei. Aber die Gewerkschaften soll mindestens aller zwei Jahre aufgestellt werden. Wegen der Urwahl sprach man sich darin aus, daß die Ausgaben für den 6. Kreis ganz erhebliche seien, wohin Genosse Walther erläuterte diese Angelegenheit und erklärte, daß in Zukunft der Aufwand eintreten könnte, daß auch ein größeres Volum nicht ausreichend sein würde, und manche Genossen wünschte selber Stimme verlängern gehen. In die Kreiskonferenz wurde Genosse Böhl und Pils als Erzähler gewählt. Dann wurde noch ein Antrag eingereicht: „Der Kreisvorstand wolle die Leitung des Bezirks Ralz-Deubitz vornehmen und die Gruppe Ralz-Deubitz als ständigen Bezirk genehmigen.“ Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Genossen Rößler forderte zu recht rege Beurkundung unserer Bibliothek auf. (Eing. 23/1.)

Gruppe Tiefenbach, Tiefenbach, Kemnitz, Görlitz und Mühlengrund. Am 19. Januar fand im Saale des Restaurants Osterberg Bezirkstreffen statt. Ueber Mäthsianismus sprach Genosse Wolf. Interessant und lehrreich war sein Vortrag. Reichard Dölfel wurde ihm zugesetzt. — Genosse Jenisch gab den Vorstandsbereich. Zur Statutenänderung sprachen sämtliche Debatteverbände gegen die vorstehenden Änderungen. Um die Debatte beteiligten sich die Genossen Klem Müller, Maune, Diez, Dohnat und Hermann. Es sei durchaus nicht gut zu heißen, daß man den Mitgliedern das Beurkundungsrecht so beschneide, z. B. in der Wahl der Delegierten zu Landesversammlungen, Parteitagen und internationalen Kongressen. Die Urabstimmung sei hier das gerechte. Genosse Diez ermahnte, daß das Unterhaltsblatt Welt und Welt mehr absonniert werden möchte, indem es doch sehr lehrreich und gut sei. Genosse Maune wünschte, daß der Vorstandsbereich in mehr Exemplaren herausgegeben werden möchte. Unter Allgemeines gab Genosse Müller bekannt, daß am 8. Februar eine Frauensversammlung im Blumenhof, Tiefenbach stattfindet, in der Genossen Rößler-Berlin teilnehmen wird. Als Delegierte zur Kreiskonferenz wurden die Genossen Gustav Maune, G. Müller und Klem Müller gewählt. Das Stiftungsfest wurde auf den 5. April festgesetzt. (Eing. 23/1.)

Briefkasten.

2. St. Alzey-Baden. Nach dem Vorstand des Kreisverbands ist angenommen, daß das Haus auch dann der Vereinigung entsprechend vorgeichtet werden muß, wenn das Friedensabkommen später als am 1. Juni 1919 gelöst wurde. Daß der Winter noch länger blieb, wird als eine stützende weitere Sicherung des bestehenden Friedensvertrags aufzufassen sein.

3. St. 33. A 56 = Ausdehnung der Blätter am Samstag; C 72 = Krantheiten, Verlegerungen und deren Folgen an den unteren Bildern. A. Verbit. A 75 = Formberichtigungen bei Höhe (Blatt, Zeit- oder Goldfuß); A 45 = Geringe Abweichung der Krantheite. R. Niedermoor. Die Sache ist so, wie wir sie berichtet haben, im Begeiste ausführlich verhandelt worden. An der Richtigkeit ist also nicht zu zweifeln.

4. St. 2. Sie müssen sich einen Gewerbeschein, und wenn Sie

bauieren wollen, einen Haushaltchein lösen. Für Dresden beim Stadtrat, für das Land sind die Amtsbeamtenmannschaften zuständig. Die Kosten des Haushaltcheins richten sich nach dem Gebiet, für das er gelten soll.

5. Cottbus. Für die Wärmeabgabe gingen beim Gewerkschaftsverein am 28. Januar ein: durch Schrein S. - Schleiferklub Herren II, Körnerparten, 2.30. Gold- und Metallschläger, durch Max Reuter, Tannenbaum, 11.13. Gesellen der Maurer und Steinholzschläger, Reberstraße, 20. — Durch Max Henrich, Rosenstraße, 20. — Arbeiter d. fa. Schmalzfuß 5. — Maurer, Zimmerer, S. C. 1.82. R. H. C. Ede, Städte, 7. — R. H. C. Göttel, Ostersee, Tannenbaum, durch Käthchen 6.50. Käffchenfeste 2. — 6. Kreis, Gruppe Blasen, durch Noes, Langen, 17.50. R. H. C. D. Dresden-Neustadt 14.10. Tannenbaum Regierheim durch R. Genand 5.50. R. H. C. Seiffert, Kemnitzstraße, 50. Summa: 180.50. Ernst Bienitz.

Bericht über den Schlachtviehmarkt
am 28. Januar 1918 in Dresden.

Schlachtvieh- haltung und Rücksicht	Mettklassen	Marktpreis für 50 kg zu Scherl Schaf- Gewicht
I. Küder	1. Vollfleischige, ausgemästete höchste Schafketwerte bis zu sechs Jahren	BR. BR.
A. Ochsen 12	2. Junge fleischige, nicht ausgemästete ältere ausgemästete	50-55 04-06
B. Küllen 11	3. Mäßig genährte junge — auf geübte ältere	44-47 86-89
C. Stalben u. Kühe 17	4. Gering genährte jeden Alters	88-98 80-84
	5. Vollfleischige, ausgebaut, höchst Schafketwerte	38-35 72-76
	6. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	48-51 88-94
	7. Mäßig genährte ältere	44-46 84-86
	8. Gering genährte	88-43 78-84
D. Brester	9. Vollfleischige, ausgemästete Külden	— —
E. Külder 1004	10. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchst Schafketwerte bis zu sieben Jahren	48-50 80-84
F. Schafe 5	11. Weitere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Külden	48-46 82-87
	12. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Külden	88-41 77-80
	13. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Külden	88-37 78-76
	14. Gering genährtes Jungvieh im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahre	— —
	15. Teppellener	80-90 110-120
	16. Kleine Kühe und Saugfälber	60-61 102-103
	17. Mittlere Kühe u. gute Saugfälber	55-58 97-101
	18. Geringe Külder	45-50 87-92
	19. Küdlammer u. jüng. Küschammler	47-49 98-102
	20. Küdel Küschammler	40-42 88-89
	21. Küdel genährte Hammie und Schaf (Mergelkäufe)	82-85 60-76
V. Schweine 1614	22. Vollfleischige der feineren Rassen und der Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr	82-84 80-84
	23. Teisschweine	64-66 84-86
	24. Fleischschweine	60-61 80-81
	25. Geringe entwölzte	58-59 78-79
	26. Sauen und Eber	50-60 75-80

Gesamtauftrieb: 2758 Tiere. Ausnahmeverträge über Boris. — Gelehrte Abstammung: Bei Küldern und Schweinen langsam. Lieferland: 10 Ochsen, 10 Küllen, 12 Kühe, 7 Schafe.

Parteigenossen! Gelesene Nummern der **Volkszeitung** bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen für sein Parteiblatt zu werben.

Uebungsbühne
und Ausbildung in allen dramatischen Fächern. Engagement. Auch Abendkurse. M. Sonnenthal,
Strehlener Straße 69, part.

Brautleute
laufen billig und billig bezahlt.
R. bei

Möbel-Hölle
Dresden, Rosenthalstrasse 44
und bei Tiefenbach.

Mitterspritzen

System. Präzessartikel
Fran Housinger
• • • am Tag 37 • • •
mit Dispaldialen. Preis.

Über 34,000 ähnlich laufende schriftliche Unerkenntungen!

Mein Möbel-Inventur-Verkauf

Die Dienstleister und Unternehmungen bis zum 31. d. M. eine solche günstige Gelegenheit, moderne Zimmer und einzelne Möbel in nur abgängiger Zustellung beizubringen zu erwerben. Verhandl. frei. Gekaufte Möbel werden zu späterer Lieferung kostenlos aufbewahrt.

Große Posten Kleiderschränke, Vertikos, Sofas, Trumeaus, Schreibtische, Flurgarderoben, Bettstellen mit Matratzen, Kommoden, Küchenmöbel usw. zu

bedeutend herabgesetzten Preisen
Tränkers Möbelhaus und Möbelfabrik Dresden-Neust. Görlitzer Strasse 21/23.

Was ist das Leben ohne Gesundheit?

Die bewährten und erprobten hygienischen Schriften sind zu besitzen durch Edmund Demme, Hot-Verlagbuchhandlung, Leipzig

- Nr. 5. Die chronische Darmchwäche, das Grundbild des Kulturmenschen, ihr Einfluss auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung. Dr. Pascowitsch. (0.80 M.)
 Nr. 6. Arterienverkalkung des Herzens und des Gehirns mit bes. Verküpfung der Zähmungen und des Schlaganfalls. Dr. Waller. (0.50 M.)
 Nr. 46. Die Ohrenkrankung, eine Selbst- oder Bakterienvergilzung. Wie entsteht aber heil man dielebe? Dr. Waller. (0.80 M.)
 Nr. 53. Migräne und sonstige Kopfschmerzen. Ursachen, Behandlung, Vorbeugung. Dr. Pascowitsch. (0.50 M.)
 Nr. 60. Blinddarmentzündung. Entstehen, zeitiges Erkennen, Verhütung, Heilung. Dr. Waller. (1.20 M.)
 Nr. 87. Hautkrankheiten und Hauteinschläge, Verhütung und Heilung. Dr. Waller. (1.20 M.)
 Nr. 68. Die Herzkrankheiten. Ursachen, Erkenntnung, Behandlung. Vom "biologischen" Standpunkt. Dr. Waller. (1.50 M.)
 Nr. 65. Blutarmut und Bleichfahrt und Heilung. Dr. Waller. (1.20 M.)
 Nr. 17. Lungenschwindsucht und Heilung. Dr. Petermann. (1.00 M.)
 Nr. 7. Wie erlangt man gesunden Schlaf, bessere Stimmung, Arbeitsfreudigkeit? Dr. Pascowitsch. (0.80 M.)
 Nr. 24. Das Auge und seine Pflege. Sanitätsrat Dr. Biflinger. (0.60 M.)
 Nr. 41. Glob. Rheumatismus, Husten (Sputum), Verhütung und Behandlung. Dr. Waller. (1.00 M.)
 Nr. 40. Halskrankheiten: Husten, Schnupfen, Halsseitheit, Riechlosigkeit und Lufttröhrenentzündung, Verhütung und Behandlung. Dr. Strelitz. (1.00 M.)
 Nr. 47. Zuckerkrankheit heilbar! Ein neues Heilverfahren. Dr. Remann. (1.50 M.)

Die Sparkasse zu Bühlau

(im Rathaus, Hallesche Straße 11) verleiht Einlagen mit 3½ %, bis zum 8. Werktag eines Monats bewilligte Einlagen werden soll verleiht. Gedünkt an Werktagen von 8—1 u. 3—5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8—2 Uhr.

Verlag Raden & Comp. Dresden, Zwingerstraße 12/14

In unserem Verlage erschienen:

Abhandlungen und Vorträge

zur sozialistischen Bildung

Herausgegeben von Max Grunwald

Heft 1: Zur Einführung in Marx' Kapital
Von Max Grunwald Preis 40 Pf.

Heft 2: Partei und Gewerkschaft
in vergleichender Statistik
Von August Mai Preis 40 Pf.

Heft 3: Goethe und die Arbeiter
Von Max Grunwald Preis 40 Pf.

Heft 4 und 5: Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland
Von Wilhelm Schröder Preis 75 Pf.

Heft 6: Schiller und die Arbeiter
Von Konrad Bänsig Preis 40 Pf.

Homöopath. Behandlung

Urin-Untersuchung
Sprechzeit: Donnerstag, Freitag und Sonnabends 9—1, 3—7 Uhr.
E. Beger, Wernerstraße 40, I.

Einladung zum Kosmos-Abonnement 1913

Mit Anfang d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die Naturwissenschaftliche Zeitschrift *Kosmos* 1913. Auch die bisherigen Abonnenten wollen ihr Abonnement baldigst wieder erneuern. Der Abonnementsspreis beträgt jährlich mit gebundenen Buchheften 7.50 M., mit broschierten Buchheften 5.00 M., und ist im voraus zu bezahlen.

Volkbuchhandlung, Gr. Zwingerstraße.

Kleine Anzeigen

Barbier-Geschäft

französischer barbier sofort zu verkaufen. Große Frischgeschäfte Nr. 3.

2 schöne Plüschsofas billig zu verl. Sternplatz 8, I. r.

Z. Rab (Pfif.), 20 m. 45 M. Unterricht 19, I. r.

Aepfel! wieder eine Kori angekommen.

Seine Karte, billigst. Hermann Raft, Jagdweg 18.

Rindfleisch zum Braten mit Zusage a Pfund 90 Pf.

Pökelfleisch m. Zusage a Pfund 1 M.

KUNZ & Co., Niedergraben 4

H. Rad (Diamond), 25 M., 10 neu zu verl. Oppelzstr. 19, I. r.

Federbetten faust jedeß Federreibung, Amalienstraße 12.



Gicht-
Rheuma-, Entzündungen,
Flecken- und
Hautausschläge
bekämpft

Lazarett-Syphilis-Mittelsalbe und
Orzene, Sauerstoff-Heliofett
(Wise-Dankart). Lazarett-Gicht-
Salbe zur ocl. mit Kreuz mit
einem Hydrat-Wax, Dresden 6,
Katharinenstr. 11. Zu haben auch
in allen Drogerie- u. Apotheken.

Preis per Stück a. Dose 1 M.

Gebüte Kartonnagen-Arbeiterinnen

auf feste Kartons per sofort gesucht.

Georg W. Jasmoji U.-G., Schönauer

6. Wahlkreis. Bezirk Döhlen-Weißig.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 28. Januar unser Genosse

Otto Schubert

nach langer Krankheit im Alter von 40 Jahren verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Sonntag den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Ober-Döhlen, Weißiger Straße 49 b, statt.

Um zahlreiches Geleit eracht

Die Verwaltung.

Freie Turnerschaft Döhlen-Weißig.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Turngenosse

Otto Schubert

am 28. Januar verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 2 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Der Turnrat.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Dresden)

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unser treuer

Mitglied, der Arbeit

Ernst Hermann Stolle

infolge Unfallstodes verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag den 28. Januar, nachmittags

2 Uhr, von der Halle des St. Pauli-Friedhofes aus statt.

Um zahlreiches Geleit eracht

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Ortsgruppe Dresden.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß der Bundes-

Otto Gabriel

genosse

verschieden ist.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 8 Uhr auf dem

St. Pauli-Friedhof statt.

Um zahlreiches Geleit eracht

Der Vorstand.

Beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter, Tante und Schwester Auguste Hoffmann geb. Hergert sagten wir allen Freunden und Bekannten unseres herzigsten Dank. Schönster Dank den Herren Vorgesetzten, Beamten und Mitarbeitern der Firma Hartwig u. Vogel, A.G., sowie auch denen, die uns während ihrer kurzen, aber sehr schweren Krankheit beigestanden und für durch Blumenstrauß und lecktes Brot gebracht haben. Der brausende Salto Ernst Hoffmann zog gleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen Bang gebildet, am 28. Januar 1918.

Der heutigen Kenner liegt ein Prospekt der Firma Gebra. Alberg, Dresden, Wilhelmsstraße, für die Gesamtansicht bei, bestellbar bei Firma Areminwerke, Berlin, Nr. 100. Die Bestellung und weitere wie dieser seien selbst.

Es lobt eng

Restaur. S.

Tel. 1872

Wir halten am empfohlenen

Gastl.

Gretel den

81. Januar

Feier begonnen

Seine

60 Jahre eing

Sonntag den 25. Januar 1913

Achtung! Radeberg!

Die Flugblattverbreitung findet nicht vom
Sächsischen Reiter, sondern von der
Deutschen Eiche
statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.

Vertrauensmänner-Versammlungen

finden statt:

für **Dresden**:
Dienstag den 28. Januar 1913, abends 8%, Uhr,
im Dresdner Volkshaus, großer Saal.

Bezirk Plauenscher Grund:
Mittwoch den 29. Januar 1913, abends 8%, Uhr,
im Bahnhof "Rote Erde", Döbeln.

Bezirk Mügeln:
Donnerstag den 30. Januar 1913, abends 8%, Uhr,
im Restaurant "Weißer Löwe", Mügeln.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Die Tendenzen der modernen Gewerkschaftsbewegung.
Referent: Bandabgeordneter Gustav Klem.
2. Beratung gefestigter Anträge zur Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Mitteilungen.

Das Erscheinen aller Vertrauensleute in diesen Versammlungen
ist dringend notwendig. Die noch eingeschobenen Sitzungen müssen
zu diesen Terminen abgesetzt sein.

Montag den 27. Januar 1913, abends 8%, Uhr
im Dresdner Volkshaus, Zimmer 6 und 7:

Sitzung der großen Ortsverwaltung.

Mittwoch den 29. Februar 1913, abends 8%, Uhr,
findet in der "Centralhalle", Dresden, Fischhofplatz, die

General-Versammlung

für alle Vertrauensleute der Verwaltungsstelle Dresden u. Umg. Rott.

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeits- und Kostenbericht für das Jahr 1912.
2. Beratung gefestigter Anträge.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Mitteilungen.

Zu den Vertrauensmänner-Versammlungen und der Generalversammlung legitimiert die Vertrauensmännerkarte und das Mitgliedsbuch.

Die Ortverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuillier

Verwaltung Dresden.

Dienstag den 28. Januar 1913, abends 8%, Uhr
im großen Saale der "Centralhalle", Fischhofplatz

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Anträge. 3. Wiederwahl. 4. Allgemeines.
- Allegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht, daß alle in der Generalversammlung erscheinen.

Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorgezeigen. D. G.

Der Jahresbericht wird in der Versammlung aufgegeben.

Jahnverein Carola, Kleinnaundorf.

Sonntag den 26. Januar

Grosses Winter-Vergnügen

Eintritt 10 pf. Parole: Gesindeball. Eintritt 10 pf.
Die Teilnehmer werden gebeten, möglichst dem Besuch entsprechend zu
erscheinen. Um rege Beteiligung bitten
Der Turnrat.

M.-G.-V. Vorwärts, Leuben-Laubegast

Mitglied des R. Arbeiter-Sängerbundes. - Dirigent: Hans Jäger.
Sonntag den 26. Januar, in Stadt Hinterdorf im Laubegast

Instrumental- und Vokal-Konzert

Eintritt 1,6 Uhr - Karten 1,7 Uhr

Nach dem Konzert: Feiner Ball.
Es bietet ergebnis ein

Nr. Neue Bewirtung! Restaur. Silberblick, Cotta, Hühnstorfer Str. 14

Tel. 18780 Inh. Walter Kindig u. Frau Tel. 18780
Für hohen aufw. Spezialität, Getränke u. Süßspeisen bestens
ausgestattet. Dieser Sonntag von 4 Uhr an Frei-Koncert.

Gasthof Goldene Krone.

Freitag den 28. Januar
Großes öffentliches Kostümfest.
Vielzahl kostümierte Männer. Salong 7 Uhr. Karte 8 Uhr. Eintritt frei.

Alte Weinstube in einem der Schönsten.
H. Neudeck und Frau.

Dresdner Zeitung

Seite 11

Vereinigung für Volksbildung
und Kunstdilettante.

Donnerstag
den 30. Januar 1913
Kristallpalast
Schäferstrasse Nr. 45
abends 8%, Uhr

Lieder zur Laute gegen von Robert Kothe

Eintrittskarten zu 50 Pf. im Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritter-
strasse Nr. 4; Volksbuchhandlung, Zwinger-
strasse Nr. 14, und an den in der Kunsthalle
bekanntgegebenen Stellen.

5. allgemeine Kaninchen-Ausstellung
vom 25. bis 27. Januar im Döbelner Hof zur roten Schafe. Döbeln.
Zu zahlreichem Besuch haben ergeben sich
Vereinigte Kaninchenzüchter in der Amtshauptmannschaft Dresden-1.
(Sig. Postchappel)

Betonntmachung.

Den geehrten Mitgliedern des Konsumvereins für
Löbau und Umg. in Lign. zur Kenntnisnahme, daß
Donnerstag den 28. Januar unser Kontor, Post-
straße 15, 1., geschlossen wird.

Alle Sparlassen- und Mitglieder-Angelegenheiten
sind von Montag den 27. Januar an im Kontor des
Konsumvereins Vorwärts, Rosenstr. 99, zu erledigen.

Konsumverein für Löbau und Umg.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Montag den 27. Januar
abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in Seels Gasth., Al. Gräber, 17, I.

Tages-Ordnung:

1. Kostenbericht vom 4. Quartal 1912
2. Kostenangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen bitten
Die Ortsverwaltung.

Zum Jagdhof

Edle Freiburger Str. u. Jagdwelt
hält sich zur Elfe angelebt.
Fest empfohlen.

Stiebnerhalle Ballhaus

Bautzner Strasse 35
empfiehlt seine freundl. Soliditäten.
Stamm
von früh an zu süßen Treffen.
Alfred Pfahl.

Der Boekbier- Aussehank

im Bürger- Kasino

Übertrifft alles andere.

Bob u. Restaurant Erholung

König-Dr. Schmitz, 4

u. 12. Meissner Straße, elektrisch. Sicht-
bar. Dampfbad. Massager u. w.
Spaßtisch! — Eben und
Trinken gut. — Rennstrecke.

Bier und Wein ausgewählt.

Brautwurst-Schmaus

Laden wir alle unsere besten

Gäste. Freunde und Bekannte

höflich ein.

Otto Baumgarth u. Frau

Boxdorf.

Samstag den 26. Januar

Kino in Hänichen!

Röhres Gasthof.

Vorstellung 1,8 Uhr und 2,5 Uhr.

Siehs. Reiter, Radeberg

Sonntag den 26. Januar

Skat-Turnier.

Es haben ein

Das Komitee a. Fak. aussucht.

Biehler Restaur.

Goldmarkt, Corvinstr. 28

Empfehlen unter freudig-

lich! Sozial werden Preise

u. Gewinne einer ge-
meinsamen Verpflegung. Vergnüg.

Spiele. Das erhält Bier.

Es haben ganz ergebnis-
ein Joseph Biehler u. Frau.

Haubolds Restaurant

Görlitzer Strasse 60.

Empfehlen unsre freudig-

lich! Soliditäten einer ge-
meinsamen Verpflegung.

Gesellschaft. Eintritt frei.

Sozial unter Garantie.

Sozial unter Garantie

Dresdner Volkshaus

Ritterbergstraße 2

Telephon 1425

Maxstraße 13

Sonntag den 26. Januar im grossen Saale
Nachmittags: Das mit grossem Beifall aufgenommene Kindermärchen:**Schneewittchen und die sieben Zwerge.**

Kinder 1½, Uhr. — Anfang 2½, Uhr. — Eintritt 15 Pf.

Abends:

„Der Störenfried.“

Lustspiel in vier Akten von Roderich Benedix.

Einlass 5½, Uhr. — Anfang 7 Uhr. — Eintritt mit Programm 39 Pf.

Etablissement Lindengarten

Königsbrücker Straße 121 Dresden-Neustadt Königstraße 121.

Sonntag und Montag in den herrlichen Sälen

Grosse schneidige Ball-Musik.

Es haben ergeben ein

August Lorenz.

Variété u. Ballsäle „Deutscher Kaiser“

Leipziger Straße 112.

Dresden-N.

Strassenbahnhlinie 15.

Sonntag von 4 Uhr Großer öffentl. Ball

Montag

von 7—1 Uhr.

von 7—9 Uhr

Freitanz.

Gintritt frei!

in den vom Mastenball festlich dekorierten Sälen! Gintritt frei!

Neubesetztes erstklassiges Orchester spielt die neuesten Tänze und Märkte.

Hammers Hotel

Kugelbürger u. Kleiner Str. — Straßenbahn 1, 2, 3 u. 22.

Sonne Sonntag

im Renaissance-Prunksaal

Vornehmer BALL.

Montags: Reunion bis nachts 1 Uhr.

Eleganter Verkehr. Tabelllose Mußt.

Voranzeige: Den 31. Januar

Prämiens-Maskenfest zur Zeit Louis' XIV.**Gasthof J. Heller**

Sonne Sonntag

Ein siedes Ländliches Ländchen! Guter ländlicher Aufenthalt. Tasse 5 Pf.

Carola-Garten

Gerostraße 27. Fernspr. 3054. Straßenbahnhaltestelle 1, 3

Sonntag u. Montag Großstadt-Ball

!! Siebentägige Besuch empfohlen!!

Feldschlösschen, Kaditz.

Sonne Sonntag

Feiner BALL.

Empfiehlt meinen schönen, vollständig renovierten Saal zu Versammlungen, Vereins- und Familienfeiern, Festseiten u. zur gefälligen Benutzung. Gustav Eichhorn.

Musenhalle

Einziges Varietté und Volks-Theater des Westens

Nur bis mit Sonntag:

Mit großem Beifall aufgenommen

Auf Irrwegen.

Charakterbild in drei Abteilungen und der vergängliche Schönenheit!

Sonntags 3 Vorstellungen

Nachmittags: Ein Kind mit Eltern frei!

Im Ballsaal.

Sonntags u. Montags Beste Ballmusik des

Dresdner Westens

Kirchenglocken-Musik.

Konkurrenzlose Dekoration vom Mottenball!

Varietébesucher Sonntag u. Montag freier Eintritt im Ballsaal.

Orpheum

Kamenzer Straße 19—21

Sonntag v. 4 Uhr am

Montag von 6 Uhr am: Großer Festball.

Um 11 Uhr: Rundgang mit Ordensverteilung.

Ballettablissement Sächs. Prinz

Schandauer Straße 11. — Straßenbahn 19, 21, 23.

Montag den 27. Januar 1913

Großer Elite-Masten-Ball

Ein Blumenfest in Nizza.

Anfang 8 Uhr. Demaskierung 11 Uhr.

Eintritt für Herren 1.50 M., für Damen 1.00 M. Vorberlauf: Herren 1.00 M., Damen 50 Pf.

Die schönsten 2 Damenmasse und 1 Herrenmasse werden prämiert.

Es haben ergeben ein E. Urban u. Sohn.

Erbgericht Kreischa

Festnacht-Dienstag den 4. Februar 1913

Grosser öffentl. Maskenball

mit Preisverleihung

in dem praktisch dekorierten Saale. Nebenzimmer

Zwei Blasorchester spielen abwechselnd Tänze und Märkte.

— Tanz frei! —

Anfang 7 Uhr. Ende 3 Uhr.

Eintrittskarten im Vorberlauf bei Herrn Krieger Koch und im Erbgericht für Herren 1 M., Damen 75 Pf.; an der Kasse Herren 1.50 M., Damen 1 M. — Galerie, numerierter Platz 60 Pf., unnumerierter Platz 40 Pf.

Maskengarderobe zwei Tage zuvor im Gasthof, 2. Etage.

Blätter 4 und 5.

Die Preise liegen zur Ansicht im Erbgericht aus.

Um zahlreiche Beteiligung bitten Moritz Schmalz.

Gasthof Birkigt.

Morgen Samstag

Der berühmte Damen-Ball.

Rathaus Sonntag den 2. Februar beginnen die bekannten Nachklangen. Die Bühne auf dem Balkon.

Gothaus u. Restaurant port-Ecke
Hofenhauerstr. 77. M. 3118
Empfehlen unsre freudab.
Zofin, geneigt. Befragung.
Jugend. Familiens-Gesellschaft
1. Reihe zu feiern.
Paul Koch und Frau.
Sonntags und Sonntag
den 25. u. 26. Januar
Gr. Boekbier-Rummel

Gemütlich
geht jetzt beim
Boekbier-
Rummel
im
Bürger-
Kasino
Grosse Brüdergasse 25
zu.

Treffpunkt aller Gesinnungs-
freunde
bei Bock, Klemm, Seehaus-
kneipe, Poppitz 18. Stets
Betrieb. Täglich Frei-Konzert.
Restaurant
Hermann Rilke
Gerokstraße 2
empfiehlt seine freundlichen
Brotlichkeit.
Unter häufig. Mittwochstags
Eigene Schläferei.

Sarrasani

Telephon 17812

Das unerreichte

Novitäten- und Abschieds-Programmfür die grossen Sarrasani-Attraktionen
wird nicht nur am Sonnabend und Sonntag, nachm. 8 Uhr
und abends 7½, Uhr, sondern**auch Montag nachmittag 3 Uhr**

(Kaisers Geburtstag)

gegeben.

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf an der Circuskasse, im Warenhaus H. Harsfeld
und in sämtlichen Zigarren Geschäften von L. Wolf.
Die Circuskasse wird am Sonntag um 11 Uhr geöffnet.
Telephonische Billettbestellungen werden ab 9 Uhr morgens
entgegengenommen.

Ein Rad ist sehr viel erträglich,
Vorher geht es wunderlich.
Dann kann man jedoch nur entscheiden
Was nach dem Gasthof dort zu geh'n.
Wo's Blaumennchen gibt heut riesengroß
Speisen und Getränke ganz famos.
Und tanzen können wir dort billig und fein.
Dann füchsen Euch nicht, mag's regnen oder schneien.

Wovon Dresden spricht!Unbestreitbar von den Wiener
Sonn- und Montags.**Prunk-Ballnächten**Vergleicht die grösste u. lebens-
werteste Schlager-Rovität der
Reibenz.In den Parterre-Brotläden:
Künstler-Konzert.**Restauration zur Burg, Burgstr. 15****Großer Rizzi-Boekauschank.**Eigene Schweineschläferei.
Um gütigen Auftritt bitten
Carl Kratzsch u. Gran.**Gasthof Briesnitz.**

— Sonntag: ff. BALL —

ausgeführt von der beliebten Hauskapelle Sauermilch.

Tadeloser Betrieb! Tipp toll!

Von 4—1/2 Uhr: Freier Tanz.

Tanzmarken 12 Stück 60 Pf. :: Ausgabe neuer Ehrenkarten

Um zahlreichen Besuch bitten Gustav Diecke.

Donaths Neue Welt, witz.

Sonntag von 4 Uhr und Sonntag von 8 Uhr an

Feiner Ball.

Sonnabend den 1. Februar, abends 8 Uhr

Oskar Junghänel's humorist. Sänger



Newstadt's Inventur-Ausverkauf

Beginn: Montag d. 27. Januar

**Die billigste
Schuhwaren-Einkaufs-Gelegenheit
im ganzen Jahre!**

Erfahrungsgemäss ist der Andrang in den Nachmittagsstunden immer ein sehr starker. Wir empfehlen daher, möglichst auch die Vormittagsstunden zum Einkauf benutzen zu wollen.

**Keine Auswahl-Sendungen.
Verkauf nur gegen bar.
Umtausch ausgeschlossen.**

* Ein Restposten Damen-Schnürstiefel diverse Ledersorten früher bis 7.50 Jedes Paar jetzt 3 ⁵⁰	Ein grosser Posten Damen - Schnürstiefel Lackleder, echt Boxcalf, echt Chevr., schwarz und farbig, nur Rahmenarbeit früher 12.50, 14.50, 16.50 jedes Paar jetzt 9 ⁵⁰	Ein grosser Posten Damen-Schnürstiefel Boxcalf, Chevreau und div. Ledersorten, schwarz und farbig früher 7.90, 8.50, 10.50 jetzt 5 ⁵⁰	Ein grosser Posten Dam.-Knopf- u. Schnürstiefel echt Boxc., echt Chevr. und diverse Ledersorten, schwarz und farbig, zum grossen Teil Rahmenarbeit, früher 10.50, 12.50, 14.50 jedes Paar jetzt 7 ⁵⁰	* Ein Restposten Damen-Schnürstiefel und Halbschuhe Segeltuch und Lasting vorrätige Nummern: 36, 37, 38, 41, 42 jedes Paar jetzt 1 ⁵⁰
Ein grosser Posten modernster Damen-Halbschuhe feinste Ledersorten, nur Rahmenarbeit, früher 9 ⁵⁰ 12.50 bis 14.50. jetzt 9 ⁵⁰	Damen-Ballschuhe		Ein grosser Restposten moderner Damen-Halbschuhe feine Ledersorten, ein Teil in Rahmenarbeit, früher 8.90 bis 10.50 jetzt 6 ⁵⁰	
Ein grosser Posten modernster Damen-Halbschuhe feine Ledersorten, zum grossen Teil Rahmenarbeit, früher 10.50 bis 12.50 jetzt 7 ⁵⁰	Ein Restposten in diversen Ausführungen, Lack- und diverse Ledersorten früher bis 8.50 jetzt 3 ⁰⁰	Ein grosser Posten, zum grossen Teil Musterpaare, hochelegante Ausführungen früher bis 14.50 jetzt 4 ⁰⁰	Ein grosser Posten moderner Damen-Halbschuhe diverse Ledersorten früher bis 7.50 jetzt 3 ⁵⁰	
Sandalen schwarz u. braun Rindleder Größe 22-24 25-26 1 ⁵⁰ 1 ⁷⁵ * 27-30 2 ⁰⁰	Gummischuhe <small>Harburger Fabrikat</small> Secunda: Kinder 95 Pt. 1 ²⁵ 1 ²⁵ 1 ⁵⁰ Prima: 1 ⁰⁰ 2 ²⁵ 2 ²⁵ 3 ⁵⁰	Ein großer Posten Damen-Leder-Hausschuhe schwarz und farbig jetzt 1 ⁰⁰	Gummischuhe <small>Echtes Petersburger</small> Kinder 2 ¹⁰ 2 ⁵⁰ 3 ⁵⁰ 4 ⁷⁵ Rot Stempel Echt Petersburg	* Sandalen schwarz u. braun Rindleder Größe 31-35 36-40 2 ⁵⁰ 3 ⁰⁰ 41-46 3 ⁵⁰
Ein großer Posten Herren-Zug-, Schnallen- und Schnürstiefel alle Ledersorten, schwarz und farbig nur Rahmenarbeit früher 12.50, 14.50, 16.50 jetzt 9 ⁵⁰	Ein großer Posten Herren - Schnallen- und Schnürstiefel diverse Ledersorten früher 10.50 bis 12.50. jetzt 7 ⁵⁰	Ein Restposten Herren - Rindbox-Schnürstiefel vorrätige Nummern: 40, 41, 42, 43 jetzt 4 ⁰⁰		
Ein Posten Rindboxleder-Konfirmanden-Stiefel Gr. 36-40 jetzt 5 ⁵⁰	* Ein Posten Boxleder - Schulstiefel Gr. 27-30 jetzt 2 ⁰⁰	* Ein Restbestand Weisse Glacéleder-Schnürstiefel Gr. 31-35 Jedes Paar jetzt 1 ⁰⁰	Ein Posten Rindboxleder - Schulstiefel Gr. 25-26 jetzt 2 ⁰⁰	Ein Restposten Derby-Halbschuhe schwarz u. braun div. Leder Gr. 25-30 früher 4.90 5.50 jetzt 3 ⁵⁰
Ein Posten Braune Boxcalf-, schwarze u. braune Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe Gr. 27-30 früher 7.50 7.75 jetzt 4 ⁰⁰	Ein Posten Segeltuch-Turnschuhe mit Chromledersohle Gr. 25-26 jetzt 1 ⁰⁰	Gr. 27-30 jetzt 1 ²⁵	Gr. 31-35 jetzt 1 ⁴⁰	Ein Posten feine Kinderstiefel schwarz, braun, beige und grau echt Chevreau Gr. 20-22 früher 4.50 4.90 jetzt 2 ⁰⁰
Gr. 31-35 früher 8.50 8.75 jetzt 5 ⁵⁰	Gr. 36-40 jetzt 1 ²⁵	Gr. 41-46 jetzt 1 ⁵⁰	Gr. 23-26 früher 5.50 6.50 jetzt 3 ⁵⁰	

* Die mit * beschrifteten Artikel sind nur Wattnerstrasse 31-33 Ecke Mittelstrasse zu haben.

Wettinerstrasse 31-33

Pirnaischer Platz
Ecke Gruner Strasse

König-Johann-Strasse

Hauptstrasse

SLUB
Wir führen Wissen.

Diana-Saal
Jagdweg
Geben Sonntag u. Montag
Großer öfftl. Ball
Montags v. 7-11 Uhr im eleganten
fehlte Grand ball paré.
Herren 60 Pf.
Damen 20 Pf.
Montags Tanz bis 1 Uhr.
H. Haase, Kellner.

Bellevue
Waltherstraße 27, am Friedrichstädter Bahnhof
Sonntag u. Große öfftl. Ballmusik.
Montag Sonntag von 4-6, Montag von 7-11, 9 Uhr Freitanz.
Es laden freundlich ein Oskar Nitzebe u. Frau.
Montag, 3. Februar: Gr. öffentl. Maskenball

Körner-Garten
Gr. Meissner Str. 19
Geben Sonntag u. Montag Deffentl. Ball.
Montag Tanzverein von 7 bis
11, 30 Pf. Ad. Bitterlich.
Gambrinus-Säle, Löbtauer
Strasse 66.
Neues Parkett!
Geben Oefftl. Ballmusik 10 Tanzmarken
Es laden freundlich ein Otto Neumann.
Achtung, Vereine! Den 1. Überseiterstag Saal frei!

Mitten im Zentrum von Dresden!
Fischhofplatz 10
Central-Halle
Geben Sonntag und Montag
Bis nachts 1 Uhr
Konkurrenzlose Ballmusik.
Karnevals-Montag den 3. Februar
Masken-Ball

Reichshallen Palmstraße 18
1 Min. v. Postplatz.
Geben Sonntag und Montag
Große öffentliche Ballmusik
Sonntag 4-5 1/2 Uhr } Freier Tanz.
Montag 7-8 1/2 Uhr } 12 Tanzmarken 60 Pf.
Es laden freundlich ein
Große Gesangs-Konzerte.

Feen-Saal
Deutsche Reichskrone
Bischofsweg, Ecke Königsbrücker Straße
Geben Sonntag und Montag
Elite-Ballmusik
Sonntag Anfang 4 Uhr. — Montag Anfang 6 Uhr.
M. A. Pötzsch, Besitzer.

Gasthof Pieschen.
Sonntag: Oefftl. Ballmusik.
A. Leipert.

Wilder Mann.
Jeden Sonntag
Grosse Ballmusik.
Kontertanz.

Stadt Bremen Eröffn. Ballmusik.
Leipziger Straße 58 10 Tanzmarken 60 Pf. Montag:
Lobisbüch. 50 Pf. R. Stremke.
Jeden Montag Galanale mit überraschenden Geheimnissen.

Die Grüne Wiese. Dresden-Gruna, am Ausgang des großen Gartens.
Sonntag
Gr. öffentl. Ballmusik

Kristall-Palast

Schäferstrasse 45 — Konzert- und Ball-Etablissement — Telefon 2391.
Sonntag und Montag: Feine Pariser Reunion
In den wunderbaren Lichtprahlen, angemischt mit einer hochparter klassischen Scherben!
Sonntags von 4 bis 5½, und Montags von 7 bis 8½, Uhr: **Freier Tanz.**
Jeden Sonntag von 3 bis 4 Uhr: Unentgeltlicher Konter-Kursus.

Watzkes Ballettablissemement, Leipziger
Strasse.
Herrn: Tanz bis 12 Uhr 60 Pf.
Damen: Freier Tanz.

Feiner Ball mit Konter
Einzige bestehende Lichtdecoration! 9000 Glühlampen! Große Blumendekoration!

Montags: Eintritt frei! Herren: Tanz bis 12 Uhr 60 Pf.
Damen: Freier Tanz.

Restaurant Julius Wendler
Alaunstraße 83
empf. seine frbl. Sozialitäten.
Guter, fröhlig. Mittagsbuffet.
Eigene Schädelsterei.

Neumanns Konzerthaus
Schössergasse 8
Täglich: Konzert- u. Gesang-Vorträge.

Ballhaus.

Geben Sonntag und Montag
Grosse Künstler-Ball-Musik.
Hochachtungsvoll Alfred Pfahl,
Rücke und Keller wie bekannt vorzüglich.

Gasthof Wölfritz.
Schnediger BALL
des Kgl. Bergmusikkorps. Direktion Roth.
Zur Abhaltung von Familien- und Vereinsfestlichkeiten und
Gesellschaften aller Art empfiehlt meine Lokalitäten ange-
legentlich. Hochachtungsvoll Gustav Köhler.

Schweizerhäuschen
Schweizer Straße 1, nahe Löbtauer Straße.
Geben Sonntag bis 12, Montag bis 1 Uhr
Grosse Ball-Musik.

Sonntag und Montag
Moderne Ballmusik.
Neues Parkett! Prachtvolle Tanzfläche!
Vorzügliche Speisen und Ge-
tränke zu mäßigen Preisen. Straßenbahn:
Linien 7 und 22.
Zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen, Sitzungen
usw. halten wir unsere Lokalitäten bestens einschliefen.
Hochachtungsvoll Paul Müller u. Frau.

Waldvilla Deutet sowie jeden Sonntag
Trachau — Ein feines Ländchen.

Gasthof zum Lamm

Dresden-Trachau, Leipziger Straße 220.
Geben Sonntag Grosser öffentl. Ball. Freier Tanz.

Ball-Palast Sächsischer Prinz
Schandauer Straße 11
Wahlzeit: Mittwoch, Mittwoch
v. 1 Uhr nachts

Ballsaal „Erholung“, Schandauer
Straße 73.
Straßenbahn-Linien 19, 21 und 22.
Geben Sonntag und Montag
Schnedige Ballmusik.

Es laden ergebnisfrei ein
Ballsaal Germania

Dresden - Alt - Gruna
12 Straßenbahnlinie 12. — Tel. 17.896.
Geben Sonntag
ff. Jugend-Elite-Ball

Es laden ergebnisfrei ein

Wintergarten

Jeden Sonntag und Montag:
Die Residenz-Ballfeste
mit der Goldenen Fliege!

Zum alten Kloster Leubnitz - Neustra.
Geben ff. BALL
Neueste Wiener Volks-Musik
Es laden freundlich ein R. Seidel.

Goldne Krone, Strehlen
Geben Sonntag von 4 Uhr an
Ballmusik Neue Tänze.
Hochachtungsvoll O. Oberhantel.

Gasthof Blasewitz
Geben Sonntag: ff. Militär-Ball-Musik.
Es laden ergebnisfrei ein Louis Orlane und Frau

Boradies-Garten, Zschertnitz
Geben Sonntag: ff. Militär-Ball-Musik.
Es laden ergebnisfrei ein Louis Orlane und Frau

Gasthof Kaitz Deutet sowie jeden Sonntag
Grosse Ballmusik.
Tanz 5 Pf. Eintritt frei.
Es laden erg. ein J. Möller.

Gasthof Mockritz.
Morgen Sonntag

Grosser Jugend-Elite-Ball
Freitag den 31. Januar 1913:
Großer öffentl. Maskenball.

Eintritt mit Tanz 50 Pf. — Garderobe frei.
Gasthof Niedersedlitz. Oeffentl. Ballmusik
10 Tanzmarken 60 Pf.
Es laden freundlich ein

Gasthof Seidnitz
Geben Sonntag: ff. Ballmusik.

Döhlener Hof zur Roten Schänke
Vorläufige Vergnügs-Stätte, Straßenbahnhaltstelle Linie 22
Morgen Sonntag
Feiner Ball Flotter Betrieb
Rennommierte Kapelle
Es laden ergebnisfrei ein Emil Seibel.

Sonntagnachmittag den 25. Januar 1913:
Großes Fastnachts-Vorprogramm vom Seidenfaden bei Döhlener Hof.

Konsumverein Vorwärts

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte

Königsbrücker Strasse 38
Zwingerstrasse 12/14
Markgraf-Heinrich-Str. 13

Löbtau, Kesselsdorfer Str. 22
Cotta, Grillparzer Strasse 12
Pirna, Reitbahnstrasse

Deuben, Dresdner Strasse 43
Potschappel, Dresdner Str. 33
Hauptlager: Rosenstrasse 99

Unser diesjähriger

Saison-Räumungs-Verkauf

beginnt Montag den 27. Januar und währt bis Sonnabend den 1. Februar

Alle für den Räumungs-Verkauf bestimmten Waren sind im Preise bedeutend ermäßigt und bietet sich unseren werten Mitgliedern günstige Gelegenheit, gut und billig einzukaufen

Damen-Paletots
Damen-Blusen
Kostümröcke
Diverse Unterröcke
Damen-Sportjacken
Damen-Hüte
Damen-Mützen
Handschuhe

Männer-Anzüge
Burschen-Anzüge
Konfirmanden-Anzüge
Sweaters
Bunte wollene Strümpfe
Normalwäsche
Barchent-Wäsche
Oberhemden

Hemdentüche . . . 45—75 Pf.
Linon 45—75 Pf.
Weisser Barchent . 45—85 Pf.
Bunter Barchent . 45—75 Pf.
Schürzenstoffe . . 35—100 Pf.
Barchent-Bettücher 175—350 Pf.
Bunte Bettzeuge . . 50—100 Pf.
Inlets 100—275 Pf.
Velour-Barchant. , 45—85 Pf.

Kleiderstoffe
Kostümstoffe
Blusenstoffe
Stickcreien
Valencienne-Spitzen
Valencienne-Einsätze
Gardinen
Schirme und Stöcke
Wachstuche — Linoleum

Diverse Stoff-Rester in allen Größen und Preislagen.

Grosse Posten

Damen- u. Herrenstiefel

bis zur Hälfte des Einkaufspreises reduziert.

Arbeiter, Hausfrauen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen unsere Inserenten
und beruft Euch beim Einkauf auf die Inserate in der

Volkszeitung.

Reichstag.

Freitag, den 24. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Zum Ausdebatatissch: Kommissare.

Kurze Auffragen.

Abg. Dr. Müller-Melvin (Op.): fragt: Ist die öffentlich aufgestellte Behauptung richtig, daß in der letzten Zeit die Werdegängigkeit der französischen Fremdenlegion eine besonders intensive und doch vor allem die Anwerbung minderjähriger deutscher Staatsangehöriger, sogar angeblich teilweise auf deutschem Boden, zunahm? Bejahtenfalls: was gedenken die Sozialdemokraten zu tun, um diesem Unwohl zu tun?

Ministerialdirektor Schmid: Das neuerdings in der Presse berichteten Nachrichten über angebliche Verbindungen der französischen Fremdenlegion ist die Regierung nachgegangen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, daß diese Werbegärtlichkeit eine besonders intensive war und daß die Anwerbung minderjähriger Deutscher angenommen hat. Das auf deutschem Boden eine Werbelähnlichkeit ausgebaut wurde, hat sich nicht erweisen lassen und in verschiedenen Fällen als erfunden herausgestellt. Alle uns bekannt werdenden Fälle werden mit Aufmerksamkeit verfolgt und untersuchendes Bild mit größtem Nachdruck eingeschritten werden. (Beifall.)

Abg. Leibnitz (Sos.): fragt: Ist der Reichsangler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit die Kontrollberichte aus den Balkanländern die von verschiedenen europäischen Mächten wiederholte vorgebendes Beobachtungen bestätigt haben, daß die Truppen der verbündeten Balkanstaaten sich Bevölkerungen gegen die türkische, albanische und osmanische Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen, die angeblich helleseitig sogar den Charakter einer systematischen Ausrottung einer Bevölkerungsstelle angenommen haben? Gedenkt der Reichsangler, ferner, die Entfernung einer Kommission seitens der Großmächte zur Untersuchung jener Vorwände und der durch sie herbeigeführten Zustände einzutragen?

Geheimrat Lehmann: Auf die erste Frage ist zu bemerken: die Berichte unserer Konsuln aus den Balkanstaaten haben sich mehrfach mit den angeblichen Ausschreitungen beschäftigt. Die Berichte beruhen jedoch in der Haupttheorie auf Schilderungen dritter Personen, deren Angaben vom den Konsuln nicht nachgeprüft werden können. Somit ist sich auf Behauptungen beteiligter Personen zu erkennen, daß sie beantwortlichen Geschlechter und Geschöpfe gegen Übergriffe mit Nachdruck und Erfolg eingeschritten sind. Die zweite Frage ist zu verneinen.

Abg. Hoff (Sos.): fragt: Ist die Behauptung richtig: daß Kolonialamt habe im März mit der im vorjährigen Jahre abgegebenen Befreiung des Herrn Staatssekretärs des Kolonialamts seine Zustimmung dazu gegeben, daß die Diamanteneigentümer einen neuen Vertrag über die Abgabe der Diamanten aus Südafrika schließen bevor der Reichstag zu den Bedingungen des Vortages Stellung nehmen kommt?

Ein Vertreter des Reichskolonialamtes: Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes hat am 10. April v. J. in der Budgetkommunikation erklärt: Was die Frage anlangt, daß die Verwaltung mit dem Abschluß des Vertrages hätte warten sollen, bis der Reichstag seine Zustimmung gemacht hätte, so bemerkte er, daß der Abzug jüdischen Vertrags in die Ergebnisse der Regierung falle, und daß es auch unmöglich sei, derartige Verträge im parlamentarischen Weise abzuschließen. Damit die Regierung solche Verträge richtig abschließe, sei die Diamanteneigentümer eingeladen. Das ist auch heute noch der Standpunkt des Kolonialverwaltung. Sie hat noch keine Zustimmung zu einem neuen Vertrag gegeben. Bis die Bedingungen des nächsten Vertrages sind die Neuerungen der Handelskammer in Rom eingeholt worden. Die Ausarbeitung wird veranschlagt. In der zweiten Hälfte des März soll finden.

Stat des Reichsamts des Innern.

10. Tag.

Die Beratung über den Titel "Reichsschulkommission" folgte hier den sozialdemokratischen Antrag auf Umwandlung der Kommission in ein selbständiges Reichskomitee für das Schul- und Bildungswesen wird fortgesetzt.

Abg. Sosse (Sos.):

Unter Abstand, den Reichstag zu einer Schlußrede zu vernehmen, ist erreicht worden. Wir wünschen die Zuständigkeit des Reiches auf dem Gebiet der Schule und möchten das am liebsten durch ein Reichsschulgesetz herbeiführen. Der Abg. Rauholt sieht in unserer Resolution eine Gefahr für die Einheitsstaaten. Es soll ihnen ja aber gar nichts genommen werden, sie sollen nur zu flotterein Vorgetragen aufgewunken werden. Darin kann doch keine Gefahr liegen. Daß wir Sozialdemokraten, wie er fürchtet, das Heft in die Hand bekommen, wird die Weisheit des Reichstages schon zu verhindern wissen. Würde man übrigens eine Volksabstimmung darüber herbeiführen, ob das deutsche Volk das Volksstaatmehrheit lieber in den Händen der Sozialdemokratie oder in denen des internationalen römischen Klerikalismus sieht, so wird es sich sicher für die Sozialdemokratie entscheiden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben noch immer kein Gesetz über das Einjährig-Freiwilligen-Brüderlin. Der Kriegsminister v. Schleicher jagt seinerzeit es kann nicht erlassen werden, weil die Unterrichstvereinigung in den verschiedenen Bundesstaaten so verschieden sind. Erst wenn sie einheitlicher gestaltet sein werden, wird es erlassen werden. Wie Sozialdemokraten haben übrigens keine Schnauze nach diesem Gesetz, sondern wünschen vielmehr ein einfaches Gesetz, das das Einjährig-Privileg von Gewußt aus abschafft. (Lebhafte Sache wahl bei den Sozialdemokraten.) Bei Herrn Kirschkeiner erkenne ich gern an, daß er im Augenblick zu vielen seiner preußischen Kollegen den Rat hat, auszusprechen, was er denkt. Er hat ja erfreulicherweise unsere Anerkennung auf Errichtung eines Reichsschulamtes unterstellt, allerdings mit einem gewissen Vorbehalt. Über dieser Vorbehalt hat vor keine Bedeutung, weil mir ja ein solches Amt, wie er es beschreibt hat, in unserer Resolution gar nicht fordern. Das vorherste ist in unserer Initiativklausur, während unsere Resolution nicht über den Vorwurf dessen hinwegsteht, wonach Herr Kirschkeiner verlangt. Wir können uns seiner Begründung für das Reichsschulgesetz anschließen. Natürlich berücksichtigen wir damit nicht die Forderung eines Reichsschulgesetzes, daß steht diese Forderung jetzt nicht zur Debatte. Uebrigens befindet sich Herr Kirschkeiner mit seiner Ablehnung eines Reichsschulgesetzes im Gegensatz zu vielen Liberalen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Bei der Debatte im vorjährigen Jahr hat die Regierung sehr lebhaft geschwiegen. In diesem Jahr war ihr Schweigen womöglich noch lebhafter. Vielleicht gelingt es uns doch noch, sie zu bewegen, von

dem Sozialensezessum, der sich hinter diesem Schweigen drückt, dem Reichstag etwas mitzuteilen. Ich würde mich freuen, wenn der Staatssekretär Dr. Delbrück recht bald einen Ertrag unterzeichnet, durch welchen das Einjährig-Freiwilligen-Brüderlin aufgehoben und der jetzigen Reichsschulkommission das Leben leicht ausgeschlossen würde. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wörle (Senat.): Es handelt sich bei den Schulfragen vielfach um Fragen der Weltanschauung. Über die Frage, was gut und schlecht im Schulwesen ist, dürfen unsere Anschauungen sehr weit auseinandergehen. Daher können wir prinzipiell einem Reichsschulamt nicht zustimmen. Wir müssen nicht eingreifen in die Schulkompetenz der Einzelstaaten. Diese Schul ist offen und ehrlich und mit Manneskunst das sozialistische Schulprogramm hier verteidigt. Es wird aber auch mit angesehen müssen, daß ich aus persönlicher Überzeugung heraus auf Grund meiner christlichen Weltanschauung und in streitem Festhalten an der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung den gegenwärtigen Standpunkt vertrete. Die Forderung eines Reichsschulamts, wie sie Herr Kirschkeiner erhob, ist eine Gefahr. Es schreit nach der anderen Hälfte, um seine Anschauungen auch durchzusetzen, nach dem Reichsschulgesetz. Wir lehnen den Antrag des Sozialdemokraten ab, weil wir auch nicht einen Schritt vorwärts tun wollen auf dem Wege zum sozialistischen Schulstaat. (Beifall im Senat.)

Abg. Hoff (Op.) fordert frühere Bereitstellung der Reichsschulambulanzen zum Einjährig-Freiwilligendienst.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Wörle (Sos.) wird abgelehnt.

Zum Kapitel: Ausführung des Kali Gesetzes beantragt die Kommission, für den Fall einer Änderung des Kali Gesetzes den neuen Gesetz rückwirkende Kraft für die Salzwerke beizulegen, die nach dem 10. Januar 1913 in England genommen waren. Ich

Ein Antrag Behrens (Wirtsh. Sos.) will die Propagandogelder für die landwirtschaftlichen Korporationen, Genossenschaften und Verbände von 900 000 R. auf eine Million erhöhen,

Abg. Sachse (Sos.):

Das Kali Gesetz sollte eigentlich bis zum 31. Dezember 1925 Geltung haben, und jetzt fragt die Regierung bereits, es kann so nicht weitergehen. Wir haben schon bei der Beratung des Gesetzes erklärt, daß es ungerecht sei, weil es der Ausbeutung keine Schranken setzt. Wir verlangen bereits damals die Verstaatlichung des Kalibergbaus. Den Unternehmern paßt das Gesetz nicht, weil es, wenigstens in geringem Maße, beruft, auch die Verhältnisse der Arbeiter zu regeln. Schon damals, bei der Verabsiedlung des Gesetzes, hätten seine neuen Kaliverte mehr abgestuft werden dürfen. Die schon damals vorhandene Überproduktion ist seitdem noch gespielt, die Zahl der Schächte hat sich verdreifacht, und daher ist der Verlustanteil der Produktion der einzelnen Werke zurückgegangen. Das Kalivermögen ist, obwohl so teuer verkaufte, trotzdem noch eine gewisse Überschüttung, das heißt, es bleibt nur eine Gewinnlast. Das ist eben die Verstaatlichung, bei der die Kalistoffefferten ein Baumengeschäft machen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen dabei die Interessen der Arbeiter und der Konkurrenten gewahrt wissen. Die sozialstaatlichen Werke müßten wirkliche Arbeitgeberhälften sein. Die Vermehrung der Propagandogelder darf dem Kalivermögen nicht in die Hände geplattet werden. Wenn das führt, hat die Schmiedebergerdebatte gezeigt. Eine fröhliche Propaganda muß natürlich getrieben werden. Mit einem jährlichen Betrag an diesem Zwecke sind wir einverstanden. Der Kommissionsbeschluß hat in Kaliinteressentenfronte große Stregung herverursacht und hat teilweise schon gewirkt. Aber es scheint, daß die Herren doch ein Hindernis darin finden. Um das zu verhindern, müssen wir zur Verstaatlichung übergehen. Ich möchte der Regierung raten: Nur keine Furcht vor dem Gott Mannen! Sie hat die Sicht der Kapitalisten, die die Sache so verloren haben, zum Schaden der Arbeiter, fröhlig in die Höhe zu jagen.

Was der vorgelegte Entwurf gelöst ist, die Höhe des

Zwangs der Kaliarbeiter

berichtet. Sie beträgt für diesen von 1907 bis 1908 4,74 R., für 1911 4,88 R., trocken die Kalibergwerke 1912 bedeutend bessere Gewinne gemacht haben, als 1911, sind die Zölle nicht erhöht worden. Auch hier möchte die Regierung eingreifen. Der Reichstag hat im vorjährigen Jahr eine Resolution angenommen, in der Verhinderungen für die Arbeiter enthalten waren. So sollten die abgeschlossenen Tarifverträge im Reichsvertragsblatt veröffentlicht werden. Lieber die Förderung zugunsten der Arbeiter schwören noch Erwägungen". Die Forderung nach Veröffentlichung der Tarifverträge hat die Regierung abgelehnt, weil die Herren Werksvertreter die Veröffentlichung nicht wünschten. Die Regierung hätte durch diesen Wunsch doch häufig werden müssen. Der Zweck der Nichtveröffentlichung ist doch nur der, die Versteilungshölle zu löschen. So hat das Werk Winterhall 20 Pf. weniger gemacht, als kürzlich vereinbart war. (Beifall hört bei den Sozialdemokraten.) Die Tarifverträge sind vielleicht auch nur durch Druck auf die Arbeiter aufzunehmen. Unter diesem Druck und durch die Sicherung, die Zölle würden so hoch wie bisher bleiben, wenn die Deute zu dem Werk kommen, wird der geringere tarifliche Zoll nur im Falle der Rundigung, also als Strafe gezahlt. (Beifall hört bei den Sozialdemokraten.) Auch darüber beschworen sich die Arbeiter, daß im vorjährigen Jahr, als Nachzahlungen erfolgten, diese lebhaftig an die "guten Schächte" gegeben wurden. Darauf, daß uns nur die Nummern der Werke genannt werden, umgeht die Regierung den Reichstagbeschluß. Sie scheint auch fiktive Werke auf diese Weise führen zu wollen, die durchaus keine Musterbetriebe sind. Es ist Pflicht der Regierung, uns die Kaliverte, besser Zölle in der Denkschrift veröffentlicht zu nennen. Auch über die Vertriebsverhältnisse wird die Versteilungstabelle gefordert. Die Wünsche der Bergarbeiter und der Allgemeinheit für das neue Gesetz gehen dahin: das Abteufen neuer Schächte muss inhibiert werden. Zwei Schächte müssen allerdings überall vorhanden sein. Dann muß der Arbeiterzuschuß verbessert werden, Tarifverträge dürfen keine Lohnreduzierungen bringen. Vor allem muß der Staatsbetrieb Musterbetrieb werden. Es darf nicht zugesagt werden, wie beim Kaligesetz kaum erfüllt werden, daß dafür Sorge getragen wird, die Arbeiter darüber zu unterrichten, ob sie Lohnentwicklung zu verlangen haben. Der Schrift

für die Steinlochwerke, daß sie über 20 Tage Gefangen nach gebuhnt werden, bei 22 Grab Gefangen höchstens 7 Stunden gearbeitet werden. Eine gesetzliche achtstündige Bergarbeiterzeit, seit nun zur Einführung gelangen. In England, Frankreich, selbst in Spanien, haben die Bergarbeiter seit 1911 gleichzeitig genetzte Arbeitszeit, in Amerika, in Holland, in Spanien haben wir entsprechende Arbeitszeit, einschließlich Ein- und Ausfahrt, gesetzlich festgelegt.

Abg. Wörle (Senat.): Es handelt sich bei den Schulfragen vielfach um Fragen der Weltanschauung. Über die Frage, was gut und schlecht im Schulwesen ist, dürfen unsere Anschauungen sehr weit auseinandergehen. Daher können wir prinzipiell einem Reichsschulamt nicht zustimmen. Wir müssen nicht eingreifen in die Schulkompetenz der Einzelstaaten. Diese Schul ist offen und ehrlich und mit Manneskunst das sozialistische Schulprogramm hier verteidigt. Es wird aber auch mit angesehen müssen, daß ich aus persönlicher Überzeugung heraus auf Grund meiner christlichen Weltanschauung und in streitem Festhalten an der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung den gegenwärtigen Standpunkt vertrete. Die Forderung eines Reichsschulamts, wie sie Herr Kirschkeiner erhob, ist eine Gefahr. Es schreit nach der anderen Hälfte, um seine Anschauungen auch durchzusetzen, nach dem Reichsschulgesetz. Wir lehnen den Antrag des Sozialdemokraten ab, weil wir auch nicht einen Schritt vorwärts tun wollen auf dem Wege zum sozialistischen Schulstaat. (Beifall hört bei den Sozialdemokraten.) Auch die Bergarbeiter, auch Oesterreich, weit vorne. Die Wünsche über die Weiterführung müßten besser beobachtet werden. Die jämmerlichsten Zustände herrschen im bezug auf die Bergarbeiter. Wenn der Kalibergbau auch nicht die Gefahren des Kohlenbaus mit sich bringt, so heißt bei der langen Arbeitszeit das Sich in die Augen und bringt Gesundheitsbeschwerden mit sich. Auch die Abwasserfrage muß geregt werden; man darf nicht dulden, daß die Abwäsche weiter verlässt, sozusagen versteckt werden. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Schließlich noch eine Anregung. Es liegt im Interesse der Gesellschaft, wenn auch die Nebenprodukte besser ausgenutzt werden. Wir schwimmen in Deutschland nicht im Golfe, aber wir schwimmen im Golfe. (Oesterreich.) Früher wurde sogar das Kalifeld auf die Halbinsel geworfen, bis man jenen Wert erkannte. Ich hoffe, daß im Sinne meiner Ausführungen das neue Gesetz gehalten wird im Interesse der Allgemeinheit und der Arbeiter. (Beifall hört bei den Sozialdemokraten.) Auch die Bergarbeiter, auch Oesterreich, weit vorne.

Unterstaatssekretär Richter: Es ist richtig, daß die Entwicklung der Salzwerke eine unbalancierte geworden ist. Es ist ganz unrichtig, wenn eine Unzahl Werke für eine Förderung gegründet werden, die auch von wesentlich weniger Werken geleitet werden kann. Die Gestaltung des Gesetzes ist an dieser liebhaberischen Entwicklung von Werken schuld. Der Vorreiter empfiehlt zur Abhilfe die Verstaatlichung. Ein Kartimonopol hat zwar sehr viel Sympathisches, aber es würde heute sehr schwer durchführbar sein. Auch die Quotenbestimmungen des Gesetzes sind zweifellos abänderungsbeflüglt. In einer Denkschrift des Reichstags des Innern wollte ich den Weg zur Weiterung zeigen. Wie das darauf beruhende Gesetz aussehen wird, vermag ich heute noch nicht zu sagen. Herr Sachse beweist nicht, daß die Arbeiter einen Arbeit unterteilen müßten, seiner Organisation anzugehören. In dieser Beziehung ist Niemand griffen. Die Tarifverträge könnten wir noch lange nicht veröffentlichen, da die Werke nicht veröffentlicht werden, so daß die Werke es nicht würden. Dieser Überstand ist mir ebenso unverständlich wie dem Vorreiter, da ja jedermann sich die Tarifverträge leicht verschaffen kann. (Sehr richtig)

Abg. Speck (Senat.): Die guten Absichten des Kali Gesetzes sind mir zu einem kleinen Teil erfüllt worden. (Sehr richtig! im Senat.) Einen Teil der Wünsche, die der Abg. Sachse für das neue Gesetz gesucht hat, unterschreiten wir, aber wir werden vorsichtig sein müssen, damit diese Wünsche nicht am Widerstand des Bundesrates scheitern. Wir werden für den Antrag Behrens auf Erhöhung der Propagandogelder stimmen. Bei der Verteilung und Verwendung der Gelder muß auch der Reichstag ein wichtiges Mitspracherecht haben. Der Hauptzweck des Gesetzes, die Einschränkung des Produktions, ist nicht erreicht worden. Soll es durch das neue Gesetz erreicht werden, so muß es zielstreifende Strafe erhalten, damit nicht inglorios neue Schächte in England genommen werden. Das verlangt die von der Budgetkommunikation beantragte Resolution. (Beifall im Senat.)

Abg. Dr. Börnigk (nati.): Für meine Person kann ich diese Anträge keinesfalls nicht zustimmen, der für die Inlandspropaganda ausgewiesene Betrag erscheint mir genügend. Besonders müssen wir die Auslandspropaganda stärken, dadurch werden wir für den Außenhandel wichtiger. Wir werden für den Antrag Behrens auf Erhöhung der Propagandogelder stimmen. Bei der Verteilung und Verwendung der Gelder muß auch der Reichstag ein wichtiges Mitspracherecht haben. Der Hauptzweck des Gesetzes, die Einschränkung des Produktions, ist nicht erreicht worden. Soll es durch das neue Gesetz erreicht werden, so muß es zielstreifende Strafe erhalten, damit nicht inglorios neue Schächte in England genommen werden. Das verlangt die von der Budgetkommunikation beantragte Resolution. (Beifall im Senat.)

Abg. Dr. Börnigk (nati.): Für meine Person kann ich diese Anträge keinesfalls nicht zustimmen, der für die Inlandspropaganda ausgewiesene Betrag erscheint mir genügend. Besonders müssen wir die Auslandspropaganda stärken, dadurch werden wir für den Außenhandel wichtiger. Wir werden für den Antrag Behrens auf Erhöhung der Propagandogelder stimmen.

Unterstaatssekretär Richter: Neben die Regelung der Kaliarbeiter, resp. aller Abwasser chemischer Fabriken schweben Verhandlungen zwischen den Regierungen.

Abg. Gotheim (Op.): Die Notwendigkeit der Kalipropaganda habe auch ich sehr anerkannt; etwas anderes ist die Frage, ob die Propagandogelder immer richtig verwendet werden. Ein politischer Verein wie der Bund der Bergarbeiter sollte solche Gelder nicht bekommen. Gegen die von Herrn Sachse beantragte Erhöhung des Zolls des Kalis nicht erreichen. Die ideologische Idee der Sozialdemokratie einer Verstaatlichung der Kalibergwerke ohne Enteignung legt mich, wie ich wollen und den Weg zu einem etwa gemeinsamen Eingriff freizahlt. Von dieser Sicht her die Kommission bei der Resolution gelehrt. (Beifall im Senat.)

Abg. Bruns (Wirtsh. Sos.): Hebt die Bedeutung der Kalibildung für die gesamte Landwirtschaft hervor und besagt die Bergarbeiter, der für die Bergarbeiter mehr erreichen. Die ideologische Idee der Sozialdemokratie einer Verstaatlichung der Kalibergwerke ohne Enteignung legt mich, wie ich wollen und den Weg zu einem etwa gemeinsamen Eingriff freizahlt. Von dieser Sicht her die Kommission bei der Resolution gelehrt. (Beifall im Senat.)

Abg. Behrens (Wirtsh. Sos.): tritt für seinen Entwurf ein. Auf die Versteilung der Propagandogelder muß der Reichstag Einfluss zum mindesten kontrollieren, sonst sind Wirtschaftsmaßnahmen für die innere Propaganda geschickt nicht genug. Eine Verstaatlichung würden wir sympathisch gegenüberstellen, begreifen aber, daß die Schwierigkeiten einer gerechten Abfindung sich überwinden lassen.

Die Tarifvertragsklausel des Kali Gesetzes mag mangelfhaft sein; aber die bei der Beratung des Gesetzes von den Sozialdemokraten beantragte war noch mangelfreier, da sie die Möglichkeit einer Förderung des Tarifvertragsklausel auslief. In der neuen Version werden wir die Klausel ausgebessert finden; dazu müssen aber die Anträge besser vorbereitet werden, als damals die sozialdemokratischen. Die vom Abg. Sachse vorgebrachten Wünsche werden wir beim Kali Gesetz kaum erfüllen können, wenn wir hier oder im Bundesrat eine Rechtsbasis haben wollen; auch gehört die Regelung einer Reihe der von ihm vorgebrachten Wünsche in die Gewerbeordnung. (Zustimmung negativ.)

Kaisers Brust-Caramellen in Deiner Tasche. Schutzmarke: 3 Tannen.

Kaisers Brust-Caramellen „mit den drei Tannen“. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Verlangt in Apotheken, Drogerien und Kolonialwaren-Händlungen.

100 g. Einnahme der glänzende Beweis.

Kaisers Brust-Caramellen

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.): Den vielen Leichenden über das Kaliwesen will ich keine neue hinzufügen. Allerdings scheint hier wieder eine Unstimmigkeit zwischen einem Reichsamt und einem preußischen zu bestehen. Will man dem Chef der preußischen Bergwerksverwaltung glauben, so scheint die Kalindustrie nicht so bedroht, wie es hier dargestellt wird. Wenigstens hat der einem Fest des Kalifeldes oder Oberberghauptmanns Weßlers abgeschaut, die Kalindustrie habe sich trotz aller Schwierigkeiten gut befunden, sie erscheine als ein recht gesunder Junge. Nun, um erscheint sie vielmehr wie ein aufgeschwemmter und starkheit entwidelter Junge. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Kaliwesen wollte auf eine Verminderung der Schächte hinzuwollen; eingetreten ist das genauso Gegenteil, eine ganz wilde Verminderung nicht von einem Schatz der Arbeitswilligen sprach, sondern sogar einen Koalitionszaun einführte; die Werke wurden gezwungen, der begünstigten Organisation, dem Syndikat beizutreten. Eine der schlimmsten Wirkungen des Gesetzes war die sogenannte Quotenabgabe, die Sucht der Werke, ihren Anteil an der Produktion möglichst zu erhöhen. Diese Sucht hat nicht zu einer Konzentration der Bergwerksbetriebe geführt, sondern vielmehr zu einer starken Zerstückelung. Neben dieser Zerstückelung geht allerdings die allgemeine kapitalistische Konzentrationstendenz einher, die sich aber nicht vollständig durchsetzen konnte. Am lebhaftesten hat sich der Konzentrationsprozeß bei den staatlichen Bergwerken bemerkbar gemacht. Das Reichsamt des Innern wird ernsthaft zu prüfen haben, in in allen Fällen der Konzentration die Bestimmung des § 13 des Kaliwesens zugunsten der Arbeiter beobachtet worden ist, monach Arbeiter, die infolge einer solchen Zusammensetzung beschäftigungslos werden, und eine ihrer Pflichten entsprechende Arbeitsgelegenheit nicht finden, von dem Unternehmer Ersatz für den Einnahmeverlust zu verlangen haben. Diese Verpflichtung scheint nicht in allen Fällen, wie mit z. B. auch aus meinem Wahlkreis berichtet worden ist, beobachtet zu werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nieder die finnische Verschwendigung von Geld und Kraft, die darin liegt, daß Kalimasse nicht angebaut werden, um Kali zu produzieren, sondern um Quoten zu erlangen, ist schon genug gesprochen worden. Beihausende von Kubitschek Salz werden auf die Halde geworfen, und so unverbar ist unsere Gesellschaftsordnung, daß daselbe Salz, wenn es in den Haushalt kommt, für den Konsum der breiten Massen mit einer Steuer belastet ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Geschäftsbereich des Kaliwesens Albersleben weist mit Recht darauf hin, daß in derselben Zeit, wo zahllose Kaufleute nicht umlände sind, zur erschöpfenden Bedingungen Kredit zu bekommen, Tausende von Millionen Kapital im Kalibergbau stromlos in die Erde gemorschen werden. Der Schädeldeutung ist ja schon ein sehr gutes Geschäft für leistungsfähige Firmen und darüber hinaus eine große Bankgeschäfte. Einer gleichen wie Oberschlesien. Koppel ist es ganz gleich, was aus der Kalindustrie wird, wenn sie nur ihre gut bezahlte Arbeit bei der Lieferbedingung von Schichten hat. Was ein Mittel zu einem höheren Preis sein sollte, wird hier, wie so oft in unserer so wunderbaren Gesellschaftsordnung, zum Goldstück. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Natürlich ist auch viel Geld verschwendet worden und durch Spekulation gewonnen worden. Sie dulden aber nicht daran, daß wir bei den Monopoldruckern diese gewaltigen Spielergebnisse entschaffen wollen. Wer solche Papiere kauft, muß eben auch mit dem Verlust rechnen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die weitauß überwiegende Zahl der Kalibergwerke hat große Überschüsse gehabt. Diese Überschüsse sind zum Teil herausgeworfen durch Errichtung der Vöhne der Arbeiter. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Dah Herr Behrens die einzige Schutzbestimmung des Gesetzes, die über die Tarifverträge, auch jetzt noch beläuft, ist eigentlich wunderbar. Sein Kollege Schäffer hat seinerzeit untenen Antritt angenommen.

Auf den staatlichen Kalibergwerken in meinem Wahlkreis sind die Löcher niedriger als im allgemeinen Durchschnitt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das staatliche Werk in Bleicherode hat in den Berichten, daß 4 bis 5 M. Lohn für die achtstündige Arbeitszeit und darüber bezahlt wird. Das erweckt den Anschein, als ob mehr wie 5 M. bezahlt werden, während das „darüber“ sich nur auf die achtstündige Schicht bezieht, also auch für eine längere Schicht werden nur 4 bis

5 M. bezahlt. Bei einem Bergmann, der berichtigtes hätte, würde man von Schwund sprechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei einem staatlichen Werk ist das natürlich ausgeschlossen.

Die Verhältnisse wollen wir natürlich nur auf der Grundlage durchschauen, daß allen Seiten damit geholfen ist, nicht nur der Landwirtschaft, sondern vor allem auch der Arbeiterschaft, die heute in dem angeblich gefundenen Kalibergbau unter den schrecklichsten Verhältnissen in gesundheitlicher Beziehung zu leben hat. Es war wirklich ein sehr großer Trotz, daß der Unterstaatssekretär meinte, die Arbeit im Kalibergbau sei nicht so gesundheitsschädlich wie im Kohlenbergbau, angeschicht der Tatsache, daß der Kalibergbau 1500 Tote und 120 000 Verwundete zu der Zahl der in industriellen Betrieben verunglückten Arbeiter stellt. Die heutigen Bergwerksbeamten, die über die Schmerzen und den Jammer des Bergarbeiter zu entscheiden haben, sollten einmal selbst 14 Tage lang ein paar Stunden unter die Erde gehen, dann würden sie erfahren, wie es ist, sich in solchen Temperaturen aufzuhalten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf einem Fest des Kalifeldes hat sich der Oberberghauptmann v. Weßler über die Gestaltung des neuen Kaliwesens geäußert, ohne dabei auch nur mit einem Wort die Arbeiter zu erwähnen. Wir erwarten, daß das Reichsamt des Innern die Güte preußischer Beamten nicht missachtet, sondern sich auch mit den Arbeitern und ihrer Gewerkschaft in Verbindung setzt, wenn es sich um die Gestaltung des neuen Gesetzes handelt. Bei unserem Eintritt für die Verhandlung kann uns auch die Entschuldigungsfrage nicht scheuen. Die Deutsche Tagesschaltung schreibt sehr schön Artikel gegen Monopolismus und Materialismus, aber der Ton ist das goldene Kalb der Propaganda. Landwirte macht sie mit. (Bestimmung links, Unruhe rechts.) Die Nationalliberalen folten um nationale Gelinden für die Monopolisten ein. Sie hat Fortschritte gemacht, und ich hoffe, daß wir alle hier im Hause Ihren Sieg noch erleben. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.) Die Debatte schließt. Die Abstimmung und die Weiterberatung des Gesetzes wird auf morgen 11 Uhr vertagt.

Schluß 8½ Uhr.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht

Geldfamilien

brachten den Eisenbahndirektor Otto Hans Raabe wegen Betriebs auf die Anklagebank. Der Angeklagte hat ein Einkommen von 3600 M. und ist außerdem noch Hausbesitzer. Zugleich reichte er nicht aus und hatte zahlreiche Verbindlichkeiten. In besonders arge Verhennung geriet er, als ihm eine Hypothek gestellt wurde. Ein Privatrat in Görlitz wollte ihm zwar das Geld verschaffen, der Mann versagte aber. Mit Absicht auf diese Verhältnisse mußte es auffällig erscheinen, als R. bei einer lieblichen Dame eine goldene Uhrkette für 120 M. als Geschenk für seinen Sohn auf Abzahlung kaufte und sie bald danach wieder verpfändete, obwohl sich die Dame vorbehalten hatte. R. bezahlte auch die Raten nicht, und die Dame wandte sich deshalb an den angeklagten vorgesetzte Behörde, um wenigstens ihre Kette wieder zu bekommen. Es legt wurde R. die Sachen herunter, und er machte das nötige Geld zur Entlastung der verpfändeten Kette flüssig. Die Staatsanwaltschaft nahm aber an, daß R. gar nicht die Absicht hatte, die Kette seinem Sohn zu schenken, sondern daß er die Kette nur deshalb auf Abzahlung entnahm, um sich damit Vermögen zu beschaffen. Diese betrügerische Absicht besteht R. und er machte geltend, daß er die Kette erst 14 Tage nach Bestellung erhalten, sie auch nicht sofort verpfändet habe. Von dem Eigentumsvorbehalt soll er keine Kenntnis gehabt haben, obwohl er höchstens einen Schein unterschrieben hat, den er zuvor — allerdings erkannt.

Militärgericht.

Keine Rothandlung?

Die Militärjustiz ist noch wie vor gegen die Anwendung des

§ 248a der neuen Novelle zum Strafgesetz, wonach bestraffbar die Entzweiung oder Unterschlagung getringlicher Werke aus Rot nur bestraft werden kann wenn Strafantrag des Geschädigten vorliegt. Der bisher unbefristete und gut bewährte Röderer vom 28. Artillerie-Regiment, ein armer Schneider, erhielt am 17. Dezember von einem Komrade einen stahlerten Brief mit der Bitte, ohne Geldmittel, und da er selbst einen eitlen Brief abhängen hatte, kam er auf den Gedanken, die Zeppelinnigmutter von dem Letzteren abzutrennen und für sich zu verwenden. Bei der nächsten Abzählung wollte er dem Komrade eine andere Mütze kaufen. Etwas Strafantrag des Geschädigten nicht vorlag, wurde der Soldat wegen militärischer Unterschlagung angeklagt. Als Grund zur Tat gab der Angeklagte seine Notlage an und erklärte, sich geschnitten zu haben, einen Komrade anzugreifen. Das Urteil lautete auf die gesetzliche Mindeststrafe von 14 Tagen mit mittlerem Arrest. Eine Notlage hat man nicht für vorliegend erachtet.

Mügeln. Für die Wärmestuben und Arbeitslosenunterstützung gingen beim Gewerkschaftsrat folgende freiwillige Beiträge ein:

Metallarbeiter (Liste Nr. 155, 156, 158—168, 169—202 und 207) 862,70. Töpfer, Leinen (Liste Nr. 220) 10.—. Personal beim Konsumverein Niederschöna (Liste Nr. 106, 107 und 144) 23,50. Gemeinsame Gewerkschaft der Lithographen und Steinbader Wilhelm Niederschöna 10.—. Schießclub Gut Ziel, Bischöflich-Tannendorf 2,70. Von Tannendorf der Buchbinder, Mügeln 7,20. Von der Lofattofe des Gitarbeiter 50.—. Stahlfabrik, Bischöflich-Tannendorf 10.—. Radfahrerverein Bischöflich-Tannendorf 4,10. Holzarbeiter, Bischöflich-Niederschöna (Liste Nr. 108, 110, 111, 112, 114 und 115) 48.—. Mähdrescher und Heizer, Bischöflich-Bischöflich (Liste Nr. 150, 151, 152, und 153) 7,60. Von Bischöflich-Bischöflich 1,80. Parteikommission Mügeln durch Bergold 15.—. Straßgelder von einigen Kollegen der Firma Leonhardt, Bischöflich-Schönburg 3,80. Wiederbefundene Söhne von Meier, Mügeln 2.—. Gefangenverein Freie Sänger, Zuga, Tannendorf 8,55. Insgesamt 867,51 M.

Gewerkschaftsbericht für Sonntag.

6. Kreis, Bez. Niederhermsdorf. Nachmittags 8 Uhr Einwohnerversammlung in Hofmanns Gasthof. Bischöflich-Blauswitzer Grund. Nachm. 2 Uhr Fabrikarbeiterverband, Bischöflich-Blauswitzer Grund. Nachm. 2 Uhr Generalversammlung in der Röten Schänke, Döhlen. Dachdecker-Zentralverband, Filiale Dresden I. Nachm. 2 Uhr öffentl. Naturheilverein Niederschöna im Rest. Elßflorenz, Kaiserstraße. Naturheilverein Niederschöna u. II. Abend 7½, 11 Uhr Stiftungsfest im Schönheuhaus. Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund (System Arends). Nachmittags 11 Uhr öffentlicher Vortrag im Volksgau und nachmittags 2 Uhr in der Deutschen Taverne, Niederschöna.

Gewerkschaftsbericht für Montag.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund (System Arends). Abends 8½ Uhr Unterrichtskursus im Turnerheim, Tonna. Im Verlammungskalender in gestriger Nummer ist ironisch geschrieben: „Der Röderer ist ein Röderer.“ Sonn- und Feiertags 4 und 8 Uhr. Theater-Tunnel: „Neues Ensemble“ Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 10 (siehe d. untenstehende)

„Prinz Guttalin“ mit dem originellen Komiker Blatzheim.

und das glanzlich neue, erstklassige Neujahrs-Programm.

Anfang 8 Uhr. Sonn- und Feiertags 4 und 8 Uhr.

Theater-Tunnel: „Neues Ensemble“ Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Ungeteilt



ist das Urteil der Raucher:

Die Jasmatzi-Dubec
2½ Pf. Cigarette
hält jeden Qualitätsrecord

Georg A. Jasmatzi Act-Ges Dresden
Gute Deutsche Zigarettenfabrik

Möbel-Liebig

empfiehlt allen Kaufleuten sein großes Lager in Möbeln aller Art u. günstig. Bei Vorauszahlung 10 Proz. Rabatt. Wenniger Str. 32, Fabrikat. Kein Laden, nur Werkstätten.

+ Damen +

empf. best. Spinnapparate, Mutterapparate, typ. Artikel u. kostengünstig bei Stellung vertraglich auf Frau Fröhlich, Bildstr. 23, I.

Herren-Wäsche

Kreuzungen, kleine Ausläufe laufen nach am billigsten bei E. Köhler, Anstr. 1.

Von meinen besten Küchentaten
Sei hier jetzt ein Recept verraten
Für Teigebäck, so knusprig lecker,
Als wär's vom besten Zuckerbäcker.

Palmonabutter röhrt man
ein halbes Pfund recht schaumig an,
Fügt Pulverzucker langsam bei
(Ein halbes Pfund) bis glatt der Broi.
Dann gibt man auch noch Mehl dazu
(Ein halbes Pfund) und röhrt im Nu
Von sieben Eiern Schnee hinein
Etwas Vanille, so schmeckt es fein.
Dann läßt auf Bloch den Teig manstigen
Portionenweis und backt dann diesen
Ja nicht zu jäh, das ist sehr wichtig,
Denn so allein gelingt es richtig!

Palmona = Pflanzenbutter-Margarine
wird nur von H. Schlinck & C. hergestellt.
Hamburg

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911

Soeben erscheint der jährliche Jahresbericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen¹, der sich dieses mal in einem staatlichen Bande von 800 Seiten präsentiert. Im vorherigen Jahre umfaßte er einschließlich des Berichts des Internationalen Konferenz 188 Seiten. Damals fehlten die Einzelberichte von drei ausgeschlossenen Landeszentralen, diesmal nur von England, dessen Sekretariate, wie der Genosse Begien in seinem Vorbericht sagt, mit solchen Arbeiten zu sehr überhäuft war, die sich aus der Durchführung des Versicherungsgefege ergeben.

Auch sonst ist der Bericht noch lädenhaft, gestaltet aber von Jahr zu Jahr immer belebendere Vergleiche über die Arbeitsergebnisse jener Länder, die dem Sekretariat angeschlossen sind. Es sind deren jetzt 19, nachdem die bulgarische Zentrale bis zur Freigabe ihrer Differenzen mit einer zweiten Zentrale beschließen konnten, suspendiert werden mußte. Leider fehlen im Sekretariat immer noch die Gewerkschaften, die in Australien, Neuseeland, Südafrika und Süd-Amerika bestehen, wie auch der größte Teil der englischen Gewerkschaften, soweit diese nämlich der dortigen Landeszentrale, die eigentlich nur eine Streikförderungs-Organisation darstellt, nicht angehören. Deren Anzahl würde die Mitgliedszahl des Sekretariats um mehr als 2% vermehren.

Eine wertvolle Bereicherung des internationalen Berichts bieten die Sonderberichte der internationalen Berufsssekretariate, die zum ersten Male aufgenommen wurden. Dabei ist bemerkenswert, daß fast alle in Deutschland bestehenden Sekretariate Berichte einliefern; von den vier Sekretariaten jedoch, die in anderen Ländern ihren Sitz haben, gingen besondere Berichte nicht ein.

Eine gute Übersicht über die Gewerkschaftsbewegung bei dem Sekretariat angeschlossenen Ländern bietet die folgende Tabelle:

	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder.		Der Landeszentrale angeschlossen
	Jahrgang	1910	
1. England	2 440 728	3 010 346	710 994
2. Frankreich	977 350	1 029 238	340 000
3. Belgien	138 926	92 735	68 284
4. Niederlande	143 850	153 689	44 120
5. Dänemark	123 861	128 224	101 563
6. Schieden	121 180	116 500	85 176
7. Norwegen	47 453	53 830	46 597
8. Finnland	24 928	19 640	15 346
9. Deutschland	2 688 144	3 061 002	2 017 598
10. Österreich	451 232	492 263	400 563
11. Bosnien-Herzegowina	6 209	5 587	6 092
12. Kronstien-Slawonien	6 805	8 504	5 108
13. Ungarn	88 778	95 180	86 478
14. Serbien	7 418	8 337	7 418
15. Rumänien	8 515	6 000	8 515
16. Bulgarien	3 000	—	3 000
17. Schweiz	93 797	78 119	63 803
18. Italien	783 588	709 943	359 383
19. Spanien	40 984	80 000	40 984
20. Vereinigte Staaten	1 710 433	2 282 361	1 710 433
Zusammen:	9 905 189	11 436 498	6 121 711
			6 900 995

Die Zahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist danach in diesen Ländern im Laufe eines Jahres von 9 905 189 auf 11 436 498, die Zahl der Mitglieder der betreffenden Landeszentralen von 6 121 711 auf 6 900 995 gestiegen. Nur für 7 Länder konnte der Prognostik aller Organisationen in der Industrie festgestellt werden. Es waren nur der industriellen Arbeiterschaft organisiert in Dänemark 51,75 Prozent, in Deutschland 32,91 Prozent, in Norwegen 27,84 Prozent, in Schweden 21,88 Prozent, in den Vereinigten Staaten 19,26 Prozent, in Bosnien 11,04 Prozent, in Italien 9,49 Prozent. Ueber die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften sind Angaben erst für etwa 70 Proz. der Gesamtmitgliederzahl gemacht. Die Jahreseinnahme dieser, also etwa der Hälfte aller Gewerkschaften, betrug 160 Mill. Pfund, die Ausgabe 142 Mill. Pf. Darunter befinden sich 75 Mill. Pfund, die für Unterstützungsmaße aufgewendet wurden. Ueber die Hälfte aller Ausgaben sind also den Gewerkschaftsmitgliedern in Form von direkten Unterstützungen wieder zugeschlagen. Ferner

wurden 50 Mill. Pfund für Streiks ausgegeben. Hiervon entfallen auf die Vereinigten Staaten und Deutschland je 18,8 Millionen, auf England 7,2 Mill. Pfund usw. Leider läßt sich noch nicht feststellen, welche die Ergebnisse der Rahmenbewegungen in allen Ländern sind, denn dann würde sich zweifellos ergeben, daß die Gewerkschaften schon heute in allen Ländern die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung ganz gewaltig verbessert und beeinflußt.

Der zweite Teil des Internationalen Berichts, der die internationales Berufsssekretariate behandelt, ist völlig neu. Insgesamt gibt es zurzeit in der modernen Arbeiterschaftsbewegung 28 solcher internationalen Berufsssekretariate, von denen 24 ihren Sitz in Deutschland haben, 2 in England, und je eins in Holland und der Schweiz. Davon ist das Sekretariat der Wehrer erst kürzlich entstanden. Leider haben die Sekretariate außerhalb Deutschlands keinen Bericht gegeben. Die Mitgliederzahl der übrigen betrug im Jahre 1912: Wehr 68 187 (in 13 verschiedenen Ländern), Buchdrucker 418 500 (14), Bergarbeiter 118 681 (8), Buchhändler 46 588 (12), Buchdrucker 134 700 (14), Fabrikarbeiter 267 022 (7), Feuerwehrleute 4100 (8), Gemeindearbeiter 64 786 (8), Glashauer 42 450 (17), Holzarbeiter 820 600 (20), Hotel- und Restaurantangestellte 28 129 (7), Hotellarbeiter 30 200 (18), Kürschner 6406 (4), Lithographen 84 200 (14), Metallarbeiter 770 420 (18), Porzellanarbeiter 36 050 (7), Sattler 18 587 (5), Schneider 101 500 (15), Schuh- und Ledernerbeiter 64 400 (11), Steinarbeiter 45 000 (16), Tabakarbeiter 50 125 (7), Transportarbeiter 821 816 (21), Zäpfel 15 978 (6), zusammen 8 703 501 Mitglieder, so daß einschließlich der nicht genannten Bergarbeiter, Tiefbauarbeiter usw. weit über 5 Millionen Arbeiter den internationalen Berufsssekretariaten angeschlossen sind. Mindestens bleibt diese Zahl noch weit zurück hinter der Mitgliederzahl der Landeszentralen. Besonders in England und den Vereinigten Staaten gibt es noch viele Gewerkschaften, die für die internationale Berufsverbündungen noch gewonnen werden müssen.

Hat alle Sonderberichte der internationalen Berufsssekretariate geben eine knappe Darstellung über die Entwicklung und Geschichte des betreffenden Sekretariats. Diese Schilderungen über die Anfänge der gewerkschaftlichen Internationale sind besonders interessant. Sie zeigen, wie früh schon die Arbeiter dazu gekommen sind, mit ihren Arbeitsbrüdern jenseits der Landesgrenze nähere Führung zu suchen und mit ihnen zusammenzuwirken. Auch die internationalen Berufsssekretariate haben sehr wichtige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen und deshalb wird die alljährliche Veröffentlichung ihrer Berichte im Internationalen Bericht des Internationalen Sekretariats der Landeszentralen nicht nur interessant, sondern auch lehrreich und nützlich sein. Zu wünschen wäre nur, daß diese Berichte wie auch die Berichte der Landeszentralen einheitlicher und vor allen Dingen mehr mit zahlreichen Belegen ausgestattet werden. Gerade bei diesen internationalen Heften finden sich Jahren sehr nützlich; es ermutigt und fördert den Arbeiter Selbstvertrauen ein, wenn er beobachten kann, wie die Massengenossen anderer Berufe und Länder fortgeschritten machen; sie ragen auch zu Vergleichen an und wirken dadurch reformatorisch überall dort, wo es etwas zu verbessern gilt. Schon deshalb ist dem Internationalen Bericht, der in deutsch, englisch, französisch und schwedisch erscheint, eine recht große Verbreitung unter allen in der Arbeiterschaft tätigen zu wünschen.

Neunter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1911. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (E. Legien). Preis 1,50 M. für Gewerkschaftsmitglieder 90 Pf. Porto in Deutschland und Österreich 20 Pf. sonst 45 Pf. Zu bezahlen durch die Organisationen sowie durch das Internationale Sekretariat, Berlin S. O. 16, Engelstraße 15.

Deutscher Arbeiterverband, Halle Dresden. Generalversammlung. Zu Beginn erhielt man die im vorherigen Jahr vortragenden Kollegen Rudolf Drorow und Moritz Rödiger in der üblichen Weise. Der Jahresbericht wurde in umfanglicher Weise vom Vorsitzenden erläutert. Zug der umfangreichen Geschäftslage stieg die Mitgliederzahl von 151 auf 156. Die Arbeitsvermittlung konnte besser sein, da ein großer Teil der Kollegen durch Umfragen sich Stellung verschaffte. Zum Beiratssitz wurde für die Bezirke Schlesien, Sachsen, Böhmen, Thüringen und Hannover Kollege Jungnitsch-Dresden gewählt. In Unterstützungen wurden im Berichtsjahr aufgezählt: Arbeits-

losenunterstützung 35,20 M., Krankenunterstützung 267,10 M., Wocheneinkommenunterstützung 35 M., Umzugunterstützung 69,63 M., Sterbeunterstützung 50 M. und sonstige Unterstützungen 50 M. Eduard Stahr und Ernst Matthes wußten wegen Schwäche der Verbandsinteressen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Zum Schluß betonte Jungnitsch noch, daß es notwendig ist, daß jeder für die Organisation wirkt, wenn wir vorwärts kommen wollen. Der Ratsbericht schließt in Einnahme und Ausgabe im 4. Quartal mit 1671,59 M. ab. Es ist ein Ressourcenstand von 378,70 M. zu verzeichnen. Die Revisoren haben alles in iedelloser Ordnung gefunden. Die Debatte war sehr kurz. Alle Redner waren mit der Arbeit des Vorstandes einverstanden. Bei der Vorstandswahl wurden Siegfried Jungnitsch als Vorsitzender und Kollege Gustav Seeler als Kassierer fast einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer fungiert Hermann Döns, alsstellvertretender Kassierer Bernhard Dönschmann. Zu Revisoren wurden Pösselt, Spahnauer und Pfauenstein, als Stellvertreterin Friederike Wimmerling gewählt. Dann erklärte Jungnitsch noch die Aufgaben des nächsten Jahres näher und forderte zu reicher Mitarbeit auf. (Eing. 23./1.)

6. Kreis, 18. Bezirk. In der Bezirkerversammlung am 19. Januar in Oberhennersdorf referierte Genosse Riehmann über: "Partizipationismus und Sozialdemokratie." Reichs-Beifall wurde seinem Ausführungen zuteil. Beim Vorstandsbereich forderte Genosse Krämer auf, die an alle Besinnungsbefürcher verteilte Broschüre: "Imperialismus und Sozialdemokratie" recht stellig zu publizieren. Als Vertreter zur Kreiskonferenz werden entsandt die Genossen Riehmann, Paul Grünig und Vogel, und zur Generalversammlung der Arbeiterbibliothek im Blauenischen Grunde die Genossen Weiß, Ulrich, Höfer. Der Vorsitzende, Genosse Riehmann, wies auf das ebenfalls vertretene Völkervergleichs zum Studium des Sozialismus hin; es sei unbedingt notwendig, die gehörten Vorträge in den Bezirkerversammlungen zum tieferen Verständnis mit der einschlägigen Literatur zu ergänzen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde das Programm für den Bezirk festgesetzt. Die Abhaltung eines Sommerfestes für den Bezirk wurde gegen 10 Stimmen beschlossen. (Eing. 23./1.)

Frauenversammlung. Im Goldenen Löwen in Postchappel sprach Genosse E. Möhl-Berlin über: "Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus." Die Rednerin verstand es, in leichtfertiger Weise die politischen Fragen, die die Frauen so häufig berühren, den Besuchern vor Augen zu führen. Infolge der teuren Lebenshaltung in die ältere Bevölkerung gezwungen, sich in allem auf das äußerste Mühe zu beschweren, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu verzögern, wohingegen die Klasse der Besitzenden sich den größten Luxus leisten kann. Da das Unternehmertum sich nicht verantloft fühlt, den Arbeitern auch nur die geringsten Zugeständnisse in bezug auf Verbesserung ihrer Lage freiwillig zu machen, muß der Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufgenommen werden. Es muß die größte und heiligste Pflicht der Arbeiterschaft, bezüglich der Frauen sein, für die Befreiung von den gegenwärtigen Verhältnissen einzutreten, und Sorge zu tragen, daß die uns noch fernstehenden Frauen für unsere Sache gewonnen werden. — Den gleichen Vortrag hielt Genosse Möhl im Gasthof Kleinnaundorf. Die Versammlung hätte viel besser dorthin sein sollen. In der Debatte sprach Genosse Michel im Sinne der Rednerin und forderte alle Eltern auf, ihre der Schule entzogenen Kinder der Jugendorganisation zuzuführen. (Eing. 23./1.)

**Der Inventur-Ausverkauf**

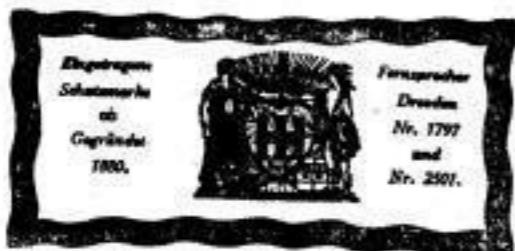
beginnt

Montag den 27. Januar

Vormittags 9 Uhr

**ALSBERG'S
INVENTUR-AUSVERKAUF**

Beachten Sie
unsere heutige
Zeitungsbilag



Wir machen speziell darauf aufmerksam,
daß wir in Dresden nur ein Geschäftshaus
Herzfeld, am Altmarkt
besitzen und an anderen Unternehmungen
nicht beteiligt sind.

Karneval 1913

Masken-Stoffe

Clownstoffe	Meter 70, 60, 45,-
Trachtenstoffe, Wolle od. Baumwolle, in all. Preislagen.	
Karnevals-Velvets	Meter 1,25, 75,-
Atlas in allen Ballfarben	Meter 2,25, 95,-
Geblümter Atlas, Trachtenmuster	Meter 3,00, 195,-
Seiden-Satins in allen Farben, Meter 1,10, 90, 60,-	
Kaschmir u. Wollbatist, großes Farbensortiment	Meter 1,95, 125,-

Sammetmieder- u. Bolerojäckchen	3,75, 3,50, 2,75, 2,25
---------------------------------	------------------------

Pierothüte in allen Ausführungen.
Pierottkragen, mit und ohne Schellen 95, 75,-

Trachtentücher	in allen Farben, 1,95, 1,45 und 725,-
----------------	---------------------------------------

Fertige Masken-Kostüme

Dominos	für Herren und Damen, in reich sortiert. Farben 4,90, 9,50, 7,75,-
Clowns	in allen Größen, reiche Farbenauswahl 4,25, 3,95, 2,25, 1,65, 1,25,-
Pieretten	in eleganter Ausführung, reichlich mit Pompoms garniert 25,-
Geisha	in schönen lebhaften Farben mit breitem Seidensatinbesatz 10,-
Zigeunerinnen	in Tuch od. Seide, mit Münzengehänge 24,-
Holländerinnen	in naturgetreuer Ausführung 27,-
Soubretten	in Seide, mit Chiffonplissé reich garniert 39,-
Bäuerinnen	in verschied. Ausführungen 7,-
Stierkämpfer	in vielen Farben 13,-
Pottkäppchen	39,00, 22,50, 7,50, 6,25,-
Holländische Bauern	22,-
Original Seppl	sehr hübsch 31,-

Diverses

Tiaratzen mit Silberstreifen	Meter 15,-, glatt 15,-
Lahnband	Meter 8, 6, 4, 2,-
Miedergarnituren	1,25, 95, 65, 45, 35,-
Diademe	Stück 95, 65, 45, 35,-
Halsketten u. Armbänder	95, 75, 25, 20, 15, 10,-
Larven ohne Behang	48, 35, 28, 22, 15,-
Larven mit Behang	75, 45, 35, 22,-
Pritschen	Stück 7, 5,-
Confetti in Tüten	Tüte 5, 3,-
Luftschlangen in allen Farben	Rolle 15, 10,-
Kopfbedeckungen	Dtzd. 1,50, 1,00, 60, 50 30,-
Schneebälle, mit Confetti gefüllt	Stück 3,-
Larven, originelle	20, 15, 9, 5,-
Kitzelwedel in allen Farben	Stück 7,-
Tamborins	Stück 95, 65, 45,-

Knallbonbons mit Füllung,	
Dutzend 85, 65, 45 und	30,-

Montag

Dienstag

Mittwoch

In der Lebensmittel-Abteilung

3 Schlufstage unserer Ausnahme-Preise

Verkauf zu ganz enorm billigen Preisen!

Montag

Dienstag

Mittwoch

In dieser Woche
Großer Verkauf

Porzellan, Glas, Steingut, Emaille
und Wirtschafts-Artikel

Vorverkauf für Circus Sarrasani und Sarrasani-Trocadero zu Original-Kassenpreisen!

Betten * Federn Steppdecken

Deckbett und Ratten | Pfund 80 Pf. 1,-, 1,25, 1,50,
50, 10,-, 12,-, 15,-, 18,- M. 2,-, 2,50, 3,-, 3,50 M.
Rinderbetten von 5,50 bis 10 M. Rinderwäsche kostet 10,-.

S. Singer, Weber-gasse 3.

Photographie Richard Jähnig

Marienstrasse 12 DRESDEN-1. Im Hause von Weigel & Sohn
liefer Kabinetts-Photographien (1 Person, auch Kinder) das

Dtzd. 3 M.

Um in weiteren Kreisen bekannt zu werden, erhält jeder
mann, der dieses Inserat bei der Aufnahme abgibt, 6 Post-
karten von seiner Kabinettplatte gratis dazu.

Zahn-Atelier!

Künstl. Zähne, Plombe, Umarbeiten nicht pall. Gebißfig.
Schmalz Zahngleichen, schönende Schändl. usw. Teilzahl. gern geschart.
Sprechstunden 9-12, 4-1/2, Sonntags 9-12 Uhr.

A. Moeller, Nieder-Gittersee, Bergstrasse 3c.



Zahn-Praxis

Max Wagner

Wettinerstraße 18, 1 Dresden, Wettinerstraße 18, 1
irlicher Rudolphs Zahnsatellier.

Spezialität: Zahngleichen in örtlicher Verarbeitung.
Zahnersatz in bester Ausführung. — Plombierungen.

Leichte Zahlungsweise.

Mit Anfang d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die Naturwissenschaftliche Zeitschrift **Kosmos** 1913 ::
Auch die bisherigen Abonnenten wollen ihr Abonnement baldig wieder erneuern. Der Abonnementpreis

beträgt jährlich mit gebundenen Buchbeilagen 7,50 M.
mit broschierten Buchbeilagen 5,00 M.

und ist im voraus zu bezahlen
Volksschulbuchhandlung, Gr. Zwingerstraße.

Die Abonnenten sind gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

Zeitung allein zu entrichten. Die Verantwortlichkeit für den Beitragsbetrag obliegt dem Herausgeber.

Die Abonnenten werden gebeten, die Beiträge aus der

drückt. Der Haushälter Wölper gewünschte den höchsten Preis und bezog ein Recht auf hohe Kosten, die nunmehrigen Wohl von Gründen „abgelehnt“, aber stützt sie über die Haushälter in Gewissheit durch Beurtheilungen.

Der einzige Mittel, das eine Verhinderung gegen im neuen Raum gehalten werden, wäre der formelle Staatsantrag, der beständig betrieben wird, daß fortwährend britische Soldaten, sei es ein großer oder ein kleiner Teil, sei es von Verhandlungsangestalten des Reiches, einschließlich eingesetzten werden. Ein solcher Stande würde an sich im neuen Raum gegen den Reichstag noch befürchtet werden als in der Welt. Die französische Regierung hat nun überzeugt, daß weit mehr als ein beratender Rathe insbesondere seit Monate, eine Reihe bis zum Ende ausgewählter Zeitungen in das Reich gleichmäßig entrichten. Ein eine Reihe von einem Altersgruppen aus der Welt aus zu erschließen, daß sie nicht wieder durch die Schenkung gleichmäßig ist, möglicherweise mit einem Schluß aber nach und nach eine leidbare Menge von 6-771 000 Altersgruppenmitgliedern entstehen. Die Versicherung eines Staatsantrags ist bis zum Ende zu diesem Zeitpunkt und 217 Millionen Altersgruppenmitgliedern zu beachten. Solle man noch ein weiteres bis jetzt möglichen werden, keinen Kontakt auf 25 Altersgruppen zu verhindern wollen, so würde die dem Rathe zu liefernde Anzahl 75 Mal größer sein. Dasselbe sollte wieder mit dem Rechte des Rektors, auch des Universitäts, nach eingehendem Gutachten einer Kommission bestimmt werden. So soll dann angemessen werden, daß unter Rektormit und dem Bericht der Auszugskommission der Rathe einverstanden ist, um

11

Übersetzung. Das kleine Szenenleben jetzt der Reihe B beschreibt als Hauptwerk eine Sinfonie für großen Empfehlung von Paul Klenau etwas ganz Entzückendes. Das Programmheft ergibt, daß diese Musik durch die Sinfonie bei seinen Freilagen aus Berlins östlicher Nachbarschaft, dem Jägerland, in kleinländischer Weise den poetischen Schluß des Verwandten in der Höhle berührt, angeregt worden ist. Aber die Blätter dieses Hefts lieb von dem ausdrucksvollen und jeder Melodie bewundernswerten Stil her machen unangenehm klar, daß es dem Ausflügler eine in überaus ungünstiger Bildrede der Vergangenheit im Jägerlande, ja gar nur, eine lustige Prognosie am Jägerlande ist. Es ist passabel, doch bisher noch kein Meisterstück in der Verarbeitung dieser Melodien — ja fälschlich verarbeiteten Resultaten gelungen. Wie kommt, aber — noch weit über den Erwarteten hinaus — das so unangenehme Resultat entstanden? Sie ist die Stoff- und dichterische Darstellung die Sache selbst auf dem Blatt freien Platz lassen. Die gegen gegebene Worte ist einfache Größe, die mit gesammelten Spalttexten auf einer Schmiedeplatte dargestellt. Mindestens ein dreizehnstimmiges Scherzo; nur immer „der große Windbremser“ unentbehrlich. Rechts: „Wiederholung“ — links: „Vorwärts“ — oben: „Gesammt“ — unten: „Zurück“. Der Komponist hat sich hierbei nicht erfreut. Sie an dem Übersetztheile bestelligen Schriftgrößen herum herumvorschreibt, noch bei ungemeinem Nachdruck. Ganz oben ist die Nr. 1. Mai 1. 2. anzusehen. Und an die von mir Gründliche beigelegt sind. Es ist Sehr bei archaischen Schriften, geeignete Entwicklungen. Besonders ist es, doch wenn bei dem Übersetztheile nicht unbedingt eine Vollschrift vorgesehen. Die Großschreibungsgröße soll jedoch keinen weiter sinnen, ja soll nach dem Eigentlichen kreisen. Es kann natürlich eine Sylloge schaffen, das alles Schreibungen entspricht. Es mag man das mit den Sonnenfängern, so kann man es nicht verhindern. Beimmann sollte als erster und einziger eine Schreibschrift ohne Sylloge auf. Seine Verbalzeichnung steht ständig unterstrichen da. Hätte man schließlich bei Erfassung des Stoffes Stiles Schreibschriften die Zeichenschriften und seine Schreibschrift nicht angeschaut, so hätte die Übersetzung lange bald gefehlt. Beimmann war nach Sachverständiger bestellte, doch der ganze Übersetztheile Verarbeitung eine neue Richtung gab. Es ist daher zu halten, daß bei der Verarbeitung der Sinfonie die Beimmannschen Grundsätze herbeigeführt werden müssen, um hofflich ein brauchbares Szenen-, das oben blieben soll, schaffen zu können. J. P.

Ränderfunke

Die Gärten der Engländer als ein Gebiet des
neutralein Haushalt gelten nicht, wie die Erforschung des gesamten
Gebietes festgestellt mit Nebenberichten befreit, mehrere auch historische
anderer Staaten, vornehmlich amerikanische, eine verhältnismäßig
geringe Anzahl. Die Wissenschaft Schiene gilt jetzt eine Überleiter
über die Ergebnisse der im Jahre 1918 ausgeführten Untersuchungen,
für die Rücksicht ist die geologischen Ergebnisse zur Aus-
bildung neuer Goldlager vornehmlich wichtig gewesen. Diese
haben sich jedoch das Gebiet des Berggründes eröffnet, der
an der Oberfläche des Goldlagers mündet, ferner auf dem durch das
Auftreten von Gold bereits bekannten Teig von Münzfuß an
einem Jenseit von auf die Goldlager Auswirkungen. Die russische
Geologische Gesellschaft hat nach einer gründliche Erforschung des
Goldlagers aus einem Jenseit hingewiesen, wo gleichfalls bereits
Gold nachgewiesen werden ist. Eine bekannte Goldbergbaugefäl-
lung hat bei Probenen der Unterseite Ton zu gewinnen, um die
Unterkante des Goldlagers zu erkennen.

卷之三十一

Gefüle aus **Wortgruppen**. Die Gefüle, die Haptikhandlung einer pflichtigen Art, mit hoher in dieser Linie aus Tannenholz geworfen und mit der manigfachen Verzierung. Sie dient nicht nur zur Verzierung des Kapitols, sondern ist auch das Hochzeitsprodukt für Holz- und Buchholz-Gefülebaume (pantheistischer Salter) u. s. w. Diese Oberhaupt hat man verloren. **Gefüle** aus geraden Abfallstufen, d. Heftigkeit, zu gewinnen. Das kann man nicht mehr über diese alte Konservenlinie gebr. Wie man der Profess. im dänischen und landeskundliche Seminare Arbeit an der Technik in Hochzeit, in Wissenschaft, Th. C. Reiche, in der Geschicht-

Und wieder stand das Wörter im Bibbia-Lettern auf, dieses schreckliche Wörter, auf daß er seine Mutter gab. Trug er eine Schuld an dem Tode seiner Mutter? Gönne Gott ihm, gehoben ab. Es ging ihm darum am liebsten auf dem Wege, und während ich er ihm nur bei den Wahljahren.

Aber was hatte er getan, um so bestroft zu werden? Das, um alles in der Welt! Und dann, wenn er schafft

„Sie ist eine gute Mutter,“ dachte er, „aber sie ist auch ein wenig verschuldet, meine kleine Tochter darum herzumachen.“

„Ja, das war ja wahr, was der Pastor am Sarge gesagt hatte: Sie hätte mir Ruhe. Sie brauchte nicht mehr zu arbeiten, und ihre immer fleigigen Hände ruhten nun aus von aller Arbeit. Sie fühlte keinen Schmerz mehr, und alles, was vielleicht noch zu erdenken gehabt hätte, das würde ihr nun sicher bleiben.“

Aber hatte der Allmächtige, der Herr über Leben und Tod, nicht gesagt: „Sie werden sterben?“

„Sag mir, was du weißt!“ rief er, „Was ist denn Tod und Leben? Über alle Leben und Sterben der Welt denn sein unvergängliches Mittel, bis du vor zu betrachten, als den Tod, den dümmlichen, ätzenden Tod, der heimtischlich wie ein Räuber aus dem Hinterthale kommt und vor dessen erdrückunglosen Herzen niemande fliehe kann?“

Schweigbedeckt richtete sich Wibbe im Bett auf. Mit einem, so welchem Zweck er ungeschickt gehandelt sein mochte. Seine Haltung war so unruhiger, durch allerhand

Die Hochbank, die auf ihrem hochgelegenen Gestern auf

Stein, es war ein Unrecht in dem, was er gehabt hatte, es kam pl glich ein, Gott hatte nicht bisch den Tod in einer hand!

Ein Tag und Nacht wogen gerichtet, dann als ich in der kleinen Stube neben der Wohnung seines Mutter das Kind abholen wollte, sah ihm das Gesicht des Menschen, der Wissenschaftler, der Mensch.

„Die Seele ist ein wundervoller Raum, der uns die Welt und uns selbst zeigt.“

Hatte er nicht auch die Gottheit empfunden, her lebendigen, geheimnisvollen Geiste der Mutter den Menschen? War darum der Mensch der Genußtum Gottes, und Gott sah mit ihm zusammen, wie er mähte?

Witfel über Witfel, Praggen über Praggen! **Zumal war ein Kunkl. Das war keine Frage. Stumben-
Wüste, und doch von seinen Gedanken bis ins Skelett er- sang künne er Kleffmann mit aufgestülpten Federn unbekon-**

„Ich kann es nicht mehr ertragen, dass ich wieder in seine Hände und Schlaf die Augen schließe, wie er nun da lag und mir das dumme Klopfen seines Herzens in seinem Ohrn war, das er plötzlich seine Mutter rief, als ob sie gekommen, wie hergerichtet, aus dem Dunkel der Nacht aufgetreten.

Sie sah ganz so aus wie früher, wenn sie in der Zelle von Sonntags in ihrer Stunde geflehten hatte. Das graue Samtgewebe hielte sie an, und sie lag, wie sie so gräßlich hörte, die Händen auf die Knie gespannt, und sah ihn an; bedeutsam, aber ernst, von feierlicher Weise umgeben.

„Walter, Walter!“ wollte Pidtl wieder voll schmeichelhafter Erachtung — aber ehe er ein Wort sprechen konnte, verging Erwähnung wie ein Hauch in fiktiver Wiederholung, und nur

Und doch schien etwas von der Ruhe zurückgedrängt zu sein. Ein dämmeriger Schleier lag wieder vor ihm und die Schein des Mondes an der Wand neben seinem Bettie.

loren, wo sie zur Welt gekommen waren, aber sie ließ auch nichts eines Auf und davon stummelnden Unes des andern noch erträglich. Nur zwischen konnte sie nicht recht. Der lange, rote Ramm stand gut zu ihrem blauwurzigen Gewänder.

Panglimir lebte sich Bilder in seine neue Umgebung ein, das Schmiede um den Verlust seiner Mutter traurig mit her, das Erbenheil und Scharfe der ersten Tage. Die beiden verlorenen Verbliebenen und die feinen Personen, mit denen zusammenzuwirken er gewohnt war, ließen seine Macht wie eine Schwellklappe. Darauf war sie gegangen, den Kopf formidabel einen löschen Schlag zu erhalten, wobei sie das erste Blut zum Himmel empor riefte, und dabei gleich sie so ehrlich geschafft, dass sie verschwand, als erwartete sie jedes Augenblick.

Wiederholte er gesprochen war, waren seine Aufmerksamkeit in höchster Weise ab und gerührten und beobachteten ihn, ohne daß er sich dessen bewußt wurde. Die gute Freundschaft seiner Pflegeeltern, ihre Plauderlust und Geschäftigkeit waren ein Übriges, die allmählich im Anschluß daran behilflich werden zu lassen, und besonders die Pflegeeltern, an die er sich bald mit dem ganzen Hunger sehnsüchtig nach Liebe angeschlossen hatte, ließen ihm die Wärme und die Erfüllung der letzten Nächte sehr und mehr gefallen.

„Zur fein sorgfältigen Pflege und Pflegeboter gefiel ihm nicht, ja, dessen
krisches, gereiztes und poliertes Wesen stieß den Studenten

